



MASTERARBEIT / MASTER 'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Sprachpolitische Betrachtung von Vielvölkerstaaten: Union der Sozialistischen Sowjetrepublik (UdSSR) und Sozialistisch Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) im Vergleich“

verfasst von / submitted by

Milana Vidačković BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna, 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it
appears on the student record sheet:

UA 066610

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Interdisziplinäre Osteuropastudien

Betreut von / Supervisor:

Univ. Prof. Mag. Dr. Michael Moser

Inhaltsverzeichnis

DANKSAGUNG	3
1. EINLEITUNG	4
2. METHODIK	5
3. SPRACHE ALS NATIONALES SYMBOL	6
4. SPRACHENPOLITIK IN VIELVÖLKERSTAATEN	8
5. UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIK – UDSSR	11
5.1. HISTORISCHER ÜBERBLICK	13
5.2. SPRACHENPOLITIK IN DER UDSSR	18
5.2.1. GUTER LENIN – BÖSER STALIN?	20
5.2.2. КОРЕНИЗАЦІЯ / NATIVISIERUNG	26
5.2.3. RUSSIFIZIERUNG	30
5.2.4. SCHULGESETZ 1958.....	32
5.2.5. WEITERE SPRACHENGESETZE BIS 1993	34
5.3. UKRAINE IN DER UDSSR	36
5.3.1. HISTORISCHER ÜBERBLICK ZUR UKRAINISCHEN SPRACHE UNTER RUSSISCHER HERRSCHAFT..	37
5.3.2. SPRACHENPOLITIK IN DER UKRAINISCHEN SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIK	41
5.4. WEIßRUSSLAND IN DER UDSSR	43
5.4.1. HISTORISCHER ÜBERBLICK DES WEIßRUSSISCHEN UNTER RUSSISCHER HERRSCHAFT	44
5.4.2. SPRACHENPOLITIK IN DER WEIßRUSSISCHEN SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIK.....	46
5.5. MINDERHEITENSPRACHEN IN DER UDSSR	50
5.6. SPRACHPOLITIK NACH DEM ZERFALL DER UDSSR.....	52
6. SOZIALISTISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK JUGOSLAWIEN SFRJ	56
6.1. HISTORISCHER ÜBERBLICK	57
6.1.1. DER TITO-STALIN-KONFLIKT	60
6.2. DAS SERBOKROATISCHE	63
6.2.1. <i>Ikavisch</i>.....	68
6.2.2. <i>Ijekavisch</i>.....	68
6.2.3. <i>Ekavisch</i>.....	68
6.3. SPRACHENPOLITIK IN DER SFRJ	70
6.3.1. <i>Standardsprachen, Staatssprachen, Amtssprachen</i>.....	73
6.3.2. <i>Minderheitensprachen</i>.....	77
6.3.3. <i>Abkommen und Verfassungen in der SFRJ</i>.....	80
6.3.3.1. <i>Novosadski dogovor 1954</i>.....	81
6.3.3.2. <i>Verfassung 1974</i>.....	82
6.3.4. <i>SR Bosnien und Herzegowina</i>.....	85
6.3.5. <i>SR Slowenien</i>.....	87
6.3.5.1. <i>Sprachenpolitik in der SR Slowenien</i>.....	90
6.3.6. <i>SR Makedonien</i>.....	92
6.3.7. <i>Nationale Bewegungen</i>.....	93
6.3.7.1. <i>„Kroatischer Frühling“ in der SR Kroatien</i>	93
6.4. <i>Sprachpolitik nach dem Zerfall der SFRJ</i>.....	96
7. SCHLUSSFOLGERUNG	99
8. BIBLIOGRAFIE	103
8.1. LITERATURVERZEICHNIS	103
8.2. QUELLENVERZEICHNIS.....	106
9. ANHANG.....	107

9.1. ZUSAMMENFASSUNG	107
9.2. ABSTRACT	107

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich zuerst herzlich bei Univ. Prof. Mag. Dr. Michael Moser für die Betreuung meiner Masterarbeit und die vielen hilfreichen Feedbacks und konstruktiven Kritiken im Laufe meines Studiums bedanken.

Mein tiefer Dank gilt auch meinen Eltern, Ostoja und Sima Vidačković, die mir mein Studium durch ihre Unterstützung ermöglicht haben und meiner Schwester, Jelena Vidačković, die immer ein offenes Ohr für mich hat.

Ein besonderer Dank gilt meiner besten Freundin Agatha Szostak und meinem Freund Alexander Obrenović, die mir stets geduldig zur Seite standen und mich immer wieder motiviert haben. Agatha, danke für die schönen Jahre an der Uni, den vielen Büchern, die du mir geholfen hast zu schleppen und die Freundschaft, die wir aufgebaut haben. Aco, danke für die vielen getrockneten Tränen und die Energie, die du mir immer wieder zurückgegeben hast.

Ohne euch wäre ich heute nicht da, wo ich bin.

1. Einleitung

Diese Arbeit stellt einen Vergleich der Sprachenpolitik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und der Sozialistischen Föderativen Jugoslawischen Republik (SFRJ) auf. Das Thema verbindet die Fachrichtungen Slawistik, Geschichte und Politikwissenschaften und unterstreicht so die Interdisziplinarität. Der zeitliche Rahmen dieser Masterarbeit erstreckt sich vom Beginn bzw. der Gründung der beiden Vielvölkerstaaten (1945 SFRJ und 1922 UdSSR) bis zu ihrem Zerfall und geht kurz auf die Nachfolgestaaten ein. Lokal umfasst werden die Gebiete der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik und deren heutige Nachfolgestaaten. Beginnend mit der Frage welche Rolle die Sprache(n) bei der Nationsbildung bzw. bei der nationalen Identität spielen wird im Anschluss die Sprache als politisches Instrument in Vielvölkerstaaten analysiert. Die Arbeit wird dann in zwei große Abschnitte eingeteilt, zunächst die UdSSR und dann die SFRJ, wobei jeder Abschnitt aus drei Teilen besteht: historischer Überblick, Sprachenpolitik im jeweiligen Vielvölkerstaat und der Sprachenpolitik in den slawischsprachigen Republiken.

Beide Abschnitte beginnen mit einem geschichtlichen Überblick, um das benötigte historische Kontextwissen zu gewähren. Hier wird die Entstehung der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik (UdSSR) und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) beleuchtet und ein besonderes Augenmerk auf die Funktion des Serbokroatischen¹ und des Russischen als Lingua Franca der Vielvölkerstaaten gelegt. Außerdem wird auch der sogenannte „Tito-Stalin Bruch“ analysiert.

Im Anschluss wird ein Einblick in die Materie der Sprachenpolitiken der beiden Staaten gewährt. Dieser Teil beinhaltet Verfassungen, Sprachen- und Schulgesetze der beiden Staatengemeinschaften, die Definition und Differenzierung von Standard-, Amts- und Staatssprachen und deren Funktionen in den Vielvölkerstaaten der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik (UdSSR) und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ). Ein weiterer wichtiger Aspekt wird die Rolle der Minderheitensprachen sein.

¹ Auch „Kroatoserbisch“ genannt. In dieser Arbeit wird die Bezeichnung „Serbokroatisch“ benutzt.

Im Abschnitt über die Union der Sozialistischen Sowjetrepublik wird der sprachpolitischen Situation der slawischsprachigen Unionsrepubliken (die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik *USSR* und die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik *BSSR*) und dem Verhältnis zwischen ihren Titularsprachen, Ukrainisch und Weißrussisch, mit der russischen Sprache besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Thematisiert wird sowohl die Nativisierungspolitik unter Lenin, „*Коренизация*“ genannt, die „*Russifizierung*“ unter Stalin, als auch die kommunistische Sprachenpolitik der poststalinistischen Zeit. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Status der „kleineren“ Minderheiten und ihrer Sprachen in der UdSSR.

Im Abschnitt über die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) wird das Variantenmodell des Serbokroatischen und ihr offizieller Status in dem Vielvölkerstaat analysiert. Die (sprach-)politischen Sonderstellungen in der SR Slowenien, SR Makedonien² und der SR Bosnien und Herzegowina innerhalb des sozialistischen Jugoslawiens werden thematisiert und die entscheidendsten Sprachgesetze, das Abkommen von Novi Sad 1954 und die Verfassung von 1974, genauer beleuchtet. Wie im Kapitel zu UdSSR wird auch in diesem Abschnitt auf die Minderheiten und ihre Sprachen in der SFRJ eingegangen und ein kurzer Überblick über den sprachlichen Zerfallsprozess nach der Auflösung des Staatenbundes gegeben.

2. Methodik

In der vorliegenden Masterarbeit wurde die Methodik der Literaturliteratur verwendet. Um einen Überblick der beiden untersuchten Vielvölkerstaaten und ihrer unterschiedlichen Sprachenpolitiken aufzuzeigen, wurde eine kritische Auseinandersetzung mit der einschlägigen Forschungsliteratur durchgeführt. Aus der recherchierten Literatur konnten die Forschungsfragestellungen dieser Arbeit beantwortet werden: welche Rolle spielt Sprache bei der Nationsbildung? Wie unterschied sich die Sprachenpolitik zwischen UdSSR und SFRJ? Welche Rolle spielte Serbokroatisch / Russisch für die nationalen Identitäten?

² Am 11.01.2019 wurde der Name zu „Nordmazedonien“ geändert. Die Namensänderung trat mit 12.02.2019 offiziell in Kraft. Im Zuge dieser Arbeit wird der „alte“ Name verwendet, da sich der zeitliche Rahmen von der Entstehung bis zum Zerfall der SFRJ bezieht.

Neben der direkten Suche wurde auch ein Schneeballverfahren angewendet, bei welchem passende zitierte Artikel und Werke aus bereits recherchierten Arbeiten verwendet wurden. Die Literatur, sowohl Monografien, Sammelwerke, als auch wissenschaftliche Artikel, wurde so ausgewählt, dass eine möglichst große Vielfalt des Forschungsbereichs dargelegt werden kann. Zu diesem Zweck wurden auch unterschiedliche Suchtermini in Kombination mit „Sprachenpolitik“, „Union der Sozialistischen Sowjetrepublik“ und „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ angewendet. Die Literatur, Print- und elektronische Publikationen, wurde aus dem Bestand der Universitätsbibliothek Wien gezogen. Mit dem von der Universität Wien zur Verfügung gestelltem Zugang wurde auch das Datenbankservice genutzt, um auf ausgewählte lizenzierte wissenschaftliche Datenbanken und frei verfügbare elektronische Ressourcen zugreifen zu können. Dazu zählen unter anderem das elektronische Zeitschriftenarchiv JSTOR und die Central and Eastern European Online Library (CEEOL).

3. Sprache als nationales Symbol

Im Laufe des 19. Jahrhunderts entstand bei den slawischen Völkern ein sprachliches Bewusstsein und eine nationale Idee formierte sich: eine Nation, die auf normierter Muttersprache und Religionszugehörigkeit basiert, ist etwas Natürliches und etwas, dass immer schon da war und/oder eventuell wiedererweckt gehört. Demzufolge müsse die Nation eine exklusive und geschlossene Gemeinschaft sein.³

„Das Bild der schlafenden Nation, die auf ihre Wiedererweckung wartet, taucht in praktisch allen Nationalismen weltweit auf und impliziert, dass es die Nation selbst schon immer gab, dass sie primordial und natürlich ist. Gleichzeitig wurden sowohl die Nation als auch *ihre* Sprache einerseits künstlich geschaffen andererseits mit dem Anspruch versehen, ein natürlicher Organismus – und zwar Organismen hohen Alters – zu sein. Die Erfindung der Tradition begleitete den Prozess der Standardisierung und gab den neuen Sprachen und Nationen Prestige und das Recht, ja die Notwendigkeit ihrer Existenz. Die Normierung der Sprachen war zum einen notwendig, weil sie polyvalent, also als Medium

³ Vgl. Blum 2002, S. 14.

der Modernisierung brauchbar sein sollten und zum anderen, da eine genaue Definition erst die klare Abgrenzung zu anderen, konkurrierenden Sprachen ermöglichte.“⁴

Wo der Standardisierungsprozess früher und über einen längeren Zeitraum hinweg stattgefunden hat, z.B. beim Ukrainischen, war eine „nationale Einordnung“ leichter als bei Sprachen, wo dieser Prozess erst im 19. oder 20. Jahrhundert in relativ kurzer Zeit vollzogen wurde, wie es bei einigen Sprachen in der ehemaligen SFRJ der Fall war. Blum (2002:15) stellt fest, dass die vorausgesetzte Deckungsgleichheit von eindeutig definierter Normsprache und nationaler Identität im Falle des Serbokroatischen, mit Mehrfachstandardisierungen innerhalb des Staates, zu unüberbrückbaren Problemen führte.⁵

„Die im Zuge der Modernisierung und „Europäisierung“ importierte Nationalstaatsidee mit einheitlicher Religion, Sprache und ethnischer Struktur hatte unter diesen Umständen insbesondere auf dem Balkan katastrophale Folgen“.⁶

Das politische Instrument Sprache spielte bei den späteren Nationalbewegungen und dem Zerfall beider Vielvölkerstaaten eine entscheidende Rolle. Doch Sprache im Kontext des nationalistischen Denkens war schon bei der Entstehung des jugoslawischen Staates entscheidend, denn die südslawischen Sprachenbewegungen (die „*illyrische Bewegung*“, gefolgt vom „*Jugoslawismus*“) der 1830er und 1840er Jahre hoben die sprachliche Verwandtschaft hervor und forderten die Unabhängigkeit von Wien und Budapest und die Einigung aller Südslawen in einem eigenen Staat.⁷

Nach Ansicht von Köhler (2005:6) zielte die Nationsbildung im osteuropäischen Raum auf die Konsolidierung der Ethnien ab und nicht auf die Bildung einer Nation als Staat. Im Gegensatz zum gängigen westeuropäischen Nationsbegriff, in dem Nation und Staat zusammenfallen und eng miteinander verbunden sind, herrschte ein kulturell-objektiver Nationsbegriff, in dem die Nation nicht mit einem Staatsvolk gleichgesetzt wurde. Die Nationsbildung wurde als „Befreiung der unterdrückten Völker“ und ein bloßes Übergangsstadium zu einer großen Einheit betrachtet. Das Ziel war die Verschmelzung aller Völker in einem sozialistischen Gesellschaftssystem und um

⁴ Ebd., S. 15.

⁵ Vgl.ebd.

⁶ Ebd., S. 17.

⁷ Vgl.ebd., S. 18.

dieses Ziel zu erreichen waren gewisse (u.a. sprachpolitische) Zugeständnisse an die verschiedenen Ethnien unumgänglich.⁸

Die Sprache diene als eines der ausschlaggebenden Kriterien bei der Bestimmung der Nation. Doch die Entscheidung ab wann es sich um eine eigenständige Sprache handelt und wann „nur“ um einen Dialekt einer Sprache ist nicht einfach.

„In der Sprachwissenschaft wird hier u.a. das Kriterium der gegenseitigen Verständlichkeit von Dialekten als Zeichen dafür genommen, dass eine Sprache vorliegt, und nicht etwa zwei verschiedene Sprachen. Die gegenseitige Verständlichkeit ist aber immer eine relative Größe, die in graduell unterschiedlichem Ausmaß gegeben sein kann. Ebenso ist denkbar, dass je nach Bildungsgrad, Reisefreudigkeit oder technischer Ausstattung verschiedene Bevölkerungsschichten einer Sprachgruppe eine verwandte Sprachvariante in unterschiedlichem Ausmaß verstehen können.“⁹

Für die Beantwortung der Sprachenfrage müssen auch politische und soziale Aspekte in Betracht gezogen werden.

4. Sprachenpolitik in Vielvölkerstaaten

Sprache diene stets als Instrument zur politischen Mobilisierung und wurde für bestimmte politische Ziele eingesetzt. Die (allgemeine) Sprachenpolitik beinhaltet, wie der Name schon sagt, politische Entscheidungen, welche die Sprache betreffen: Status der Sprache(n), Korpus der Sprache(n), Verwendung der Sprache(n) im öffentlichen Raum, etc. Die Sprachplanung umfasst konkrete Eingriffe in die Sprache selbst (z.B. in die Lexik, Syntax, usw.).¹⁰ Eine eigene Kategorie bildet der Sprachpurismus, der als Instrument zur „Reinigung“ einer Sprache von allen Fremd- und Lehnwörtern anderer Sprachen dient und aus dem Repertoire der eigenen Sprache neue „eigene“ Wörter bildet. Sprachpolitische Maßnahmen können die Integration einer bestimmten (Sprach-) Gruppe bzw. die Exklusion einer anderen fördern.

⁸ Vgl. Köhler 2005, S. 6.

⁹ Vgl. ebd., S. 7f.

¹⁰ Vgl. Blum 2002, S. 1f.

„Sprache ist nur eine der prinzipiell beliebigen Optionen, auf denen Nationalismus konstruiert werden kann. Wie andere (Religion, Territorium, Rasse, Staat etc.) ist sie eine variable, subjektiv interpretierbare Größe. Da aber häufig Sprachstandardisierung und Nationsbildung gleichzeitig und aneinander gekoppelt [sic!] betrieben wurden, gibt es in vielen Fällen eine historische Verbindung von Standardsprache und Nation.“¹¹

Die Sprachenpolitik arbeitet mit den zwei Grundfunktionen von Sprache: der kommunikativen und der symbolischen, denn sprachpolitische Entscheidungen werden, im Gegensatz zu anderen politischen Maßnahmen, nicht nur von rein rationalen und praktischen, sondern auch von irrationalen und emotionalen Faktoren bestimmt.¹²

Blum (2002:5) fasst Sprachenpolitik als das Zusammenwirken von drei Dimensionen zusammen, die nicht isoliert voneinander betrachtet werden können:

1. Die *politische Dimension*, die den konstitutionellen, institutionellen und theoretischen Rahmen umfasst in welchem das politische Handeln stattfindet, sowie seine Akteure und die Prozesse politischen Handelns selbst.
2. Die *linguistische Dimension*, die alle unmittelbar mit der Sprache verbundenen Aspekte umfasst: Größe der Sprechergruppe, Standardisierungsgrad und -prozesse, etc.
3. Die *psychologische Dimension*, welche weniger eindeutig zu definieren ist und die komplexe Definition von Identität einzelner Gruppen im Staat, sowie des Staates insgesamt durch Sprache und die davon abgeleitete emotionale und subjektive Wahrnehmung des Staates, seiner einzelnen Gruppen, des politischen und rechtlichen Systems und der Geschichte beinhaltet. Diese Dimension entscheidet häufig über den Erfolg oder Misserfolg bei der Integration verschiedener Gruppen in einen Staat.¹³

Marti (1998:354) definiert (staatliche) Sprachenpolitik als jede bewusste Einflussnahme auf das Verhältnis zwischen Standardsprachen. Eine erfolgreiche Sprachenpolitik muss auf die bestehenden sprachlichen Verhältnisse und auf die

¹¹ Ebd., S. 4.

¹² Vgl.ebd., S. 5.

¹³ Ebd., S. 5f.

Meinung der Bevölkerung zu sprachlichen Fragen Rücksicht nehmen; insbesondere in Staatengemeinschaften, wo mehrere Standardsprachen nebeneinander existieren. Ein erhöhtes Konfliktrisiko besteht, wenn das Machtverhältnis der nebeneinander existierenden Standardsprachen unausgeglichen ist und eine gegenüber der anderen in dominanterer Position steht. Dieses Ungleichgewicht würde sich, ohne sprachpolitische Maßnahmen, zu Gunsten der dominanteren Sprache verstärken. In solchen Situationen gibt es drei Richtungen der Sprachenpolitik, die unterschiedliche Ziele verfolgen:

1. Verstärkende Sprachenpolitik: die natürliche Entwicklung wird zu Gunsten der dominanteren Sprache unterstützt und beschleunigt.
2. Bewahrende Sprachenpolitik: die natürliche Entwicklung wird unterbunden bzw. gebremst, um den Status quo zu erhalten.
3. Kompensatorische Sprachenpolitik: der Versuch, das Ungleichgewicht aufzuheben oder zu verringern.¹⁴

Multilinguale Vielvölkerstaaten, wie es die SFRJ und die UdSSR waren, sowie ihre Nachfolgestaaten, wurden in ihrer Sprachenpolitik vor große, kaum bis nicht überbrückbare Hürden gestellt. Joshua Fishman (1969) hat ein Entscheidungsmodell für die Auswahl der „*languages of wider communication*“ von Entwicklungsländern und Nationen erstellt:

- Typ A: das Fehlen einer großen Tradition auf nationaler Ebene = Entscheidung fällt zu Gunsten *einer* Sprache, meist der Kolonialsprache.
- Typ B: stützt sich auf eine große einheimische Tradition und entscheidet sich dementsprechend für die einheimische Sprache.
- Typ C: mehrere große Traditionen, die miteinander rivalisieren und als Ergebnis Bilingualismus oder Plurilinguismus auf regionaler und nationaler Ebene haben. Eine exogene „*language of wider communication*“ (Kolonialsprache) wird, neben einer einheimischen Sprache, als verbindendes Instrument gebraucht.¹⁵

¹⁴ Vgl. Marti 1998, S. 354f.

¹⁵ Vgl. Blum 2002, 6, zitiert nach Fishman, Joshua A. National languages and languages of wider communication in the developing nations. In: *Anthropological linguistics* 11,4 (1969), S. 111-135.

Die Auswahl einer Sprache ist geprägt von kommunikativen und symbolischen Faktoren und dient der Identitätsstiftung von Nationen, weshalb Sprachkonflikte als Konflikte um die nationale Identität betrachtet werden können.¹⁶

Die SFRJ und die UdSSR zählten, auch ohne eine exogene „*language of wider communication*“, zu Typ C, da es in beiden Vielvölkerstaaten mehrere Traditionen gab.

Russisch war in der UdSSR auf überstaatlicher Ebene angesiedelt, da es in seiner Funktion als Geschäftssprache (sowohl innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft als auch international) eine offizielle höhere Position und Privilegien hatte. Russisch war die erste Fremdsprache in den sozialistischen Republiken und hatte einen großen Einfluss auf die anderen Standardsprachen, da vieles aus dem Russischen übersetzt wurde. Bei kleineren Standardsprachen war der Einfluss sogar noch größer, weil für viele Bereiche eigene Fachbücher fehlten und somit auf russische Lehrbücher zurückgegriffen werden musste.¹⁷

5. Union der Sozialistischen Sowjetrepublik – UdSSR

Nach der Februarrevolution 1917 und der Oktoberrevolution des gleichen Jahres wurde am 10. Juli 1918 die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (die Russische SFSR) gegründet. Am 30. Dezember 1922 folgte schließlich die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetunion (UdSSR). Seit seiner Gründung bis zu ihrem Ende 1991 war die Sowjetunion ein multilingualer und multiethnischer Staat mit einer Bevölkerung von ca. 286 Millionen Menschen, 130 Ethnien und 150 Amtssprachen (wobei Linguisten von rund 200 gesprochenen Sprachen ausgehen)¹⁸. Sie umfasste unter anderem die ostslawischen Sprachen Russisch, Weißrussisch und Ukrainisch, welche die Titularsprachen ihrer Unionsrepubliken waren. Die Russische SFSR war das Zentrum der sowjetischen Führung und die russische Sprache dementsprechend dominant. Darunter litten insbesondere das Weißrussische und das Ukrainische, die im Laufe ihrer Geschichte als „Dialekte des Russischen“ betrachtet wurden. Von Beginn an stand die Sprachenpolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit,

¹⁶ Vgl. Blum 2002, S. 6f.

¹⁷ Vgl. Marti 1998, S. 357.

¹⁸ Vgl. Grenoble 2003, S. 1f.

auch weil man sie, anders als in Jugoslawien, aufgrund der realen Sprachenunterschiede nicht ignorieren konnte. Es standen jedoch nicht immer die Sprachen per se im Vordergrund der Politik: in der Anfangsphase der UdSSR war das Primärziel der sowjetischen Regierung den Analphabetismus zu reduzieren, um die Industrialisierung voranzutreiben und den Westen bzw. Westeuropa „einzuholen“. Die Folge war eine rasche Alphabetisierung der Bürger und dies galt, laut Grenoble (2003:2), als einer der größten Erfolge der UdSSR, denn es gelang eine überwiegend analphabetische Bevölkerung in den ersten 20 Jahren zu einer hochgebildeten zu transformieren.¹⁹

Die erste Verfassung wurde mit der Gründung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) 1918 ratifiziert. Die RSFSR schaffte die Grundlage, auf der Ende 1922 die Sowjetunion entstand, welche am Schluss 15 Unionsrepubliken umfasste.²⁰

Die Sowjetunion war ein multiethnischer und multilingualer Vielvölkerstaat, der eine Vielzahl an genetisch und typologisch verschiedenen Sprachen aufweisen konnte. Dazu gehörten:

- Indoeuropäische Sprachen (slawische Sprachen, baltische Sprachen, Deutsch und Moldauisch als Minderheitensprache)
- Altaische Sprachen (Mongolisch, Tungusische Sprachen und Turksprachen)
- Uralische Sprachen (Finno-Ugrische Sprachen und Samoejdische Sprachen)
- Kaukasische Sprachen
- Paläosibirische Sprachen²¹

Die Sprache wurde vom sowjetischen Staat als ein Hauptmerkmal zur Identifizierung der Ethnizität herangezogen, d.h. die offizielle Anerkennung einer Sprache bedeutete gleichzeitig die offizielle Anerkennung eines bestimmten ethnischen Volkes. Die Ukraine gilt als historisches Musterbeispiel dieser Vorgehensweise: im zaristischen Russischen Reich wurde die ukrainische Sprache als „Dialekt des Russischen“ betrachtet und somit auch die Ukrainer als eine Art (Klein-)Russen und nicht als eigenes Volk.²² Erst 1919 wurde das Ukrainische als eigenständige, vom Russischen getrennte Amtssprache eingeführt. Die frühen Jahre der Sowjet-Ukraine werden häufig

¹⁹ Vgl.ebd.

²⁰ Vgl.ebd., S. 4.

²¹ Vgl.ebd., S. 8.

²² Vgl.ebd., S. 20.

als "Ukrainisierungsphase" bezeichnet. In dieser Zeit, in den 1920er Jahren, wurden die nationalen Sprachen gefördert. Diese Politik änderte sich jedoch in den 1930ern radikal und die sogenannte "Russifizierungsphase" setzte ein.

5.1. Historischer Überblick

Ausgelöst durch die Niederlage im russisch-japanischen Krieg und dem „Petersburger Blutsonntag“²³ kam es 1905 zur ersten Russischen Revolution, die Luks (2000:15) als „gescheiterte Revolution“ bezeichnet und die als Vorbote zu den Revolutionen 12 Jahre später gilt. Die Bauern, die eine Mehrheit der russischen Bevölkerung stellten und als besonders zarentreu galten, wählten 1905 im Wahlrecht zur ersten russischen Staatsduma²⁴ überwiegend die revolutionären Parteien.

„Aus der wichtigsten Stütze der russischen Selbstherrschaft verwandelten sich nun die Unterschichten in ihre gefährlichsten Gegner. Ihre Hoffnung auf die Errichtung einer sozial gerechten Ordnung, auf die Enteignung der Gutsbesitzer, die sie für Schmarotzer hielten, begannen sie in einem immer stärkeren Ausmaß vom Zaren auf revolutionäre Parteien zu übertragen.“²⁵

Nach der Revolution 1905 wurde das Zarenreich zu einer konstitutionellen Monarchie und die Arbeiterbewegung wurde legalisiert, dies änderte jedoch nichts mehr an der Einstellung der Arbeiterschaft zum Zaren und zum Regime.²⁶

Die Folgen des ersten Weltkriegs hatten das Zarenreich in eine prekäre Situation gebracht. Die Agrarkrise stürzte die Bevölkerung in eine Hungerskrise und wird, so Hildermeier (2007:3), als einer der Hauptgründe für den Sturz der Monarchie erachtet. Die Februarrevolution 1917 bestand aus zwei entgegengesetzten Revolutionen: der Revolution der Bildungsschichten und der Revolution der Unterschichten. Die Bildungsschichten wollten Russland in eine parlamentarische Republik nach westlichem Vorbild verwandeln. Die russische Unterschicht wollte ihre alten

²³ „Petersburger Blutsonntag“ wird eine friedliche Arbeiterdemonstration aus dem Jahre 1905 genannt, die vom russischen Zarenreich gewaltsam niedergeschlagen wurde.

²⁴ Parlament

²⁵ Vgl. Luks 2000, S. 16.

²⁶ Vgl. ebd., S. 17.

Gerechtigkeitsideale verwirklichen. Als am 23. Februar²⁷ Arbeiter, Frauen und Soldaten demonstrierten, begann die Revolution. Nachdem der Zar abgesetzt wurde, kam es am 2. März (gregor. 15. März) zunächst zu seiner Doppelherrschaft von Parlament (Duma) und dem Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat (= „Sowjet“) und Zar Nikolaus II musste abdanken. Der „Sowjet“ überlies zunächst die exekutive Macht den Vertretern der Duma, da man sich nach menschewistischer²⁸ Ansicht nicht an einer „bürgerlichen“ Revolution beteiligen wollte.²⁹

Am 3. April 1917 kehrte der Gründer und Führer der Bolschewiki, Vladimir Iljitsch Lenin, aus dem Schweizer Exil zurück und änderte mit seinen „Aprilthesen“ die politische Richtung. Er forderte keine Unterstützung für die provisorische Regierung, die Aufklärung der Massen, dass die Sowjets die einzige Möglichkeit einer revolutionären Regierung seien, keine parlamentarische Republik, sondern eine Republik der Arbeiter und Bauern und die Konfiskation allen Eigentums. Trotz innerparteilicher Kritik setzte sich Lenin durch und sein Kurs wurde von den Bolschewiki akzeptiert.³⁰ Es folgte eine Radikalisierung der Massen; in den sogenannten „Bauernunruhen“ wurden Gutsbesitzer eigenmächtig enteignet und vertrieben. Auch Arbeiter radikalisierten sich und versuchten Kontrolle über Betriebe zu nehmen.³¹

„Die Abkehr der russischen Unterschichten vom Zarenideal führte keineswegs dazu, dass sie ihre traditionellen Vorstellungen vom politischen Führungsstil gänzlich aufgeben hätten. Gemäß dieser Tradition musste die Staatsmacht stark sein, unabhängig und ungeteilt. Der Doppelherrschaft, die sich infolge der Februarrevolution etablierte, fehlten aber all diese Eigenschaften. Im Volke war nun das Gefühl verbreitet, man lebe nicht in einem richtigen Staat, sondern in einem Provisorium.“³²

Am 25. Oktober 1917 (= gregor. 7. November) kam es zur gewaltsamen Machtergreifung der Bolschewiki. An diesem Tag sollte der Zweite Allrussische Kongress der Sowjetdeputierten stattfinden. Es wurden wichtige Einrichtungen und

²⁷ 23. Februar gemäß julianischem Kalender = 8. März gemäß gregorianischem Kalender. Der Übergang vom julianischen zum gregorianischen Kalender erfolgte 1918.

²⁸ Die 1898 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands hatte sich 1903 in zwei Fraktionen gespalten: den linksradikalen Bolschewiki und den gemäßigeren Menschewiki.

²⁹ Vgl. Hildermeier 2007, S. 9.

³⁰ Vgl. Luks 2000, S. 25.

³¹ Vgl. Lebd., S. 27f.

³² Ebd., S. 28f.

Plätze in St. Petersburg besetzt und der Winterpalast belagert, in dem sich die provisorische Regierung befand. Lenin rief die neue Regierung der Sowjets unter seiner Führung aus.

„Im Verlaufe des Jahres 1917 verschärften sich in Russland nicht nur soziale und politische, sondern auch nationale Gegensätze. Die Lahmlegung der russischen Staatsmaschinerie infolge der Doppelherrschaft und der Radikalisierung der Massen [und anderer Begleiterscheinungen der Revolution] fassten die nationalen Minderheiten im Lande als eine Chance auf, sich vom imperialen, russisch geprägten Zentrum zu emanzipieren. Diese immer stärker werdenden nationalen Bewegungen waren nicht zuletzt eine Reaktion auf die verschärfte Russifizierungspolitik, die das Regime nach der Thronbesteigung des konservativ gesinnten Zaren Alexander III (1881-1894) begonnen hatte.“³³

Noch vor dem Staatsstreich der Bolschewiki hatten andere Völker des Reiches Autonomiebestrebungen verfolgt. Der Zentralrat der Ukraine hatte im Juni 1917 seine Unabhängigkeit erklärt. Die provisorische Regierung hatte noch eine Kompromisslösung aushandeln können. Lenin animierte zu diesem Zeitpunkt die nationalen Minderheiten des Reiches, ihre Selbstbestimmungsrechte einzufordern und aus dem Staatsverband auszutreten. Luks (2000:57) vergleicht diese Strategie Lenins mit seiner Strategie bei den Bauern, Arbeitern und Soldaten: die Bauern ermutigte er zur eigenmächtigen Konfiszierung der Ländereien, die Arbeiter zur Enteignung der Unternehmer und die Soldaten zur Beendigung der Kampfhandlungen an der Front. Diese Strategie garantierte ihm viele Unterstützer dieser Schichten und nationalen Minderheiten. Doch Lenins Vorgehensweise war nur Mittel zum Zweck. Sein Ziel, die „Verschmelzung der Völker“, machte Lenin in seinen Texten offensichtlich.³⁴ Ein weiteres Instrument sollte die spätere Nativisierungspolitik der „*Коренизация*“ werden (siehe Kapitel 4.2.2). Doch zwischen dem Staatsstreich und der Nativisierungspolitik gab es noch den blutigen Bürgerkrieg, der von 1918-1922 andauerte.³⁵ Hildermeier (2007:19) analysiert, dass den vorherigen Unterstützern Lenins, den Bauern, Arbeitern und nationalen Minderheiten, während und nach dem Bürgerkrieg bewusst wurde, dass sich ihre Unterstützung nicht ausgezahlt hatte. Der gewonnene Bürgerkrieg

³³ Ebd., S. 53.

³⁴ Vgl.ebd. S. 57f.

³⁵ Im Kampf gegen die „rote Armee“ der Bolschewiki stellten ihre Gegner die „weiße Armee“. Der Bürgerkrieg ging 1922, nach dem „roten Terror“, zugunsten der Bolschewiki zu Ende.

fürte zur Errichtung des Einparteienstaates ohne Mitbestimmung der Bevölkerung. Am 30. Dezember 1922 wurde die „Union der Sozialistischen Sowjetunion“ (UdSSR) gegründet, die fast das gesamte Territorium des Russischen Reiches wieder innehatte. In der UdSSR war Josef Stalin als Volkskommissar für die Nationalitätenfragen zuständig. In der Verfassung von 1922 war allen Mitgliedern der UdSSR Gleichberechtigung zugesichert. Die nicht-russischen Unionsrepubliken und die autonomen Republiken und Regionen wurden offiziell von „Nationalitätenräten“ regiert, allerdings galt die Rechtsgleichheit der Mitglieder der UdSSR nur auf dem Papier, denn den Ton gab Moskau an. Nach einem Schlaganfall verstarb Lenin 1924 und seine Nachfolge wurde von Stalin angetreten, der sich gegen seine Gegner durchsetzen konnte. Die Zeit nach seiner Machtergreifung war geprägt vom Stalinismus³⁶ und Terror. Unter Stalins Führung wurden die Planwirtschaft, die Zwangskollektivierung und die systematische Eliminierung aller Kritiker eingeführt. Die Partei wurde gleichgeschaltet, Schauprozesse geführt, die Verfolgung der Intelligenz betrieben und wieder eine Russifizierungspolitik forciert (siehe Kapitel 4.2.3). Stalin stand für den Beginn der „*Коренизация*“. Nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg³⁷ 1945 und der kurzen Verbündung mit den Alliierten gegen Hitler-Deutschland herrschte und terrorisierte Stalin weiter, bis zu seinem Tod 1953.

Die Zeit danach wird als „Tauwetterperiode“ bekannt, in der Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, der von 1953 bis 1964 die Nachfolge Stalins antrat, eine „Entstalinisierung“ betrieb: es gab eine gewisse Lockerung der Zensur der Medien und Publikationen, Kriegsgefangene wurden aus den Gulags entlassen und deportierte nationale Minderheiten wurden rehabilitiert. Luks (2000:445) beschreibt die „Entstalinisierung“ dennoch als in „stalinistischer Manier“ durchgeführt, mit bürokratischen Mitteln von oben herab.³⁸ Doch die Russifizierungspolitik war weiterhin fester Bestandteil der politischen Agenda. Um die Vormachtstellung der russischen Sprache zu sichern wurde 1958 ein Schulgesetz eingeführt, nachdem Eltern das Unterrichtsfach ihrer Kinder auswählen konnten, mit klarem Vorteil für die russische Sprache (siehe Kapitel 4.2.4). Unter Chruschtschow kam es 1955 zu einer Versöhnung mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, nachdem es 1948 zum Bruch zwischen Stalin und Tito gekommen war. Mit seiner Entmachtung 1964 durch

³⁶ Sein Kurswechsel der Partei wird als „Revolution von oben“ bezeichnet.

³⁷ In der Sowjetunion als „Großer Vaterländischer Krieg“ gefeiert.

³⁸ Vgl. Luks 2000, S. 445.

Leonid Iljitsch Breschnew endete die Tauwetterperiode und die sogenannte Breschnew Ära, die geprägt war vom wirtschaftlichen Stillstand, begann. Hildermeier (2007:85) erläutert, dass es überzogen wäre, von einer „Re-Stalinisierung“ zu sprechen, dennoch hebt er hervor, dass es mit ihm zu einer Wende des öffentlichen geistig-kulturellen und politischen Lebens kam. Öffentliche Kritik an der Vergangenheit, der Partei und dem Kommunismus wurde nicht mehr geduldet, die Zensur wieder verstärkt und abweichende Meinungen unterdrückt. Die politische Emigration der Intelligenz („*Dissidentenbewegung*“), die unter Chruschtschow abgenommen hatte, intensivierte sich wieder. Nach Breschnews Tod 1982 und einer kurzen Regierungszeit Juri Andropovs und Konstantin Tschernenkos³⁹, trat Michail Gorbatschow 1985 das Amt des (letzten) Generalsekretär der UdSSR an. Mit seinem Reformprogramm „*Гласность и перестройка*“ (dt. *Transparenz und Umgestaltung*), seiner außenpolitischen Entspannungspolitik und der Verbreitung der Presse- und Meinungsfreiheit erreichte er Sympathien im Westen.

„(...) in wenigen Monaten stellte sich her, was das alte Regime auf dem Wege der Zensur unterbunden hatte - eine diskutierende Öffentlichkeit des geschriebenen und gesprochenen Wortes, die sich von den Grundsätzen der Wahrheit und Meinungsfreiheit leiten ließ. Laut Gorbačev gehörte *glasnost*‘ in diesem Sinne nicht nur untrennbar zum richtig verstandenen Sozialismus. Zugleich versicherte er, damit zu den leninistischen Anfängen der Sowjetunion zurückzukehren. Freilich gibt es gute Gründe, darin eine Selbsttäuschung zu sehen: Eine pluralistische Öffentlichkeit hatte es spätestens seit Beginn des Bürgerkrieges nicht mehr gegeben. So gesehen begann etwas völlig Neues, dessen Vereinbarkeit mit der Einparteienherrschaft als Quintessenz des Sowjetsozialismus sich erst noch erweisen musste.“⁴⁰

Ein weiterer Schritt seines Reformprogrammes war eine Liberalisierung der sowjetischen Wirtschaft, der die finale Etappe und das Ende der Sowjetunion folgte: die Demokratisierung. Am 13. März 1990 wurde Artikel 6 der Verfassung der UdSSR, welcher der KPdSU die Macht garantierte, entfernt. Zwischen März 1990 und Dezember 1991 erklärten 15 Unionsrepubliken ihre Unabhängigkeit. Am 08. Dezember 1991 wurde der Vertrag von Minsk von den Präsidenten der Ukraine (Leonid Krawtschuk), Weißrusslands (Stanislaw Schuschkewitsch) und Russlands

³⁹ Andropov verstarb 1984 nach 15 Monaten Regierungszeit. Nach seinem Tod hatte Konstantin Tschernenko das Amt des Generalsekretärs kurz inne (13 Monate).

⁴⁰ Hildermeier 2007, S. 95.

(Boris Jelzin) unterschrieben, die Sowjetunion aufgelöst und die GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) gegründet.

5.2. Sprachenpolitik in der UdSSR

In der UdSSR war jede slawische Standardsprache die Titularsprache ihrer Unionsrepublik: das Russische in der RSFSR, das Ukrainische in der USSR und das Weißrussische in der BSSR und in der Theorie gleichberechtigt. Auf gesamtstaatlicher Ebene gab es offiziell jedoch keine „Titularnationen“ und auch keine „Amtssprachen“ in der UdSSR. Erst kurz vor dem Zerfall der UdSSR wurde dem Russischen mit dem „Gesetz über die Sprachen der Völker“ 1990 formal der Status der „offiziellen Sprache“ der UdSSR gegeben. Doch in der Praxis war die russische Sprache bereits davor schon die dominante Sprache, insbesondere in urbanen und industrialisierten Regionen. Diese Position verdankte sie nicht nur einer natürlichen Entwicklung, sondern auch gezielten sprachpolitischen Maßnahmen seitens Moskaus. Diese Maßnahmen sollten die ukrainische und weißrussische Sprache der russischen angleichen. Ein Resultat dieser Angleichungsversuche sind unter anderem sprachliche Mischformen.⁴¹

Nachdem die Bolschewiken 1917 die Macht an sich gerissen hatten, standen sie vor der Aufgabe, alle nicht-russischen Völker in den sozialistischen Staat einzubinden.

„Einerseits hatten sie vor der Revolution das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert, andererseits wollten sie den Zerfall des Reichs und eine Schmälerung ihrer Einflussphäre verhindern. Man hatte am Beispiel des Osmanischen Reichs und der Habsburger Monarchie die Sprengkraft einer multiethnischen Bevölkerung erkannt und wollte einer derartigen Entwicklung entgegenwirken. Dieses Vorhaben wurde durch den Umstand erschwert, dass es in den nichtrussischen Völkern mangels industrieller Entwicklung fast kein Proletariat gab, das im Sinne der sozialistischen Ideen instrumentalisierbar gewesen wäre.“⁴²

Das Fundament der sowjetischen Sprachenpolitik war das Bildungssystem. In den ersten Jahren wurde jedem Bürger das Recht auf muttersprachlichen Unterricht

⁴¹ Vgl. Marti 1998, S. 359.

⁴² Köhler 2005, S. 4.

garantiert und dieses Recht auch in der Verfassung von 1936 gesetzlich verankert, allerdings nicht für jede ethnische Gruppe eingehalten. Das Ziel, die Analphabetismusrate innerhalb der Bevölkerung zu reduzieren, erwies sich als schwierig, denn die schriftlichen Formen vieler Sprachen mussten zunächst erst entwickelt, pädagogisches Material verfasst und Lehrpersonal ausgebildet werden. Diese Sprachenpolitik der 1920er Jahre der UdSSR wurde *Коренизация* („Verwurzelung“) genannt und galt als Blütezeit der Nationalsprachen, welche jedoch Mitte der 1930er und dem Beginn der „Russifizierung“ beendet wurde. Ab 1938 wurde der Unterricht in russischer Sprache für alle Kinder im Schulalter obligatorisch. Dies versetzte der Entwicklung der ethnischen Sprachen einen Rückschlag. Begründet wurde dieser Schritt mit der Notwendigkeit einer „gemeinsamen, interethnischen Sprache für die künftige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung“. Dabei wurde die Bedeutung von Russischkenntnissen für die Fort- und Weiterbildung betont.⁴³

Die Änderung des Alphabets fand einmal zu Beginn der Sowjetunion und einmal zu Beginn der Russifizierung statt, die besonders in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg immer offensichtlicher und aggressiver wurde. Von 1926 bis einschließlich 1932 setzte die kommunistische Führung auf die lateinische Schrift, auch um sich vom zaristischen Russischen Reich zu distanzieren.⁴⁴

Ab 1933 wurde die Latinisierung nicht mehr gefördert und die Kyrilliza-Kampagne setzte ein. Den Rückgriff auf das kyrillische Schriftsystem begründete man zwar mit pädagogischen Argumenten (für die Kinder sei es verwirrend, zwei Alphabete gleichzeitig zu lernen), hauptsächlich aber erleichterte die kyrillische Schrift den Erwerb des Russischen. Mit der Bildungsreform in den 1950er Jahren wurde der muttersprachliche Unterricht optional und die Verwendung des Russischen ausgeweitet. Russisch wurde, auf Kosten der Nationalsprachen, zur Lingua Franca der UdSSR. Dies hatte zur Folge, dass gegen Ende der Sowjetunion die Mehrheit der Bürger angab, zweisprachig zu sein (ihre Muttersprache und Russisch), und ein erheblicher Teil der Bevölkerung hatte seine Muttersprache zugunsten des Russischen als Erstsprache aufgegeben. Der Bilingualismus wurde von der Sowjetregierung gefördert, jedoch war diese Förderung einseitig: Nicht-Russischsprachige lernten Russisch, während ethnische Russen keine zweite bzw.

⁴³ Vgl. Grenoble 2003, 59f.

⁴⁴ Vgl. Martin 2001, S. 203.

autochthone Sprachen der UdSSR lernten. Im Laufe der Sowjetära nahm die Rolle des Russischen stetig zu, und in den Breschnew-Jahren wurde sie noch verstärkt.⁴⁵

5.2.1. Guter Lenin – böser Stalin?

Der bolschewistischen Regierung war es zu Beginn kaum möglich, ihre politischen Agenden und Ideen an die Bevölkerung zu kommunizieren, denn innerhalb der Bevölkerung gab es eine hohe Analphabeten-Rate, die in manchen Regionen sogar bei fast 100% lag. Von den offensichtlichen sprachlichen Unterschieden zwischen den Russisch- und Nicht-Russisch-Sprechern abgesehen, verstanden auch die Durchschnittsrussischsprecher grundlegende Begriffe und Konzepte wie Kommunismus und Bourgeoisie nicht. Dies war ein großes Problem für die neue Regierung, denn das Proletariat war ihre Hauptzielgruppe.⁴⁶ Somit war einer der ersten Schritte der neuen sowjetischen Regierung im Modernisierungsprozess die Steigerung der Alphabetisierung der Bevölkerung. Die anfänglichen Sprachinitiativen basierten auf Lenins Politik der „*Gleichheit der Nationen*“ und der Rechte der nationalen Minderheiten, welche die „*Freiheit und Gleichheit der Sprachen*“ (u.a. die Freiheit der Sprachenwahl in den Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen) einschließen sollten. Doch Lenins Primärziel war die Vereinigung aller Völker in einem einzigen kommunistischen Staat, was wiederum eine Assimilierung bedeutete. Dies scheint sich zunächst zu widersprechen; Grenoble (2003:35) geht davon aus, dass die anfänglich liberale Nationalitätenpolitik nur als eine Zwischenetappe bzw. notwendige Voraussetzung angesehen wurde, um das ultimative Ziel, ein vereintes sowjetisches Volk, zu erreichen.⁴⁷

„For Lenin, nationalism was useful when it could be used to advance the proletarian cause. The active promotion of the nationalism was also, in theory at last, a safeguard against what Lenin dubbed ‚Russian chauvinism‘. This principle of parity was guaranteed by law, as formulated in Article 23 of the 1936 Constitution, which proclaimed ‚equality of rights of citizens of the USSR,

⁴⁵ Vgl. Grenoble 2003, S. 193–195.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 35–37.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 35.

irrespective of their nationality or race '. This constitution was in effect for just over forty years, until it was surpassed by the 1977 Constitution. ⁴⁸

Es gilt als umstritten, ob Lenins Nationalitätenpolitik seine tatsächlichen politischen Überzeugungen zum Ausdruck brachte oder, wahrscheinlicher, nur die öffentliche Meinung manipulierte. In manchen Regionen, u.a. in der Ukraine, hing die Unterstützung für die bolschewistische Revolution von ihren Versprechen der Selbstbestimmung ab. Die „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“ aus dem Jahre 1917 versprach eine Politik der Gleichheit aller Menschen in Russland und das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung und beruhte auf vier Prinzipien:

1. Die Gleichheit und Souveränität der Völker Russlands.
2. Das Recht der russischen Völker auf freie Selbstbestimmung bis hin zur Trennung und zur Bildung eines unabhängigen Staates.
3. Die Abschaffung aller nationalen und national-religiösen Privilegien und Benachteiligungen.
4. Die freie Entwicklung der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen, welche das Territorium Russlands bewohnen.⁴⁹

Die anfängliche Sprachenpolitik sah keine einzelne Sprache als Staatssprache vor, stattdessen galt offiziell die Gleichheit der Nationalitäten und ihre Selbstbestimmung. Insbesondere das Recht auf die eigene Muttersprache und Bildung in der Muttersprache markierten die Anfangsphase der Sowjetunion.⁵⁰ Trotz der offiziellen Politik herrschte eine generelle Abneigung Moskaus gegenüber der Vorstellung die Kontrolle über Verwaltung, Bildung oder Wirtschaft an die Nationalitäten bzw. Republiken abzugeben. Die anfänglich vermeintlich besonders inklusive Sprachenpolitik, welche das Gegenteil der ausschließenden zaristischen Sprachenpolitik darstellen sollte, diente der geplanten Sowjetisierung der Minderheiten und Minderheitensprachen. So förderte die sowjetische Regierung zunächst offiziell die Entwicklung und Verwendung der Muttersprachen im Bildungswesen, in

⁴⁸ Ebd., S. 35f.

⁴⁹ Übersetzt aus dem Englischen und zitiert aus Grenoble 2003, S. 36.

⁵⁰ Vgl.ebd., S. 36.

Publikationen und in den Medien, aber nur auf eine bestimmte, sowjetische Art und Weise.⁵¹

Die Klassifizierung, basierend auf den Nationalitäten, führte zur Zusammenführung vieler kleiner „ähnlicher“ Nationalitäten zu sogenannten „großen“ sowjetischen Nationalitäten. Grund dafür war der Wunsch des Regimes, die Gesamtzahl der Nationalitäten zu reduzieren; eine Strategie, die im Laufe der Geschichte der Sowjetunion wiederholt zum Einsatz gekommen ist und mit der offiziellen Ideologie gerechtfertigt wurde, dass die natürliche Entwicklung der Nationalitäten im Sowjetstaat zu einer einzigen großen, sowjetischen Nationalität führen würde.⁵² Es gibt drei Begriffe, die zur Beschreibung dieses Prozesses verwendet wurden und deren Bedeutung im Laufe der Geschichte der Sowjetunion immer wieder geändert wurde: *нация* (Nation), *национальность* (Nationalität) und *народность* (ethnische Gruppe). „*Нация*“ umfasste ein Volk, das mit einer Staatsnation verbunden war, ein abgegrenztes Territorium und eine eigene Sprache besaß. Die Bedeutungen der Begriffe „*национальность*“ (Nationalität) und „*народность*“ (ethnische Gruppe) führten zu einer Debatte in der Sowjetunion: für einige waren es Synonyme, für andere bedeuteten sie Unterschiede in der Entwicklungsstufe, wobei *национальность* (Nationalität) ein gewisses bewusstes Verständnis der eigenen kulturellen und historischen Entwicklung implizierte, während der Begriff *народность* (ethnische Gruppe) dies nicht tat. Folglich bedeutete *национальность* (Nationalität) für einige eine höher entwickelte Gruppe von Menschen. Dies hatte schwerwiegende politische Auswirkungen, so dass Vertreter der verschiedenen Nationalitäten forderten, als *национальность*, (Nationalität) und somit als entwickelte Gruppe anerkannt zu werden.⁵³

„Although etymologically related to *natsiia* (*nation*), the word *natsional'nost'* (*nationality*) differs in that while every *nation* is also a *nationality*, not every *nationality* is a *nation*. In addition, while every *nation* and every *nationality* could also be considered a *narodnost'* (*ethnic group*), not every *ethnic group* is a *nationality* or *nation*, in particular due to small population size, or to what is called 'underdevelopment'.”⁵⁴

⁵¹ Vgl.ebd., S. 37.

⁵² Vgl.ebd., S. 38f.

⁵³ Vgl.ebd., S. 40.

⁵⁴ Ebd., S. 40f.

Der Begriff „*народность*“ (ethnische Gruppe) wurde von den Sowjets verwendet, um eine ethnische Gruppe zu bezeichnen, die weniger als 300.000 Einwohner hatte und keine Wirtschaftsgemeinschaft darstellte. In der sowjetischen Theorie verlief die Entwicklung wie folgt: ein Volk entwickelt sich von einer *народность* (ethnische Gruppe) über eine *национальность* (Nationalität) zu einer *нация* (Nation). So war im offiziellen Diskurs eine Nationalität (*национальность*) ein entwickeltes Volk, während sich eine ethnische Gruppe (*народность*) noch in der Entwicklung befand. Das Regime behauptete zwar, diese drei Gruppen nach strengen wissenschaftlichen Prinzipien abzugrenzen, aber die Kriterien waren eher subjektiv als wissenschaftlich, denn ihre Bedeutungen änderten sich stets bei Volkszählungen.⁵⁵

Grenoble (2003:41) stellt die Theorie auf, dass man anhand dieser Idee des Entwicklungsprozesses der Nationen Lenins wahres politisches Ziel erkennen kann: angesichts der Tatsache, dass er die Nationalitäten auf dem Weg zur Entwicklung eines einzigen Sowjetvolkes betrachtete, war für ihn die Sprache, in der die Botschaft der kommunistischen Partei überbracht wurde, im Vergleich zur Botschaft selbst belanglos. Die Nationalsprache war zwar die Form, in der die Botschaft übermittelt wurde, aber der Inhalt leitete sich aus der sowjetischen Ideologie ab („national in Form, sozialistisch im Inhalt“). Lenins Nationalsprachenpolitik zeigte, dass er verstand, dass für das Volk, welches er von den kommunistischen Ideen zu überzeugen versuchte, die Sprache ganz und gar nicht unbedeutend war. Im Gegenteil, die Sprache war ein mächtiges politisches Werkzeug, welches den Inhalt akzeptabler machen konnte.⁵⁶ Die Entwicklung der Nationalitäten sollte durch „*Annäherung und Verschmelzung der Völker*“ (*Сближение и слияние народов*) erreicht werden: durch die Gleichberechtigung würden sich die unterschiedlichen Völker und Gruppen einander annähern und schlussendlich auf natürliche Weise zusammenwachsen, bis eine vollständige „Verschmelzung“ stattfindet und eine einzige (d.h. sowjetische) Identität und das *Советский народ* („Sowjetvolk“) geschaffen würde.⁵⁷

Nach Lenins Tod 1924 trat Stalin seine Nachfolge an. Es gelang ihm, bis Ende 1927 die vollständige Kontrolle über die Partei, das Militär und die Geheimpolizei zu erlangen, und er regierte das Land mit eiserner Faust bis zu seinem eigenen Tod 1953. Um Stalins Nationalitätenpolitik zu verstehen, analysiert Grenoble (2003:43) sein

⁵⁵ Vgl.ebd., S. 39–41.

⁵⁶ Vgl.ebd., S. 41.

⁵⁷ Vgl.ebd., S. 41f.

Verständnis von „Nation“ anhand seines Essays *„Die nationale Frage und der Leninismus“* aus dem Jahr 1929. In diesem Essay beginnt Stalin mit der marxistischen Definition eines Staates:

„Eine Nation ist eine historisch gewachsene, stabile Gemeinschaft von Menschen, die auf dem gemeinsamen Vorhandensein von vier Grundhaltungen beruht, nämlich: einer gemeinsamen Sprache, einem gemeinsamen Territorium, einem gemeinsamen Wirtschaftsleben und einer gemeinsamen psychologischen Zusammensetzung, die sich in gemeinsamen spezifischen Merkmalen der nationalen Kultur manifestiert. (Stalin 1950:8)“⁵⁸

Stalin erläutert in seiner Ausführung drei Phasen in der Entwicklung eines Nationalstaates:

1. In der ersten Phase würden die ehemals unterdrückten Nationen und Nationalsprachen mit der Abschaffung dieser Unterdrückung gedeihen.
2. In der zweiten Phase, wenn das Proletariat die Welt regiert, würde eine gemeinsame Sprache Gestalt annehmen, die Stalin als „internationale Verkehrssprache für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit“ vorhersagte. Diese gemeinsame internationale Sprache würde, in seiner Vorstellung, zusammen mit den einzelnen Sprachen existieren. In dieser zweiten Phase gäbe es zunächst eine Reihe von Wirtschaftszentren für getrennte Gruppen von Nationen, die jeweils eine eigene gemeinsame Sprache haben.
3. In der dritten Phase werden diese einzelnen gemeinsamen Sprachen zu einer einzigen Sprache vereinigt. Diese dritte Phase würde den Sieg der Weltdiktatur des Proletariats markieren; wenn die nationalen Unterschiede aussterben und Platz für eine allen Nationen gemeinsame Weltsprache machen würden.⁵⁹

Diese Definition diene als entscheidende Voraussetzung für die Beurteilung, welche Menschen eine „Nation“ bilden konnten. Diese Beurteilung war besonders bei der Zuteilung von staatlichen Ressourcen von großer Bedeutung. Auch bei der Entscheidung, welche Sprachen aufgrund ihres Status als „Nationalsprachen“ gesetzliche Rechte und Privilegien (einschließlich ihrer Verwendung im

⁵⁸ Übersetzt aus dem Englischen und zitiert aus Grenoble 2003. S.43.

⁵⁹ Vgl.ebd., S. 43.

Bildungswesen und Administration) erhalten, spielte diese Beurteilung eine wichtige Rolle.⁶⁰

Grenoble (2003:193) erläutert, dass zwei Ergebnisse der sowjetischen Sprachenpolitik unbestritten sind: der Erfolg der Alphabetisierungskampagne und die Verbreitung der Verwendung des Russischen als Zweitsprache für einen Großteil der sowjetischen Bevölkerung und als Erstsprache für andere:

„Raising the literacy level of the population was one specific intent of Soviet policies; a marked increase in general literacy was rapidly attained. This is true even if one takes into account a certain amount of inflation in official statistics: at the time of the Bolsheviks Revolution the Soviet population was largely uneducated and illiterate, and by 1991 nearly all people were literate and had at least some basic level of education. The assessment of the broad issue of literacy - issues which encompass the stated goals of the literacy campaign, literacy policies themselves, and their ultimate impact - is relatively straightforward, and even the strongest opponents of Soviet policy recognize this achievement.

The spread of Russian is a more complicated issue. Although language policy had an impact on the acquisition and use of Russian by non-Russian population, so too did a number of other factors. These include urbanization, industrialization, and changes in the Soviet population (family size, geographic distribution, and growth rates).“⁶¹

Die verbreitete naive Vorstellung des „guten Lenin“ und „bösen Stalin“ wird in Anbetracht Grenobles Analyse widerlegt. Lenins Sprachenpolitik war vielmehr eine politische Aktion bzw. das Mittel zum Zweck, um die nicht-russischsprachige Bevölkerung mit dem Sowjetstaat und dessen Ideologie zu vereinigen. Nichtsdestotrotz hatte sie durch die Förderung der Entwicklung auch einige positive Auswirkungen auf die Nationalsprachen.

⁶⁰ Vgl.ebd.

⁶¹ Ebd., S. 193.

5.2.2. Коренизация / Nativisierung

Die Politik der *Коренизация* („Verwurzelung“), der „Gleichheit aller Sprachen“, war Teil einer übergeordneten Politik der „Nativisierung“ und begann offiziell im Jahr 1923. Die Nativisierungspolitik hatte, neben dem bereits erwähnten sowjetisch-ideologischen Aspekt, zum Ziel, so schnell wie möglich eine größere und besser ausgebildete Arbeitskraft zu schaffen, um das Land rasch zu industrialisieren und den Westen einzuholen. Ewas deutlicher formiert Köhler (2005:5) die Ziele der *Коренизация*:

„Ziel der *Korenisazija* war es, Angehörige der nichtrussischen Völker in das sowjetische Gesellschaftssystem einzubinden. Es sollte die Arbeiterschaft nationalisiert werden, indem ein gewisser Anteil nichtrussischer Arbeiter in der Industrie angestrebt wurde. In Partei und staatlichen Behörden wurden Posten gezielt an Personen nichtrussischer Herkunft vergeben. Dadurch konnte die Loyalität der nichtrussischen Eliten gegenüber dem Moskauer Zentrum erreicht werden. Nationalisiert wurde auch das Justizsystem, so dass in der ASSR⁶² und den Autonomen Gebieten 60 bis 70 Prozent des Personals Nichtrussen waren. An Universitäten wurden Quoten eingeführt, nach denen bestimmt wurde, wieviel Prozent der Studierenden nichtrussischer Herkunft zu sein hatten. [...] Diese Quoten für nationale Studierende wurden 1934 wieder abgeschafft, woraufhin deren Anteil an den Hochschulen innerhalb kürzester Zeit wieder signifikant zurückging.“⁶³

Die *Коренизация* variierte von Region zu Region und stieß auf viele Hindernisse, insbesondere auf den weit verbreiteten Analphabetismus und das niedrige Bildungsniveau. Die Bildungsvermittlung an sich war sehr schwierig, da es in vielen Fällen sowohl an pädagogischem Material als auch an, in den Muttersprachen ausgebildeten, Lehrern mangelte.

1930 wurde die allgemeine Schulpflicht in der UdSSR eingeführt. Durch die Vorgabe, dass jede offizielle Sprache einen kodifizierten schriftlichen Standard haben muss, kam es zur Erschaffung von Literatursprachen, wo es vorher keine gegeben hatte. Aber in vielen Fällen blieben sie künstliche Konstrukte. Stattdessen wurden sie für die

⁶² Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken (ASSR) waren Gebietskörperschaften der UdSSR. Der Unterschied zur SSR war das fehlende offizielle Austrittsrecht.

⁶³ Köhler 2005, S. 5.

Übersetzung sowjetisch-russischer Propaganda und für literarische Übersetzungen aus dem Russischen und anderen Sprachen verwendet.⁶⁴

Die Entwicklung dieser Literatursprachen verlief unterschiedlich, aber einige allgemeine Tendenzen folgen einer bestimmten Reihenfolge: Zunächst wurde die Alphabetfrage so gelöst, dass einige nicht kyrillische Alphabete (mit Ausnahme einiger Sprachen mit langer Tradition, z.B. Armenisch) in Kyrillische umgewandelt wurden. Der Weg zum kyrillischen Alphabet wurde durch eine kurze „Latinisierung“ von 1926 bis 1933 unterbrochen, als fast alle Sprachen, die zuvor ins Kyrillische umgewandelt wurden, an das lateinische Alphabet angepasst wurden. Im Jahre 1932 waren 66 Schriftsprachen latinisiert (vor allem altaische, uralische und kaukasische Sprachen).⁶⁵

„Latinization was almost entirely confined to the Soviet east. However, just as there was one episode where the latinization of the Russian language was proposed, there were likewise two occasions when the latinization of Belorussian and Ukrainian emerged as issues. The symbolic connotations of latinization in the Soviet west were entirely different. The cultural revolutionary element was entirely absent. Ukrainians and Belorussians were not considered ‚culturally backward‘ and their latinization was not discussed in context with the utopian scheme to develop a single universal alphabet.“⁶⁶

Ab 1933 wurde wieder das kyrillische Alphabet forciert. Der Grund arabische oder mongolische Orthografien zu ändern, war offensichtlich. Die Notwendigkeit aber, bereits latinisierte Schriftsprachen in kyrillische zu ändern, begründete die sowjetische Führung damit, dass Kinder das kyrillische und lateinische Alphabet durcheinanderbringen und sich somit die grammatischen Kenntnisse verschlechterten würden.⁶⁷ Grenoble (2003: 50) hebt einige Argumente für die Bevorzugung des lateinischen Alphabets hervor:

„Party rhetoric aside, a number of factors may have contributed to the choice of the Latin alphabet over Cyrillic. First, Russian was seen as the language of the tsarist oppressors, and there was a conscious effort to move away from that sense of oppression. The Soviet press published statements about the general ‚resistance‘ of the public to Russian and Russians as part of the tsarist legacy.

⁶⁴ Vgl. Grenoble 2003, S. 44f.

⁶⁵ Vgl. Martin 2001, S. 204.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Vgl. Grenoble 2003, S. 49.

In the case of the many languages using Arabic script, a shift to Cyrillic would have been interpreted as blatant Russification. Romanization provided a politically more neutral middle ground. Second, the Latin alphabet was seen as having practical and pedagogical advantages over Cyrillic. From a strictly pragmatic standpoint, the Latin alphabet provided the possibility of using European and American printing machines and publishing houses. [...] Third, the influence of Marrist doctrine (Chapter 2, section 5.1) should not be underestimated. Basing his linguistic theories on the belief that language change and social change are inexorably linked, Marr argued that the development of socialism was tied to the adoption of the Latin alphabet. Fourth, an explicit ideological argument was made for the virtues of the Latin alphabet in terms of the future international area:

„Latin characters are not only the sign of science and technology; they are those of the common written culture of all civilized nationalities. By adopting the Latin alphabet, we shall be able to make use of the fruits of international culture as we approach a proletarian-peasant international.“⁶⁸

Das lateinische Alphabet erfüllte de facto Stalins Ideologie von „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“ und sogar von einer Latinisierung des Russischen war kurz die Rede. Doch mit dem Politbüro Dekret 1932 und der Anti-Ukrainisierungskampagne wechselte sich der sprachpolitische Kurs. Das Dekret stellte die nationale Interpretation der Getreidebeschaffungskrise von 1932 dar und machte die Ukrainisierung dafür verantwortlich.⁶⁹

„In short, the grain requisitions crisis was the product of resistance by traitors within the soviet and party apparat, and many of them received their positions due to the policy of Ukrainization. This represented the national interpretation of the grain requisitions crisis.“⁷⁰

Mit der Kyrilliza-Kampagne wurden die binnen weniger Jahre zuvor latinisierten Schriften ins Kyrillische geändert. 1939 konvertierte die Aserbaidshansische SFSSR als erste Republik offiziell zum kyrillischen Alphabet und bis 1940 wurde die Schrift aller

⁶⁸ Ebd., S. 50.

⁶⁹ Vgl. Martin 2001, S. 302.

⁷⁰ Ebd., S. 303.

sowjetischen Sprachen auf Kyrillisch umgestellt (Ausnahme waren: Armenisch, Georgisch, Karelisch, Jiddisch und die baltischen Sprachen).⁷¹

Zur „*Коренизация*“ gehörte das, Mitte der 1920er Jahre von der sowjetischen Regierung erschaffene, System zur Einstufung der verschiedenen Nationalitäten, das als *ABCD-Hierarchie*⁷² bezeichnet wurde. Dieses System sollte insbesondere bei der Erschaffung von Schriftsprachen der indigenen Völker von Nutzen sein. Die *ABCD-Hierarchie* unterschied die Sprachen anhand von drei grundlegenden Kriterien: Größe der Sprecherpopulation, Vorhandensein einer standardisierten Rechtschreibung und Umfang der territorialen Einheit der Sprecher, wobei Russisch als die „Sprache der Föderation“ gezählt wurde.

„A. Small nationalities without scripts, which are generally bilingual, live in compact groups surrounded by larger nationalities, and are territorially ‘scattered’, will conduct all education and create all literature in the ‘language of the federation’.

B. Small and medium-sized monolingual nationalities without scripts, which live as compact masses, are agricultural and not united territorially, will create primary schools, educational literature and mass political propaganda in the native language. Secondary schools, middle professional education and higher education will be conducted in the ‘language of the federation’.

C. Medium or large-sized monolingual nationalities, using a traditional script and having a proletariat, intelligentsia and bourgeoisie, which live in compact groups or are territorially united, will create primary, secondary and middle professional education, together with political-educational literature and other scholarly and educational literature, in the native language. The ‘language of the federation’ will be introduced no later than the third grade and is to continue not higher education.

D. Economically and culturally developed nationalities that have traditional scripts and are territorially united, will create all education from primary schools to universities, and all literature (including technical texts), in the native

⁷¹ Vgl. Grenoble 2003, S. 50f.

⁷² I. Davydovs „project resolution“ 1926 in TsGA RSFSR f.296 o. 1 d. 16 wurde von der *Наркомпрос*, dem Volkskommissariat für Bildung der RSFSR (russ. *Народный комиссариат просвещения РСФСР*) offiziell akzeptiert und verbreitet (vgl. Smith 1998, S. 195).

language. The 'language of the federation' will be introduced no later than the third grade."⁷³

In der RSFSR gab es 1930 muttersprachlichen Unterricht in 70 Sprachen, fünf Jahre später stieg diese Zahl auf 80 Sprachen. Danach war die Russifizierungspolitik spürbar, denn 1972 gab es in der gesamten Sowjetunion muttersprachlichen Unterricht in Volksschulen nur noch in 55 Sprachen. 1980 sank die Zahl auf 50 Sprachen und 1988 wurde der niedrigste Wert mit 39 Sprachen erreicht.⁷⁴

Die ABCD-Hierarchie legte zwar für alle soziolinguistischen Gegebenheiten einen Plan zum muttersprachlichen Unterricht vor, wurde jedoch in vielen Fällen nicht durchgesetzt bzw. mit der Russifizierung reduziert. Folgt man Simons (2013:111) Ansicht, so waren die 1920er und frühen 1930er Jahre die Zeit der Sprachenprojekte, Lexika und Orthografien. Besonders im Zeitungswesen und in der Elementarschulbildung wurden enorme Fortschritte gemacht. Doch mit der Russifizierungspolitik der 1930er Jahre folgte eine Kehrtwende.⁷⁵ Alle Errungenschaften wurden (gewaltsam) zurückgefahren und die russische Sprache und Kultur offiziell als das beste Instrument für eine sowjetische Gesellschaft propagiert und forciert.

5.2.3. Russifizierung

Nach der anfänglichen Nativisierungspolitik setzte Moskau Mitte der 1930er Jahre auf die Russifizierung. Dieser Prozess wurde, insbesondere in der ukrainischen Unionsrepublik, mit aller Härte betrieben.

„Die frühe sowjetische Nationalitätenpolitik musste weichen, weil sie erfolgreich war, die Sowjetunion aber in eine andere Richtung zu lenken schien. Formal wurde die *Korenizacija* übrigens niemals abgeschafft, aber der Terminus verschwand aus dem sowjetischen Sprachgebrauch. Die Stalin-Führung gelangte wohl schon Ende der 1920er Jahre zu der Überzeugung, dass eine massive und teilweise sogar erzwungene Indigenisierung wie in Belarus nationales Selbstbewusstsein und damit verbundene politische Erwartungen

⁷³ Smith 1998, S. 51, zitiert nach Grenoble 2003, S. 46.

⁷⁴ Vgl. Köhler 2005, S. 5.

⁷⁵ Vgl. Simon 2013, S. 111.

und Ansprüche wachsen ließ, Differenzierung und nicht Homogenisierung förderte. Die Revision der Nationalitätenpolitik stand in unmittelbarem Zusammenhang mit den Katastrophen der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Hungersnot und den sie begleitenden Terrorwellen.“⁷⁶

Simon (2013:112) erläutert, dass das Stalin-Regime die Ukrainisierung⁷⁷ und den damit einhergehenden ukrainischen Nationalismus als Hauptgrund für die Nichterfüllung des Getreidesolls sah. Die ukrainischen Kommunisten galten fortan als potenzielle Separatisten, die, geleitet vom ukrainischen Nationalismus, Widerstand gegen die Getreiderequirierungen leisteten. Moskau ging mit aller Härte gegen die „konterrevolutionären Elemente“ vor.⁷⁸ Millionen fielen der Hungersnot⁷⁹ und dem stalinistischen Terror zum Opfer. Nicht nur in der Ukraine, auch in den anderen Unionsrepubliken wurden die Führungseliten und die nationale kulturelle Intelligenz in den „Großen Säuberungen“ 1936 bis 1938 physisch eliminiert. Sprachpolitisch wurden die 1930er Jahre zur Zeit der Förderung der russischen Sprache in allen Bereichen.

Ab der zweiten Hälfte der 1930er Jahre wurde der muttersprachliche Unterricht immer weiter reduziert und im Jahre 1938 wurde das Gesetz über den obligatorischen Russischunterricht in allen Schulen der UdSSR eingeführt.⁸⁰ 1937 begann die, im vorangegangenen Kapitel erwähnte, Kyrillisch-Kampagne: Alle Völker, die auf das lateinische Alphabet umgestiegen waren oder die in lateinischer Tradition verschriftlicht wurden sollten nun auf die kyrillische Schrift umgestellt werden, um sie dem Russischen anzugleichen. Köhler (2005:9) erläutert, dass mit der Angleichung der Schrift auch die politische Abschottung der UdSSR von ihren Feinden ausgedrückt werden sollte. Stalin betrachtete den nicht-russischen Nationalismus als eine Gefahr für die Sowjetunion und sprach in seiner 1950 veröffentlichten Schrift "Der Marxismus und die Frage der Sprachwissenschaft" davon, dass die russische Sprache im Kontakt mit anderen Sprachen immer die dominantere sei und die andere verdränge.⁸¹ Im akademischen Jahrgang 1939-40 wurden 37 neue Alphabete auf kyrillischer Schriftbasis geschaffen. Durch die Einführung dieser neuen Alphabete wurden die

⁷⁶ Ebd., S. 112.

⁷⁷ Bezeichnung der „Коренизация“ in der Ukraine.

⁷⁸ Vgl.Simon 2013, S. 112.

⁷⁹ Bekannt als „Holodomor“ (ukr. Голодомор) und bedeutet „Tod durch Hunger“.

⁸⁰ Vgl.Köhler 2005, S. 5f.

⁸¹ Vgl.ebd., S. 9f.

bestehenden Lehrbücher, die in lateinischen Schriften gedruckt waren, überflüssig und die Situation verschlechterte sich weiter.⁸²

Nach einer kurzen Tauwetterphase nach Stalins Tod wurde die Russifizierung Ende der 1950er insbesondere über den Bildungsweg weiter vorangetrieben. Auch das Konzept des „Russischen als zweite Muttersprache“ der 1960er Jahre war ein weiterer Schritt der Russifizierung der Völker. Gegen Ende der UdSSR hatte die Russifizierungspolitik die nicht-russischen Sprachen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens verdrängt. Auch die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung im Osten und Süden der Unionsrepubliken wurde durch die russische Migration effektiv verändert. Die Hauptziele der Migration waren primär Städte, wodurch die russische Sprache in urbanen Gegenden an Dominanz gewann.

„Während die Förderung nationaler Minderheiten außerhalb ihrer Territorien eingestellt wurde, erhielten die Russen in allen Teilen des Landes Schulen, Ausbildungsmöglichkeiten und Kultureinrichtungen in ihrer Muttersprache. Natürlich hießen sie nicht ‚Minderheit‘, sondern Angehörige des ‚großen russischen Brudervolkes‘. Russen und Russophone wie sprachlich assimilierte Ukrainer und Juden konnten überall in der Sowjetunion ihren Beruf in der Muttersprache ausüben, während sie selbst die Sprache der Titularnation nur rudimentär oder gar nicht erlernten.“⁸³

5.2.4. Schulgesetz 1958

Mit der Chruschtschow⁸⁴-Ära (1953-1964) wurde zwar die sogenannte „Tauwetterperiode“ eingeleitet, doch das sprachpolitische Ziel bestand weiter darin Russisch als „die“ Sprache der Sowjetunion zu etablieren. Unter seiner Führung wurde Russisch zur „zweiten Nationalsprache“ in den Republiken erklärt. Grenoble (2003: 57) weist darauf hin, dass diese geförderte Zweisprachigkeit die Notwendigkeit der Nationalsprachen (bzw. jeder anderen Sprache außer Russisch) in Frage stellte. Im Vergleich zur Sprachenpolitik der 1920er Jahre, als allen Sprachen offiziell

⁸² Vgl. Grenoble 2003, S. 61

⁸³ Simon 2013, S. 114.

⁸⁴ Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (russ. Никита Сергеевич Хрущёв). Regierungschef der Sowjetunion von 1953-1964.

Gleichberechtigung garantiert wurde, wurde unter Chruschtschow offiziell akzeptiert, einige Sprachen als „weniger lebensfähig“ zu betrachten und sie für eine weitere Entwicklung als ungeeignet zu erklären; d.h. diese dem Aussterben zu überlassen.⁸⁵ 1958-59 kam es zur Bildungsreform und Unterricht in der Muttersprache galt nicht mehr als obligatorisch. Eltern mussten mit der Schulreform von 1958 fortan entscheiden, ob ihre Kinder als Unterrichtsfach Russisch oder die jeweilige nationale Sprache bzw. Muttersprache haben sollten. Die Folge dieser Gesetzgebung ging auf Kosten der Muttersprachen:

„One result of the Education Reforms [sic!] was pressure to begin instruction in Russian from the earliest grades, and the native language was replaced by Russian in many schools.“⁸⁶

Es folgten heftige Proteste, besonders in Lettland und Aserbaidschan gegen die Einführung dieser Regelung, weil zurecht befürchtet wurde, dass die dominantere Position der russischen Sprache im Staat und in der sowjetischen Gesellschaft zur Abwahl des Schulunterrichts in der jeweiligen Muttersprache führen würde.⁸⁷

Grenoble (2003:57f.) geht davon aus, dass trotz der Verlagerung des Schwerpunkts auf Russisch die „größeren“ Sprachen bzw. die, die von größeren Bevölkerungsgruppen gesprochen wurden, möglicherweise sogar etwas an Bedeutung gewonnen haben, was zum Teil auf die Lockerung der kulturellen Beschränkungen unter Chruschtschow zurückzuführen ist.

Mit den Reformen wurde auch ein neuer Schultyp eingeführt: nicht-russische Schulen mit Russisch als Unterrichtssprache, in denen die Muttersprache als Nebenfach unterrichtet wurde. Die Bedrohung der Minderheitensprachen intensivierte sich, da sie zum einen in den Schulen nicht mehr verwendet wurden und zum anderen Publikationen in diesen Sprachen stark eingeschränkt wurden. Russisch wurde „die“ Sprache der UdSSR und nahm eine Hauptrolle im Bildungswesen und in der Regierung ein. Diese Reformen stellten einen offenen Schritt in Richtung weiterer Russifizierung des Landes dar.⁸⁸

⁸⁵ Paradoxerweise wurde Lenins „Politik der Sprachgleichheit“ nicht offiziell abgelehnt, sondern von der Kommunistischen Partei zur Rechtfertigung ihrer Politik herangenommen, auch wenn die Realität dem widersprach (vgl. Grenoble 2003:57).

⁸⁶ Grenoble 2003, S. 57

⁸⁷ Vgl. Köhler 2005, S. 10.

⁸⁸ Vgl. Grenoble 2003, S. 58.

Köhler (2005:11) weist darauf hin, dass die Schulen der Minderheiten, die muttersprachlichen Unterricht halten konnten (z.B. die Tataren und Baschkiren), schlechter ausgestattet und weniger beworben waren als die russischen Schulen. In den 1960er Jahren wurden weitere Bereiche, u.a. die Justiz, Verwaltung, Wirtschaft etc., russifiziert und dafür gesorgt, dass bis in die 1970er Jahre die nicht-russischen Sprachen fast vollständig aus dem öffentlichen Leben verschwanden. Lediglich im familiären Umfeld und in der Belletristik wurden sie weiterhin verwendet. Russisch wurde fortan als „zweite Muttersprache des Sowjetvolkes“ propagiert.⁸⁹

5.2.5. Weitere Sprachengesetze bis 1993

Die Russifizierung wurde unter Breschnew⁹⁰ (1964-1982) weiter verstärkt und Russisch als „zweite Muttersprache“ weiterhin forciert: offiziell waren die Russen weiterhin weitgehend einsprachig (97%), während über 40% der nicht-russischen Bevölkerung sich als zweisprachig bezeichneten und bis 1979 insgesamt 82% der Bevölkerung Russischkenntnisse angaben.⁹¹ Diese einseitige Haltung zeigte sich auch in den Übersetzungsarbeiten; aus dem Russischen wurde in die nativen Sprachen übersetzt, wobei relativ wenige literarische Werke umgekehrt ins Russische übersetzt wurden. Die Breschnew-Ära ist gekennzeichnet durch die stetige Zunahme sowohl des Russischunterrichts, der die nativen Sprachen in den nicht-russischen Schulen immer weiter ersetzte, als auch durch eine kontinuierliche Zunahme der Institutionen, in denen Russisch die einzige Verwendungssprache war. In der Verfassung von 1977 hieß es, dass die Sowjetbürger „die Möglichkeit haben, die Muttersprache und die Sprachen der anderen Völker der UdSSR zu gebrauchen“ und ihnen wurde die „Möglichkeit des Schulunterrichts in ihrer Muttersprache“ garantiert. Dies war eine deutliche Abkehr von der Verfassung 1936, die das *Recht* auf Unterricht in der Muttersprache garantierte; die Verfassung von 1977 garantierte nur die *Möglichkeit* des Zugangs. Der Russifizierungsprozess wurde 1978 per Dekret weitergeführt und legte umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Russischunterrichts vor (u.a. neue Materialien für nicht-russischsprachige Schulen,

⁸⁹ Vgl. Köhler 2005, S. 11.

⁹⁰ Leonid Iljitsch Breschnew (russ. Леонид Ильич Брежнев). Regierungschef der Sowjetunion von 1964-1982.

⁹¹ Vgl. Grenoble 2003, S. 58.

Erhöhung des russischsprachigen Unterrichts in mehreren Fächern und eine Empfehlung alle Russischlehrer umzuschulen). Darüber hinaus wurden alle Schulen mit russischen Sprachzentren ausgestattet und der Russischunterricht auch im Vorschulbereich eingeführt.⁹²

„The official view of a single Soviet ethnic group, the result of ‘the convergence and fusion of peoples’ (*sblizhenie i sliianie narodov*), was becoming a reality. The sphere of Russian usage spread beyond education to many administrative levels, including local-level administration. It has become the *lingua franca* of the USSR.“⁹³

Ähnlich hebt auch Köhler (2005:11f.), die Beschreibung des „Sowjetvolkes als eine neue historische Gemeinschaft von Menschen“ in der Präambel der sowjetischen Verfassung 1977 hervor. Das Ziel des „Sowjetvolkes“ war, Assimilierungsprozesse zu fördern, sowie Sprach- und Kulturkonflikte als hinfällig erscheinen zu lassen, um Autonomieforderungen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die russische Sprache kam als einzige Sprache für das Sowjetvolk in Frage, da sie laut Parteidoktrin die einzige Sprache war, die entwickelt genug war, um alle Funktionen erfüllen zu können. Nach dem Zerfall der UdSSR wich der Begriff „Sowjetvolk“ in der Verfassung der Russischen Föderation 1993 dem Begriff des „multinationalen Volkes“.⁹⁴

In der Breschnew-Ära wurde das Ziel angestrebt, ein sowjetisches Volk zu etablieren; die „Annäherung und Verschmelzung der Nationalitäten“ (*сближение и слияние народов*) zu einer Supranationalität, die ein gemeinsames Territorium, eine gemeinsame Sprache, ein gemeinsames Wirtschaftssystem, eine gemeinsame Kultur und das gemeinsame Ziel der Verbreitung des Kommunismus teilen. Doch die Nationalitätenfrage war nicht zu lösen.⁹⁵ Grenoble (2003:59) geht davon aus, dass sich die Problematik der Nationalitätenfrage durch die (sprach-)politischen Maßnahmen weiter verstärkte, anstatt das Gegenteil zu bewirken. Ungeachtet der ungelösten nationalen Konflikte betrieb die Sowjetregierung weiter aggressiv ihre Politik der Russifizierung und auf seinem letzten Parteitag 1981 verkündete Breschnew den „Triumph der Schaffung eines geeinten sowjetischen Volkes“.⁹⁶

⁹² Vgl.ebd., S. 58.

⁹³ Ebd., S. 58f.

⁹⁴ Vgl.Köhler 2005, S. 11f.

⁹⁵ Vgl.Grenoble 2003, S. 59

⁹⁶ Vgl.ebd..

Die sprachliche Situation zu Beginn der Sowjetunion und an ihrem Ende unterschied sich grundlegend. Knapp ein Jahrhundert russischsprachiger Dominanz haben ihre Spuren hinterlassen:

“The statistics for Russian bilingualism were high, and there was evidence of large-scale language shift for many portions of the population. Even in those areas where there was little to suggest massive language shift (e.g. the Armenian SSR), fear of Russification was high. Despite these fears, in many regions the linguistic situation was essentially stable throughout the first years of Gorbachev’s rule.”⁹⁷

Gorbatschows Reformationsprogramm, „*Glasnost und Perestroika*“, lies die Sprachen- und Nationalitätenfrage unbeachtet. Noch vor dem Zerfall der UdSSR änderten einige Unionsrepubliken ihre Sprachenpolitik: so wurde in der Moldawischen SSR 1987 ein Gesetz verabschiedet, das die Anwendungsbereiche der moldawischen Sprache erweiterte und wechselte 1989 offiziell zum lateinischen Alphabet. Auch die SSR Estland führte 1989 ein Gesetz ein, das ihre Titularsprache zur Staatssprache erhob. Die restlichen Unionsrepubliken folgten ihrem Vorbild, bis auf die Transkaukasischen Republiken, die ihre Titularsprachen bereits 1978 in ihren neuen Verfassungen zu ihren Staatssprachen erklärten. 1991 wurde mit dem "Gesetz der Sprachen des Volkes der RSFSR" Russisch zur Staatssprache der RSFSR erklärt.⁹⁸

5.3. Ukraine in der UdSSR

Mit der Gründung der Sowjetunion 1922 wurde die Ukraine (zunächst ohne die zu Polen gehörenden Gebiete Galizien und West-Wolhynien) als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik Teil des Vielvölkerstaates. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die restlichen Gebiete in der SSR Ukraine eingegliedert und somit erstmals alle Teile des ukrainischen Volkes in einem Staat vereint.⁹⁹ Die Ukrainische SSR war die zweitgrößte Unionsrepublik und es gab, wie in anderen Sowjetrepubliken auch, einen deutlichen Unterschied in der Sprachlandschaft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Hinzu kommt der sprachliche Unterschied zwischen der Ost- und

⁹⁷ Ebd., S. 62f.

⁹⁸ Vgl.ebd., S. 62f.

⁹⁹ Vgl.Kotzian 2015, S. 87.

der Westukraine. Die 70-jährige Angehörigkeit zur Sowjetunion hat Spuren in der Ukraine und der ukrainischen Identität hinterlassen.

„Die Ukrainische Sowjetrepublik [...] hatte klare Grenzen und eigene Institutionen. Zwar blieben ihre Kompetenzen beschränkt und sie musste sich der Parteiherrschaft unterordnen, doch war sie der Nukleus eines Nationalstaates. Dazu gehörte eine Nation, und anders als im Zarenreich wurden die Ukrainer in der Sowjetunion als eigene Nation anerkannt. Der Aufstieg von (loyalen) Ukrainern in sowjetische Eliten wurde gefördert. Das Ukrainische wurde Amts- und Schulsprache, und die in den 1920er Jahren betriebene Politik der Ukrainisierung konsolidierte die ukrainische Sprache und Kultur. Als Folge des Zweiten Weltkrieges wurden dann erstmals praktisch alle Teile des ukrainischen Volkes in einem Staat, der Ukrainischen Sowjetrepublik, vereint. Die sowjetische Politik trug also zur Formierung einer modernen ukrainischen Nation bei und die Sowjetrepublik wurde zum Gehäuse der unabhängigen Ukraine“¹⁰⁰

Auch wenn die anfängliche Nationalitätenpolitik, die Alphabetisierung, die Industrialisierung und damit einhergehende Urbanisierung auf den ersten Blick positiv erscheint, so vollzog sich in den 1930er Jahren eine Kehrtwende in der Politik und anstelle des propagierten sowjetischen Internationalismus trat der russische Nationalismus wieder hervor. Ukrainische Eliten wurden in den „Säuberungen“ eliminiert, die Förderung der ukrainischen Sprache wurde gebremst und die russische Sprache bevorzugt. Es folgte die Russifizierung und die ukrainische Sprache sank in den Rang einer provinziellen Sprache herab.¹⁰¹

5.3.1. Historischer Überblick zur ukrainischen Sprache unter russischer Herrschaft

Im neunzehnten Jahrhundert fundierte die Politik des Imperialistischen Russlands auf dem Prinzip der Einheit von Orthodoxie, Autokratie und Nationalität (russ. *православие, самодержавие, народность*), welche auch die dynastische Herrschaft der Zaren legitimierte. Für die Monarchisten gehörten („Groß-“) Russen, Ukrainer

¹⁰⁰ Kappeler 2010, S. 26.

¹⁰¹ Vgl.ebd., S. 26f.

(„Kleinrussen“) und Weißrussen (ebenfalls Kleinrussen) aufgrund ihres gemeinsamen Glaubens, der Orthodoxie, und der Anzahl an Russischsprecher in ihren Eliten, der gleichen Nationalität an.¹⁰²

Die sprachliche und kulturelle Unterwerfung unter russischer Herrschaft bekam vor allem die ukrainische Sprache zu spüren, die durch zahlreiche Dekrete entrechtet wurde. Beginnend im siebzehnten Jahrhundert (1627 und 1628) wurden ukrainischsprachige Bücher konfisziert und verbrannt und im achtzehnten Jahrhundert (1721) wurde die Publikation von Büchern in Ukrainisch verboten. Das 1863 erlassene Dekret verbannte das Ukrainische aus dem öffentlichen Gebrauch und die darauffolgenden Gesetze aus den Jahren 1876 und 1881 verboten Ukrainisch in den Schulen; das davor gelehrt Latein wurde durch Russisch ersetzt, um die Ukraine vom Westen bzw. dem westlichen Europa zu isolieren. Ukrainische Lehrer wurden durch russische ersetzt und Bücher auf Ukrainisch wurden aus den Schulbibliotheken entfernt. Der Gebrauch des Ukrainischen wurde als Widerstand gegen die Regierung interpretiert, sowohl Lehrer als auch Studenten, die unter Verdacht standen, wurden der Schulen verwiesen.¹⁰³

Ähnlich auch Hrycak (2006:71), die, anhand des durch das russische Bildungsministerium im Jahre 1863 erlassenen Verbotes von allen ukrainischsprachigen Publikationen, argumentiert, dass Grammatiklehrbücher und andere Druckerzeugnisse zur Verbreitung von Ukrainischkenntnissen als Bedrohung gesehen wurden da sich dadurch eine größere Anzahl der nicht-russischen Bevölkerung als individuelle Nationalität identifiziert hätte und darauf separatistische Bewegungen gefolgt wären.¹⁰⁴

Ohne den historischen Exkurs zu weit in die Vergangenheit zu führen, fassen Bergmann und Kratochvil (2002:91) diese „Zeit der Verbote und Restriktionen“ kurz zusammen:

„1720 Ukaz Peters des Großen: Verbot in ‚Kleinrussland‘ Bücher zu drucken, außer den nötigen kirchlichen Büchern, wobei es aber auch keine ‚mundartliche‘ Abweichung zum ‚Großrussischen‘ geben durfte.“

¹⁰² Vgl. Wanner 1998, S. 15f.

¹⁰³ Vgl. Bilaniuk 2005, S. 74f.

¹⁰⁴ Vgl. Hrycak 2006, S. 71.

1752 Ukaz Katharinas der Großen: Verbot in der Kiewer Mohyljans'kyj Akademie auf Ukrainisch zu unterrichten.

1863 Zirkular des russischen Innenministers P. Valujev, das die Herausgabe von Lehrbüchern, Volkslesebüchern und religiöser Literatur aller Art in ukrainischer Sprache verbot; Verbot Theater und Musikschauspiele mit ukrainischer Sprache in der Ukraine aufzuführen.

1876 Bad Emser Ukaz von Alexander II., Einfuhrverbot ukrainischer Druckerzeugnisse aus der Westukraine; gedruckt werden durften ukrainische schöngeistige Literatur, Übersetzungen, historische Dokumente, aber alles nur im russischen Schriftsystem.

1884 Bestätigung des Aufführverbots für Theater und Musikschauspiele mit ukrainischer Sprache in der Ukraine.

1895 Verbot ukrainischer Kinderbücher.

1905/06 Nach der Revolution kam es zu einer Duldung ukrainischen Buchdrucks, Sonntagsschulen, Aktivitäten von Volksbildungsorganisationen u.ä.

1914 Nach der Besetzung Galiziens und der Bukovyna durch die zaristische Armee traten all die genannten Verbote wieder voll in Kraft, Verfolgung der griechisch-katholischen Kirche.¹⁰⁵

Nach dem Zerfall des Russischen Kaiserreiches veränderte sich die sprachliche Situation in der Ukraine. Schon zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bzw. nach den „Lockerungen“ der zaristischen Einschränkungen des Ukrainischen im Jahre 1905 kam es zu einer aktiven Debatte über die Regulierung der ukrainischen Sprache in allen Gebieten der Ukraine.¹⁰⁶

„In eastern Ukraine, when tsarist restrictions on language were eased in 1905, people became openly involved in issues of standardization, and Ukrainian language publications proliferated. In 1917 Ukrainians in Kyiv organized a government and declared an autonomous Ukrainian People's Republic within a federated Russian Republic, which led to war between Ukraine and Russia. In

¹⁰⁵ Bergmann; Kratochvil 2002, S. 91.

¹⁰⁶ Vgl. Bilaniuk 2005, S. 78f.

1918 the Ukrainian government proclaimed full independence from Russia, which lasted, with a couple of changes in government, through 1920. During this brief period of independence the Ukrainian language flourished, its status increased, and its spheres of use were expanded. Ukrainian was later suppressed again by the Polish and Soviet Russian occupying regimes, but developments in the brief period of independence fueled future Ukrainian linguistic and cultural activities.”¹⁰⁷

Mit der Machtübernahme der Bolschewiki kam es zunächst zu einer Verbesserung der Lage des Ukrainischen: der “Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands über die Sowjetherrschaft in der Ukraine” 1919 verkündete die freie Entwicklung der ukrainischen Sprache und Kultur in allen Bereichen. Darüber hinaus wurde der Schulunterricht in ukrainischer Muttersprache eingeführt. 1922 wurde der Status des Ukrainischen gesetzlich festgelegt und sowohl das Ukrainische als auch das Russische wurden zu offiziellen Mehrheits- und Bildungssprachen. Diese Phase wird, wie bereits erwähnt, als “Ukrainisierung” bezeichnet, welche in den 1930er Jahren mit den Säuberungen der ukrainischen Intelligenz ein gewaltsames Ende nahm. Die “Russifizierung” begann und 1938 wurde das Erlernen der russischen Sprache in den nationalen Schulen obligatorisch. Das “Tauwetter” nach Stalins Tod 1953 führte zu Veränderungen in der ukrainischen Sprachenpolitik und eine “Wiederaufnahme” der ukrainischen Sprachtradition erfolgte. Ukrainischsprachige Zeitschriften wurden gegründet und schriftliche Erklärungen über die Bedeutung des Ukrainischen wurden veröffentlicht. Diese positive Entwicklung änderte jedoch nichts am Status des Russischen und die Verbreitung des Russischen in nicht-russischen Republiken setzte sich, mit dem Schulgesetz 1958, in der Ukraine wie auch anderswo in der UdSSR fort.¹⁰⁸

In den Städten der Ukrainischen SSR wurde hauptsächlich Russisch oder eine Mischung aus Russisch und Ukrainisch gesprochen, wohingegen in ländlichen Regionen Ukrainisch gesprochen wurde. Die Prestigekluft zwischen Russisch, einer “Stadtssprache”, und Ukrainisch, einer “Landsprache”, welche ein Erbe der Sprachenpolitik des zaristischen Russischen Reiches war, wurde durch die

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Vgl. Grenoble 2003, S. 83f.

Sowjetische noch weiter verstärkt. 1989 erklärte die ukrainische Regierung Ukrainisch als offizielle Nationalsprache.¹⁰⁹

5.3.2. Sprachenpolitik in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Nach der Gründung der UdSSR wurde im darauffolgenden Jahr 1923 ein Sprachgesetz in der Ukraine verabschiedet, das Ukrainisch als Hauptsprache über Russisch stellte. Ein vorangegangenes Dekret von Februar 1920 hatte das Ukrainische dem Russischen gleichgestellt. Das Gesetz von 1923 sah vor, dass Regierungsangestellte ein Jahr lang Zeit hatten, Ukrainisch zu lernen oder ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Im selben Jahr begann die "*Коренизація*", die in der Ukraine auch "*Українізація*" („Ukrainisierung“) genannt wurde. Dies sorgte dann dafür, dass die ukrainische Sprache in der Regierung verstärkt verwendet wurde, Beamte wurden angewiesen, an Ukrainisch-Kursen teilzunehmen, und innerhalb von vier Jahren wurden Regierungs- und Parteifunktionäre angewiesen, im gesamten Schriftverkehr und in allen Veröffentlichungen Ukrainisch zu verwenden. Zur gleichen Zeit wurde in der Sowjetunion großer Wert auf die Bildung und den Kampf gegen den Analphabetismus gelegt. In der Ukraine lag der Schwerpunkt auf der Bildung in ukrainischer Sprache.¹¹⁰

Die "Ukrainisierung" der 1920er Jahre führte zu einem kulturellen Aufschwung und zahlreichen Fortschritten der Sprache in Kultur, Politik und Bildung. Während es 1922 noch 6.105 ukrainischsprachige Schulen gab, stieg ihre Anzahl bis ins Jahr 1925 auf 10.774. Ende 1927 wurde in 77% der Grundschulen Ukrainisch unterrichtet.¹¹¹

Doch mit den späten 1920er bzw. frühen 1930er Jahren formierte sich insbesondere in den russischsprachigen östlichen und südlichen Region Widerstand gegen die Politik der "*Коренизація*" bzw. "*Українізація*". Im Zuge des stalinistischen Terrors kamen auch ukrainische Intellektuelle unter Beschuss und wurden als "bourgeoise Nationalisten" abgestempelt, inhaftiert und ermordet.¹¹² Von 1927 bis 1928 wurden Intellektuelle der ukrainischen Akademie der Wissenschaften, die nicht

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 85.

¹¹⁰ Vgl. Fouse 2000, S. 38f.

¹¹¹ Vgl. Ševel'ov 1989, S. 116f.

¹¹² Vgl. ebd., S. 41f.

Parteimitglieder waren, systematisch verfolgt. 1929 wurden zahlreiche Mitarbeiter der Akademie und mehrere tausend Menschen, die indirekt mit der Akademie in Verbindung standen oder an der nationalen Befreiungsbewegung von 1917-1920 beteiligt waren, verhaftet. In den öffentlichkeitsstarken Gerichtsprozessen gegen die „konterrevolutionären Verräter“ wurden 45 Personen, davon 29 Angehörige der ukrainischen Akademie der Wissenschaften, angeklagt. Andere wurden ohne Gerichtsverfahren verurteilt.¹¹³ Zahlreiche ukrainische Institutionen, Fakultäten, Zeitschriften und Zeitungen wurden zensiert und verboten. All dies hatte negative Auswirkungen auf die ukrainische Sprache und ihren Gebrauch.¹¹⁴

„Stalin was engaged in an undeclared war with the peasants. It began with the proclamation in 1929 of the policy of (forceful) collectivization and took material form with the liquidation of the kulaks in 1930-1931 and the ‘minor’ famine of 1932, caused by the state’s heavy-handed grain collection. These were a prelude to the famine of 1933 that killed several million people and brought the Ukrainian peasantry to its knees.”¹¹⁵

Mit dem gewaltsamen Kurswechsel in der Sprachenpolitik Moskaus sollte von nun an die Russische Sprache die Sprache der unionsinternen Kommunikation sein. Zu dieser Zeit wurden Schritte eingeleitet, um die Unterschiede zwischen dem Ukrainischen und dem Russischen in den Bereichen der Phonologie, Morphologie, Syntax, Lexikon und Orthographie zu verringern. 1938 wurde Russisch als Pflichtfach in den ukrainischen Schulen eingeführt und die Nutzung des Ukrainischen nahm stetig ab. Frühere Bemühungen, das Prestige der ukrainischen Sprache zu verbessern, wurden wieder rückgängig gemacht. In den größeren Städten war Russisch die dominierende Sprache, während Ukrainisch als die Sprache der Bauern galt. Dieses Gefälle war auch im Arbeitsmarkt zu spüren; wer in die Stadt zog, um Arbeit zu finden, hatte mit Russisch die besseren Karten.¹¹⁶

Die "Tauwetterperiode" nach Stalins Tod 1953 brachte auch eine Minderung der Russifizierung in der Ukraine und den anderen Unionsrepubliken mit sich. Diese entspanntere Situation führte in der Ukraine zu Forderungen, der eigenen Sprache einen besseren Status zu gewähren. 1959 wurde die erste sowjetukrainische

¹¹³ Vgl. ebd., S. 124f.

¹¹⁴ Vgl. Fouse 2000, S. 41f.

¹¹⁵ Vgl. Ševel'ov 1989, S. 142.

¹¹⁶ Vgl. Fouse 2000, S. 43.

Enzyklopädie veröffentlicht, und bald darauf folgten ein Wörterbuch der ukrainischen Sprache sowie andere literarische Werke, darunter wissenschaftliche Zeitschriften in ukrainischer Sprache. Die 1960er Generation ("Шістдесятники ") ukrainischer Schriftsteller und Dichter forderte Ukrainisch offiziell als Sprache der Bildung und Kultur anzuerkennen. Doch in den 1960er Jahren kam es auf Anweisung Moskaus zu einer großen Zensurwelle in der literarischen Welt, sowohl auf russischer als auch ukrainischer Seite. Wie bereits erwähnt wurde unter Chruschtschow 1958 ein Gesetz verabschiedet, das es jeder Familie in den nicht-russischen Republiken erlaubte, zwischen der Landessprache der Republik und Russisch als Schulsprache für ihre Kinder zu wählen. Da Russisch bereits als offizielle Kommunikationssprache etabliert war und auch das Prestige höher war, wählten viele ukrainische Familien Russisch als Bildungssprache ihrer Kinder. Die Zahl der Schulen, an denen in ukrainischer Sprache unterrichtet wird, ging zurück, insbesondere in den städtischen Gebieten (mit Ausnahme der westlichen Gebiete). Die sprachpolitische Agenda Moskaus blieb auch in den Jahrzehnten danach gleich und Russisch wurde als Sprache der interethnischen Kommunikation innerhalb der UdSSR gefördert. Während der Breschnew-Ära forcierte Moskau die Förderung der russischen Sprache in der Ukraine: Der Gebrauch des Russischen in den Schulen nahm zu, und die Sprache war für den Aufstieg an den Hochschulen und in den Berufen unumgänglich.¹¹⁷

5.4. Weißrussland in der UdSSR

In den 1920er Jahren wurde seitens Moskaus das nationale Kultur- und Bildungswesen ausgebaut und gefördert und die weißrussische Sprache zur Nationalsprache der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik ernannt. Dies führte zu vermehrten Publikationen in weißrussischer Sprache. Während in der BSSR die anfängliche Nativisierungspolitik positive Erfolge erzielte, herrschte in den polnischen Gebieten Weißrusslands eine Polonisierung in allen öffentlichen Bereichen. Doch wie die anderen Sowjetrepubliken auch wurde Weißrussland Opfer der Russifizierungspolitik und des stalinistischen Terrors gegen die nationale Intelligenz und die Bevölkerung der 1930er Jahre. Mit dem Hitler-Stalin Pakt 1939 wurden die zu Polen gehörenden weißrussischen Gebiete wieder an die Sowjetunion

¹¹⁷ Vgl.ebd., S. 49f.

angegliedert. Die von Moskau stark angetriebene Industrialisierung führte zu raschen Erfolgen und die weißrussische Republik gehörte bald zu den modernsten und die Hauptstadt Minsk zu den größten in der UdSSR: zwischen 1970 und 1984 hatte Weißrussland das größte Wirtschaftswachstum in der Sowjetunion und verlor sein früheres „bäuerliches“ Image.¹¹⁸ Ab den 1930er folgte die Sowjetisierung und Russifizierung: alle weißrussischen Parteimitglieder und Beamte wurden durch Russen ersetzt, die nationalen Eliten verfolgt und exekutiert und der Russischunterricht ab 1938 verpflichtend. Die Zahl der weißrussischen Schulen, der Publikationen, Radio- und Fernsehsendungen ging im Laufe der Zeit innerhalb der Sowjetunion kontinuierlich zurück.¹¹⁹ Holtbrügge (2002:47) macht darauf aufmerksam, dass Weißrussland zur Sowjetrepublik mit der höchsten Verbreitung von Russischkenntnissen geworden war (abgesehen von der RSFSR).

„Die weitgehend übereinstimmenden Strukturen und zahlreiche gemeinsame Merkmale haben zudem eine mangelnde Unterscheidung und Abgrenzung zwischen der weißrussischen und der russischen Sprache verursacht. Viele Weißrussen sprechen weder die eine noch die andere Sprache perfekt, machen in beiden Sprachen Fehler beim Wortakzent, verwechseln oder vermischen Wörter, Wortverbindungen und Phraseologismen oder gebrauchen fehlerhafte Flexionsendungen. Vielfach hat sich eine weißrussisch-russische Mischsprache herausgebildet, die von den Anhängern der Wiedergeburt verächtlich als *trasjanka* (wörtlich: ‚gemischtes Viehfutter‘) bezeichnet wird. Zu beobachten ist diese Sprachvermischung häufig auch im weißrussischen Fernsehen oder bei Gesprächen und Diskussionen, wenn jemand eine Frage auf Weißrussisch stellt und ihm sein Gesprächspartner auf Russisch oder in einer Mischung beider Sprachen antwortet.“¹²⁰

5.4.1. Historischer Überblick des Weißrussischen unter russischer Herrschaft

In der Literatur wird häufig ein „schwach ausgeprägtes Nationalbewusstsein“ der Weißrussen beschrieben. Holtbrügge (2002:107) erklärt dies damit, dass

¹¹⁸ Vgl. Holtbrügge 2002, S. 46.

¹¹⁹ Vgl. ebd., S. 47.

¹²⁰ Ebd., S. 108.

Weißrussland und seine Bevölkerung im Laufe seiner Geschichte fast immer angegliedert an bzw. Teil von anderen großen Reichen gewesen sind und dies dazu führte, dass die weißrussische Sprache kaum Verbreitung gefunden hat. Sie diente zwar bis 1697 als Kanzleisprache des Großfürstentums Litauen, verlor jedoch mit der anschließenden Einführung des Polnischen an Bedeutung.

Nach der dritten polnischen Teilung 1795 wurde der größte Teil Weißrusslands an das Russische Reich angegliedert und verlor damit zunehmend seine Unabhängigkeit. Unter der russischen Herrschaft wurde die „großrussische“ Idee vorangetrieben. Im Sinne dieser Ideologie waren die Weißrussen seit jeher schon Russen und die weißrussische Sprache nur ein weiterer „Dialekt des Russischen“. Sie wurde aus dem offiziellen Sprachgebrauch beseitigt und eine Russifizierungspolitik betrieben. 1863 kam es aufgrund dessen zum Polnischen Aufstand gegen das Zarenreich, dessen Konsequenz eine noch verschärfte sprachliche und kulturelle Russifizierung war. 1867 folgte das Druckverbot für weißrussische Publikationen, welches bis 1905 bestehen blieb, und Russisch zur offiziellen Staats- und Schulsprache erklärt.¹²¹ Holtbrügge (2002:36) erklärt die schwache nationale Bewegung in Weißrussland während der Zarenzeit mit der sozialen Struktur der weißrussischen Bevölkerung und dem Fehlen einer nationalen Intelligenz. 1897 lebten 99% der Weißrussen in ruralen Gebieten, wohingegen in den urbanen Räumen und den Führungsschichten Vertreter anderer Nationen (Polen, Juden, Russen) in der Mehrheit waren. Im Vergleich zu anderen Volksgruppen (Analphabetismus-Rate bei 48,5%) waren Ende des 19. Jahrhunderts 75% der Weißrussen Analphabeten.¹²²

Mit der Gründung der weißrussischen sozialistischen Gemeinschaft *Hramada* (*Грамaда*) im Jahre 1903 erlangte die weißrussische nationale Bewegung politisches Gewicht.

„Die *Hramada* orientierte sich zunächst vor allem an der Polnischen Sozialistischen Partei, die bereits im Jahre 1902 das Selbstbestimmungsrecht für die Völker des historischen Litauen proklamiert hatte. Obwohl sie es nach der Revolution von 1905 nicht schaffte, einen Vertreter in die erste russische Duma zu entsenden, gelang es der *Hramada* vor allem aufgrund der sich

¹²¹ Vgl.ebd., S. 35f.

¹²² Vgl.ebd., S. 37.

entwickelnden weißrussischen Publizistik, auch bei der breiteren Masse ein zunehmend nationales Bewußtsein [sic!] zu wecken.“¹²³

Nachdem 1905 das Druckverbot aufgehoben wurde, erschien im darauffolgenden Jahr die weißrussische Zeitschrift „*Hawa Hiea*“ („*unser Feld*“), welche zum Symbol der nationalen Wiedergeburt wurde. Nach dem Verlust der Zentralgewalt des russischen Zarenreiches im Zuge des ersten Weltkriegs gelang die Loslösung Weißrusslands. 1917 wurde ein weißrussisches Nationalkomitee gebildet, welches allerdings nach der Oktoberrevolution von den Bolschewisten wieder aufgelöst wurde. Die erste unabhängige Weißrussische Nationalrepublik wurde, unter deutscher Besatzung, 1918 proklamiert. Sie war von kurzer Lebensdauer, denn mit dem Abzug der deutschen Besatzung wurde am 01. Januar 1919 die Weißrussische Sowjetrepublik ausgerufen. Auch diese Republik überlebte nicht lange, denn nach dem polnisch-sowjetischen Krieg (1918-1921) wurde Weißrussland auf die beiden Streitmächte aufgeteilt: Die Westgebiete (Brest, Hrodna, Pinsk, Baranowitschi und Maladsetschna) gingen an Polen, die restlichen weißrussischen Gebiete an die UdSSR, die zur Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurden.¹²⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden auch diese Regionen in der UdSSR aufgenommen.

5.4.2. Sprachenpolitik in der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Die Weißrussen waren eine der größten ethnischen Gruppen der ehemaligen UdSSR und folgten der Größe nach den Russen, Ukrainern und Usbeken. Wie im vorherigen Kapitel erörtert, wurde Weißrussland zu verschiedenen Zeiten in der Geschichte nicht nur von Russland, sondern auch von Polen-Litauen regiert und hatte daher sowohl ein lateinisches als auch ein kyrillisches Alphabet, wobei das kyrillische, aufgrund der sprachpolitischen Maßnahmen Moskaus, dominant wurde. Die weißrussische Sprache gehört zusammen mit Russisch und Ukrainisch zur ostslawischen Sprachfamilie. Die Standardsprache basiert auf dem zentralen Dialekt. Fouse (2000:65) hebt hervor, dass der Status der Sprache sich während der Sowjetzeit ebenso stark, wenn nicht sogar stärker, verschlechtert hat als jener, der anderen nicht-

¹²³ Ebd., S. 37.

¹²⁴ Vgl.ebd., S. 38.

russischen Sprachen der Republik. Die Russifizierung, die von den zaristischen Regimen und den Sowjets durchgeführt wurde, war erfolgreicher als in anderen Republiken.¹²⁵

Im westlichen Weißrussland, das unter polnischer Herrschaft stand, erlaubte die polnische Regierung Anfang der 1920er Jahre den Betrieb weißrussischer Schulen. Dies änderte sich allerdings ab 1924 und die weißrussische Sprache wurde erneut unterdrückt. Bis Ende der 1930er Jahre wurden alle weißrussischen Gymnasien geschlossen, die Sprache in öffentlichen Einrichtungen verboten und Publikationen verboten.¹²⁶ Im Zuge der Jalta-Konferenz im Februar 1945 wurde der westliche Teil Weißrusslands von der UdSSR annexiert und von den Alliierten anerkannt. Somit konnte auch diese Region in die sprachpolitische Agenda Moskaus, der Russifizierungspolitik, aufgenommen werden.

Als die Sowjets die Macht übernahmen, herrschte in Weißrussland ein hoher Grad an Analphabetismus und die Nutzung der weißrussischen Sprache war auf den ländlichen Raum begrenzt. Wie in den anderen Republiken war das primäre Ziel der Sowjets, zunächst die Analphabetismus-Rate zu reduzieren, was ihnen auch gelang. Im Dezember 1922 wurde Weißrussisch die Titularsprache der BSSR¹²⁷ und im Zuge der pro-nationalsprachigen Sprachenpolitik, der „*Коренизацыя*“, wurde sie intensiv entwickelt und gefördert: Weißrussisch wurde in den Grund-, Mittel- und Oberschulen und als Amtssprache der Weißrussischen SSR eingeführt. Fouse (2000:70) spricht von der "Goldenen Zeit" der weißrussischen Sprache, die unter anderem, in allen Kultur-, Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen verwendet wurde. Weißrussisch wurde schrittweise die Sprache in den Grund-, Mittel- und Oberschulen sowie in der Partei, den Gewerkschaften und anderen Institutionen. Schulen für die Minderheitensprachen (Russisch, Polnisch und Jiddisch) wurden ebenfalls gegründet. 1921 wurden die Weißrussische Staatliche Universität und das Institut für weißrussische Kultur („*Inbekult*“) eröffnet, dessen Aufgabe es war, die Sprache wiederzubeleben, da sie seit dem 16. Jahrhundert in der Literatur so gut wie nicht mehr verwendet wurde (bzw. verwendet werden durfte). Im Jahr 1924 wurde das erste russisch-weißrussische Wörterbuch publiziert.¹²⁸

¹²⁵ Vgl.Fouse 2000, S. 65.

¹²⁶ Vgl.ebd., S. 72f.

¹²⁷ Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik

¹²⁸ Vgl.Fouse 2000, S. 70f.

Die 1930er Jahre waren, wie in den anderen Republiken, geprägt vom stalinistischen Terror und der Verfolgung der weißrussischen Intelligenz. Die Politik der *Коренизація* wurde durch die Russifizierung abgelöst, viele Schriftsteller inhaftiert und/oder exekutiert und weißrussische Literaturzeitschriften geschlossen. 1933 wurden sprachliche Änderungen vorgenommen, um die weißrussische Rechtschreibung und den Wortschatz an Russisch anzupassen. Der Gebrauch des Weißrussischen wurde als Ausdruck des bürgerlichen Nationalismus angesehen und die Sprache aus den Hochschulen verbannt.¹²⁹

Nach Stalins Tod 1953 wurde die Russifizierung fortgesetzt und die Verwendung des Weißrussischen in allen möglichen Bereichen des öffentlichen Lebens blieb weiter eingeschränkt.

Fouse (2000:74) erläutert, warum die Tauwetterphase nach Stalins Tod nicht zu einem Wiederaufleben der weißrussischen Sprache führt:

„There were several factors: For one, Khrushchev was a firm supporter of advancing the Russian language, and even took the occasion of a visit to Minsk in January 1959 to make the following statement at the Belarusan State University: ‚The sooner we all start speaking Russian, the faster we shall build Communism.‘ Secondly, Belarusan was linguistically similar to Russian, and further, the republic occupied a critical geographical positions in terms of the defense of the USSR. The early post-war Communist Party leaders were predominantly Russian, and the republic's business was being conducted in Russian. Russian became predominant in education, and there was a continual decline in the percentage of Belarusan-language publications in relation to Russian that lasted into the 1980s“¹³⁰

Publikationen in weißrussischer Sprache waren rückläufig: 1954 waren es noch 60% in russischer und 40% in weißrussischer Sprache. 1965 lag der Prozentsatz bei 80% zu 20% für Publikationen in russischer Sprache. Ein weiterer ausschlaggebender Punkt für diese Entwicklung war die Industrialisierung Weißrusslands unter der sowjetischen Herrschaft und der damit einhergehende Abgang der Bevölkerung aus

¹²⁹ Vgl.ebd. S. 72.

¹³⁰ Ebd., S. 74.

den Dörfern, welche die weißrussischen Traditionen und Sprache erhielten, um zum Arbeiten in die russisch geprägten Städte zu ziehen.¹³¹

Auch die Zahl der ethnischen Weißrussen, die Weißrussisch als ihre Muttersprache betrachteten, ging stetig zurück und die Folgen der sowjetischen Russifizierung sind bis heute spürbar. Russisch ist noch immer die Sprache der urbanen Zentren, Universitäten und der Regierung und genießt noch heute hohes Prestige. Eine ausgeprägt russifizierte Medienlandschaft verstärkte die Sprachsituation in der Ära nach der Unabhängigkeit noch weiter.¹³²

„It is important to point out that the creation of a monolingual Belarusian state does not appear to have popular support. As early as 1993, polls revealed that 72.3 percent of Belarusians favored a bilingual government. In May 1995 the government held a referendum asking, among other things, whether Russian should be reintroduced as an official language. The referendum passed with between 75 and 83 percent approval (Sanford 1996:146). Even before this time, the government was lax in enforcing the 1990 law making Belarusian the sole official language, which encountered resistance from the general population as well. Government officials, for example, refused to give interviews in any language other than Russian (Zaprudnik 1993:131; Fedor 1995:35). Thus it appears that language shift is so thoroughly underway that, at both popular and governmental levels, the Belarusian people favor extensive use of Russian. This is indicative of the success of Soviet policy, coupled with the historic low prestige of the Belarusian language.“¹³³

Savchenko (2009:150) nennt das Jahr 1988 als „Wiedergeburt“ des belarussischen politischen Nationalismus. In diesem Jahr erregte der Fund der Massengräber in Kurapaty, durch ein Archäologenteam des Instituts für Geschichte der Belarussischen Akademie der Wissenschaften, öffentliches Aufregen. Die Massenhinrichtungen wurden in den 1930er und 1940er Jahren durch den NKVD (*Народный комиссариат внутренних*), der sowjetischen Geheimpolizei, verübt.

„The mass graves belonged to the Stalin era, a period which it was safe to criticize under the Gorbachev administration: after all, the new Soviet leadership proclaimed the cleansing of Soviet society of the past errors as its main goal. At the same time, the mass graves were located on Belarusian soil (in fact, they were the first

¹³¹ Vgl.ebd., S. 74f.

¹³² Vgl.Grenoble 2003, S. 87f.

¹³³ Ebd., S. 89.

discovery of this kind in Belarus) and filled mostly with the bodies of Belarusians. This aspect made Kurapaty a symbol of national suffering that could serve as a rallying point for the emergent Belarusian nationalists.”¹³⁴

Im Oktober 1988 versammelten sich mehr als 400 Menschen, darunter viele Mitglieder der weißrussischen Intelligenz, aber auch Regierungsbeamte, um der Opfer des stalinistischen Terrors zu Gedenken. Aus dieser Versammlung entwickelte sich die Belarussische Volksfront, welche im selben Monat eine Demonstration bei den Massengräbern organisierte. Savchenko (2009:152) erläutert, dass die belarussischen Nationalisten mit einer apathischen und politisch trägen Bevölkerung konfrontiert waren und diese nationale Bewegung, im Gegensatz zu den baltischen Staaten, die sie als Vorbild betrachteten, schwach ausgeprägt war. Nichtsdestotrotz ist es dieser Bewegung zu verdanken, dass nationale Ideen nicht mehr von einer akademischen Elite allein diskutiert wurden, sondern von der breiten Öffentlichkeit.¹³⁵

5.5. Minderheitensprachen in der UdSSR

Neben den slawischen Sprachen und Ländern gab es in der UdSSR noch eine große Anzahl weiterer Sprachen und Nationen, u.a. die Tataren. Sie sind eine turksprachige Bevölkerungsgruppe, die in verschiedenen Teilen der ehemaligen UdSSR lebt; mit der stärksten Bevölkerungskonzentration in den Gebieten Kasachstans und Usbekistans. Die Tataren bildeten nach den ethnischen Russen die zweitgrößte ethnische Gruppe in der Russischen SFSR und sind, neben den Tschuwaschen und den Baschkiren, eine der nicht-zentralasiatischen Turkvölker. Sowohl die Tataren als auch die Baschkiren sind Muslime und ihre Sprachen eng miteinander verwandt. Die Tschuwaschen gehören dem russisch-orthodoxen Glauben an und lebten meist isoliert von den Baschkiren und den Tataren. Dies ermöglichte es ihnen, ihre unabhängige Identität zu bewahren.¹³⁶ Im Zuge der „*Коренизация*“ wurde das Tatarische zur offiziellen Sprache der Tatarischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik ernannt und eine Vielzahl an tatarischen Hochschuleinrichtungen (z.B. die Gesellschaft für Tataristik) wurden gegründet. In den 1930er Jahren wurde diese Regelung abgeschafft und Russisch zur einzigen Verwendungssprache, was zu einer Sprachverschiebung

¹³⁴ Savchenko 2009, S. 151.

¹³⁵ Vgl.ebd., S. 152.

¹³⁶ Vgl.Grenoble 2003, S. 68f.

weg vom Tatarischen hin zum Russischen führte. Die sowjetische Sprachenpolitik stufte die Sprachen nicht nach der Anzahl ihrer Sprecher, sondern nach ihrem politischen Status ein. So hatten die Sprachen der Republiken einen höheren Status als die tatarische Sprache, obwohl sie, gemessen an der Bevölkerungszahl, die Anzahl der kleineren Republiken überstieg.¹³⁷ Tatarische Schulen und tatarischer Sprachunterricht wurde innerhalb der Tatarischen ASSR und in Teilen der Russischen SFSR erlaubt, aber, trotz einer hohen tatarischen Bevölkerungsanzahl in anderen Unionsrepubliken, anderswo nicht zugelassen. Dasselbe galt für die Weißrussen und Ukrainer außerhalb ihrer Teilrepubliken und die Krimtataren, die in den Gebieten nach ihrer Deportation (auch nach ihrer Teilrehabilitation 1967) keinen Unterricht in Muttersprache halten durften. Im Gegensatz dazu waren jedoch z.B. armenischsprachige Schulen in der Georgischen SSR erlaubt. Dies zeigt, wie willkürlich die sowjetische Sprachenpolitik war.¹³⁸

Die Krimtataren zählen auch zu den Turkvölkern und waren seit der mongolischen Eroberung der Krim-Halbinsel dort ansässig. 1921 wurde die ASSR Krim gegründet und auch die Krimtataren bzw. ihre Sprache und Kultur wurden im Zuge der *Коренизация* in den 1920er Jahren gefördert. Tatarisch wurde neben Russisch zur Amtssprache der Republik, die Zahl der Schulen, in denen Tatarisch Unterrichtssprache war, wurde erhöht. 1925 wurde an der Taurischen Universität das Orientalische Institut zum Studium der tatarischen Sprache und Literatur gegründet und eine Vielzahl von Publikationen wurde in tatarischer Sprache veröffentlicht. In den 1930 Jahren änderte sich die Stimmung gegenüber den Krimtataren: mit dem stalinistischen Terror kam das Ende der Nativisierungspolitik und krimtatarische Machthaber wurden verfolgt und während des Zweiten Weltkriegs die gesamte krimtatarische Bevölkerung unter Verdacht gestellt, mit den Deutschen zu kooperieren. Sie wurden in die Usbekische und Kasachische SSR deportiert und ihnen wurden die Rechte als Sowjetbürger entzogen, somit waren sie nicht mehr als Nation anerkannt. 1946 wurde die Krim ASSR aufgelöst und in die Ukrainische SSR eingegliedert. Erst 1967 wurden sie per Dekret zwar teilweise rehabilitiert, ihre alte Heimat die Krim wurde ihnen allerdings nicht wieder zurückgegeben. Im Dekret wurden sie nur als "ehemals wohnhaft auf der Krim" bezeichnet.¹³⁹

¹³⁷ Vgl.ebd., S. 71.

¹³⁸ Vgl.ebd., S. 71f.

¹³⁹ Vgl.ebd., S. 73.

Die Deutschen stellten eine der größten Minderheiten in der Sowjetunion dar. Sie besiedelten während der Herrschaft Katharinas der Großen das russische Gebiet entlang der Wolga, wodurch sie auch den Namen „Wolgadeutsche“ bekamen. Ende der 1930er Jahre gab es außerhalb der Wolgadeutschen Republik 17 deutsche Nationalbezirke innerhalb der UdSSR, mit eigenen nationalen Schulen und Printmedien. Doch mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde die deutsche Minderheit Opfer starker antideutscher Stimmung und standen unter Generalverdacht, potenzielle Spione zu sein. Mit einem Dekret 1941 wurde die Umsiedlung der Wolgadeutschen angeordnet und die gesamte Bevölkerung der Wolgadeutschen wurde nach Sibirien und Zentralasien deportiert und die Wolgadeutsche Republik wurde aufgelöst. Sie wurden 1955 offiziell amnestiert, mussten sich aber verpflichten, nicht in ihre ursprünglichen Siedlungen zurückzukehren. Erst 1964 erfolgte eine Rehabilitierung und 1965 wurde das Dekret von 1941 für ungültig erklärt. Nach der Amnestie wurde 1958 die Publikation deutschsprachiger Zeitungen wieder aufgenommen und etwas später folgten deutschsprachige Radiosendungen. Die Deportationen und die Unterdrückung haben zu einem Verlust der Sprache geführt.¹⁴⁰

„In 1926 the Soviet German population had a language retention rate of 94,4 percent; this had dropped to 75 percent by 1959 and was down to 48,7 percent by 1989. While there is some truth to the claim that the Germans are in many respects like other national minorities in the USSR (Lewis 1973:43), their history as a targeted group has had significant impact on German language vitality in the Soviet Union.“¹⁴¹

Im Laufe der Existenz der Sowjetunion wanderten viele Wolgadeutsche aus.

5.6. Sprachpolitik nach dem Zerfall der UdSSR

Nach einem missglückten Putschversuch im Sommer 1991 folgte der Zerfall der Sowjetunion. Am 8. Dezember 1991 unterzeichneten die Regierungsführer der drei slawischen ehemaligen Unionsrepubliken Ukraine, Weißrussland und Russland den „Vertrag von Minsk“ und die Sowjetunion löste sich auf. Am 21. Dezember 1991 wurde

¹⁴⁰ Vgl.ebd., S. 78.

¹⁴¹ Ebd., S. 78f.

mit der Erklärung der Alma-Ata die GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) gegründet.

Während der Perestroika-Ära von 1988 bis 1991 strebte jede der Teilrepubliken der UdSSR danach, die Rechtsstellung ihrer „eigenen“ Sprache zu verbessern und auch in der Ukraine wurde die ukrainische Sprache, durch ein 1989 verabschiedetes Sprachengesetz, zur einzigen offiziellen Sprache.¹⁴² Bis dahin war Russisch de facto die offizielle Sprache der ganzen UdSSR. Der Zerfall der Sowjetunion und die Deklarationen der neuen Staatssprachen in den neuen Nationen in den 1990er Jahren zerstörten das hegemoniale System, in welchem das Russische emporgehoben wurde. Bilaniuk (2005:19) merkt an, dass dies nicht zu einem sofortigen Verlust des Status der russischen Sprache führte, denn ihr Wert war in institutionalisierten Praktiken und in den Einstellungen tief verwurzelt, doch die privilegierte Position wurde von jenen offen in Frage gestellt und abgelehnt, die sie als Kolonialsprache betrachteten. Die politischen und sozialen Turbulenzen der Unabhängigkeit haben die Sprachprobleme in den Vordergrund gerückt und die Neigung der Menschen, das Russische zu favorisieren, konkurrierte mit dem neuen, gesetzlich geregelten Sprachgebrauch.¹⁴³

So gab es in der sowjetischen Ukraine eine Diglossie-Situation mit Ukrainisch in der Rolle der „niederen Sprache“, welche mit wenig Prestige und Bauerntum assoziiert wurde, und Russisch in der Rolle der „höheren Sprache“, die als kultiviert und respektabel betrachtet wurde.¹⁴⁴

„The ‘high’ language is considered prestigious and appropriate for literacy , scientific, official/governmental, formal, and elite usage. Usually the high language is standardized, codified in grammar books and dictionaries, has a literary heritage, and is seen as required schooling to master. In many cases the ‘low’ language is not standardized, or not written at all, and not taught through any formal schooling. People commonly say that it ‘lacks grammar’. In other cases (as with Ukrainian during the Soviet period) the low language is standardized, codified, and has its own literature, but is ideologically construed as backward and associated with lower classes. The low language is seen as limited in use to informal contexts, with or among people with little formal

¹⁴² Vgl. Bilaniuk 2005, S. 14.

¹⁴³ Vgl. ebd. 19.

¹⁴⁴ Vgl. ebd. 15.

education. It may also be considered particularly appropriate for expressing humor or satire.”¹⁴⁵

Am 24. August 1991 proklamierte die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik ihre Unabhängigkeit. Im Dezember desselben Jahres fand in der Ukraine das „Referendum über die Unabhängigkeit“ statt, welches mit einer überwältigenden Mehrheit Zustimmung erfuhr und schließlich zur staatlichen Unabhängigkeit führte. Ukrainisch wurde zur Staatssprache und als Teil der Verfassung der unabhängigen Ukraine 1996 ratifiziert. Dies trieb einen bemerkenswerten Anstieg ihres Status voran, doch die Veränderungen gingen nicht gleichmäßig von statten. Widerstand gegen die Förderung des Ukrainischen kam von der „neuen Minderheit“, den ethnischen Russen und Vertretern anderer ethnischer Herkunft, die die russische Sprache favorisierten und die behaupteten, dass es eine Verletzung ihrer Rechte sei, wenn von ihnen verlangt würde in ukrainischer Sprache zu arbeiten oder ihre Kinder in Ukrainisch zu unterrichten lassen. Einige waren der Ansicht, dass das Ukrainische, im Vergleich zum Russischen, von Natur aus minderwertig war und dass ihre Kinder benachteiligt würden, wenn sie die engen Beziehungen zur russischen Kultur nicht aufrechterhalten würden.¹⁴⁶ In der Ukraine lebende Russen fühlten sich nicht als Fremde im Land und Chinn und Kaiser (1996:145) gehen davon aus, dass deswegen die ukrainische Souveränität traumatischer für die Russen war als z.B. die Unabhängigkeit der baltischen Staaten.

„Belarusians and Ukrainians, like Russians, are eastern Slavs who share historical, cultural, and linguistic traditions. Because of the location of their homelands, both peoples have frequently interacted with Europe, and Russians have often thought of these areas “the West”. Most importantly, Russians have internalized the view that the Slavic groups are *edinokrovnye*, of one blood, and that Ukraine and Belarus are integral parts of Mother Russia, thus making today’s Belarusian and Ukrainian independence particularly difficult for Russians to accept.”¹⁴⁷

Weil sich die Russen vor dem Zerfall der Sowjetunion nicht als Minderheiten betrachteten, entwickelten sich unter ihnen keine typische kulturelle Identität von Immigranten oder ein „Zusammenhalt der Gruppe“; aufgrund dessen, erwarten sie sich

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ Vgl.ebd.

¹⁴⁷ Chinn; Kaiser 1996, S. 129.

auch eher Unterstützung vom russischen Staat, um ihre nationalen Probleme zu lösen.¹⁴⁸

Am 25. August 1991 verkündete auch die BSSR ihre Unabhängigkeit und wurde zur Republik Belarus. Ihr erster Präsident war Stanislau Schuschkewitsch, der 1994 von Aljaksandr Lukaschenka abgelöst wurde und bis heute von ihm autoritär regiert wird. Savchenko (2009:157.) erläutert, dass die staatliche Unabhängigkeit Weißrusslands eher passiv von statten ging. Nachdem die Ukraine am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte, folgte Weißrussland einen Tag später am 25. Die ersten freien Wahlen des Landes 1994, die Lukaschenka gewann, beschreibt Savchenko (2009:172) wie folgt:

„It is therefore legitimate to look at the result of the election as a truly popular choice, unaffected by oppression or misinformation. Belarusians received what they voted for: a strong presidential regime headed by a man driven by nostalgia for the Soviet era.“¹⁴⁹

Mit Lukaschenka blieb die Medienlandschaft, wie sie es in der Sowjetzeit war, weiterhin in der Kontrolle der Regierung. Savchenko (2009:188) beschreibt Belarus unter Lukaschenka als eine Art „Miniatur Sowjetunion“.

Insgesamt betrachtet, hatte die anfängliche sowjetische Sprachenpolitik der 1920er Jahre, trotz ihres eigentlichen Ziels, der „Verschmelzung der Völker“ zu einem einzigen „Sowjetvolk“, positive Auswirkungen auf die Sprachen der Unionsrepubliken und Minderheiten. In kürzester Zeit gelang es die Analphabetismus-Rate innerhalb der Bevölkerung zu senken und insbesondere die slawischen Unionssprachen erlebten eine Blütezeit. Mit dem radikalen Kurswechsel zurück zur Russifizierung wurde der Entwicklung der nationalen Sprachen ein langanhaltender Rückschlag versetzt. Bis zum endgültigen Zerfall der UdSSR hatte das Russische, aufgrund der sowjetischen Bildungspolitik, eine so dominante Position eingenommen, dass die nationalen Sprachen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens verdrängt waren. Mit dem Zerfall der UdSSR und der Deklaration der neuen Staatssprachen verlor das Russische jedoch nicht sofort seinen Status. Die Sprachenfrage flammt noch heute, befeuert durch politische und soziale Unruhen, immer wieder neu auf.

¹⁴⁸ Vgl.ebd., S. 10.

¹⁴⁹ Savchenko 2009, S. 172.

6. Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien SFRJ

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wurde im Zweiten Weltkrieg zunächst als „*Föderative Volksrepublik Jugoslawien*“ 1943 gegründet und existierte unter diesem Namen bis zum 26. April 1992.

Sundhausen (2014:13) erläutert, dass hinter dem Namen „*Jugoslawien*“ drei Staaten stehen:

1. Der erste jugoslawische Staat, das „Königreich Jugoslawien“, welches von 1918 bis 1941 existierte.
2. Der zweite jugoslawische Staat, der im Zuge des Zweiten Weltkriegs zunächst als „*Föderative Volksrepublik Jugoslawien*“ 1943 gegründet wurde und 1963 zur „*Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien*“ wurde.
3. Der dritte jugoslawische Staat, der nach dem Zerfall der SFRJ als „*Bundesrepublik Jugoslawien*“, bestehend aus Serbien und Montenegro, bis ins Jahre 2003 existierte und schließlich vom Staatenbund „*Serbien und Montenegro*“ abgelöst wurde.¹⁵⁰

Serbokroatisch als polyzentrische Standardsprache war die Hauptsprache in vier der sechs Republiken, die die jugoslawische Föderation bildeten, wobei die Bezeichnung der gemeinsamen Sprache im Laufe der Zeit variierte. Neben den sechs Teilrepubliken (Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Makedonien) hatte die SFRJ noch zwei autonome Provinzen: Kosovo und Vojvodina. Die Sprache umfasste mehrere regionalen Varianten, mit Belgrad bzw. Zagreb als Zentren der Standardisierung. In den beiden anderen Republiken wurden die eigenen Landessprachen verwendet - Slowenisch in Slowenien und Makedonisch in Makedonien. Was die Schrift betrifft, so verwendet das Slowenische das lateinische Alphabet, das Mazedonische das kyrillische, das Serbokroatische hingegen beide Alphabete: das Lateinische im Westen und das Kyrillische im Osten. Voss (2008:48) beschreibt die jugoslawische Nationalitätenpolitik als „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“.¹⁵¹

¹⁵⁰ Vgl. Sundhausen 2014, S. 13.

¹⁵¹ Vgl. Voss Christian, S. 48.

In der SFRJ wurde ein Definitionssystem geschaffen, welches die Begriffe „Nation“ und „Staat“ deutlich unterschied und die Basis für den multinationalen Staat bildete. Die Bevölkerung wurde unterteilt in „*narod*“, „*narodnosti*“ und „*etničke zajednice*“ (*Nationen, Nationalitäten* und *ethnische Gemeinschaften*). Unter „*narod*“ wurden die staatstragenden Nationen verstanden, die ihre eigene Republik hatten: Slowenen, Kroaten, Serben, Makedonier, Montenegriner und ab 1968 die Muslime. „*Narodnosti*“ waren Völker, die zwar in der SFRJ lebten, aber ihr Heimatland außerhalb hatten (z.B. Albanern, Ungarn) und ihnen deshalb auch keine Republik „zustand“. ¹⁵² Unter dem Begriff „*etničke zajednice*“ verstand Volksgruppen, die entweder verstreut lebten oder nicht als autochthon betrachtet wurden, wobei historische Faktoren und die Siedlungsdauer eine Rolle bei der Bestimmung des „Grades der Autochthonität“ spielten (z.B. Roma). ¹⁵³

6.1. Historischer Überblick

Der Partisanenkampf im Zweiten Weltkrieg galt als Gründungsmythos der jugoslawischen Föderation. Sundhausen (2014:48) beschreibt die Kriegserfahrung als Ausgangs- und Angelpunkt der jugoslawischen Selbstwahrnehmung und die ständige Beschäftigung damit (durch Partisanenlieder, Filme, Bücher etc.) diente der Fundierung von Staat, Gesellschaftssystem und Herrschaft. ¹⁵⁴ Nachdem das Königreich Jugoslawien 1941 von der deutschen Wehrmacht und Italien besetzt wurde, kämpften völkische Milizen (sogenannte „*Četnici*“) im serbischen Gebirge in Guerillakriegen gegen die Besatzer. Eine Allianz zwischen den kommunistischen Partisanen und den Četnik-Gruppierungen scheiterte und es kam zu einem Bürgerkrieg innerhalb der Partisanenbewegung. Die „*Četnici*“ waren Monarchisten und traten für die Vorkriegsordnung ein, während die Kommunisten für eine neue gesellschaftliche Ordnung nach sowjetischem Vorbild standen. Nachdem die Alliierten keine Unterstützung im Kampf gegen die Besatzer sandten, kollaborierten einige der „*Četnik*“-Gruppierungen mit den Besatzern. ¹⁵⁵ Die Kommunisten waren mit ihrer

¹⁵² Obwohl die Kriterien auch auf Deutsche und Griechen zuträfen, wurden sie nicht in diese Gruppe gezählt.

¹⁵³ Vgl. Blum 2002, S. 29.

¹⁵⁴ Vgl. Sundhausen 2014, S. 48.

¹⁵⁵ In der Konferenz von Teheran 1943 beschlossen die USA, Großbritannien und die UdSSR die Unterstützung für die Četnik-Gruppierungen einzustellen.

Propaganda, die „wahren“ Widerstandskämpfer zu sein, erfolgreicher und gewannen die Sympathien der Bevölkerung. 1941 gründeten sie die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ).¹⁵⁶ 1942 wurde der „*Antifaschistische Rat der Volksbefreiungsbewegung*“ (AVNOJ), ein provisorisches Parlament unter Vorsitz Josip Broz Titos, gegründet und im Zuge seiner zweiten Sitzung am 29. November 1943 in der bosnischen Stadt Jajce der Grundstein für die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ gelegt; ein Datum, welches später auch als Staatsfeiertag gefeiert wurde. Laut Steindorff (2007:192) war dieses Übereinkommen bereits eine Provokation Moskau bzw. der Sowjetunion gegenüber, denn der AVNOJ hatte im Alleingang gehandelt, im Gegensatz zu den anderen kommunistischen Ländern, die unter sowjetischer Kontrolle standen. Der im Exil lebende König, Petar II. Karađorđević, erhielt ein Rückkehrverbot und seine Rechte wurden entzogen. Im März 1945 wurde die provisorische Regierung des Demokratischen Föderativen Jugoslawiens (DFJ) mit Tito als Ministerpräsidenten gebildet.¹⁵⁷

Jugoslawien hatte unter den sozialistisch geführten Ländern eine Sonderstellung inne. Einer der Gründe dafür war die Tatsache, dass die Befreiung von der deutschen Wehrmacht beinahe ohne fremde Hilfe bzw. fremde Truppen stattfand und die jugoslawischen Kommunisten ohne Unterstützung aus Moskau die Führung übernahmen.¹⁵⁸

„Deren erhöhtes Selbstbewusstsein zeigte sich darin, dass sie ohne Rücksicht auf die Vorgaben der Alliierten in kurzer Zeit andere politische Kräfte im Land ausschalteten. Die ‚innere Sowjetisierung‘ bzw. der Aufbau des einstweilen ganz am sowjetischen Vorbild orientierten sozialistischen Systems verlief deutlich schneller als in Staaten, die von der UdSSR abhängig waren.“¹⁵⁹

Nach den Wahlen im November 1945 erfolgte schließlich die offizielle Verkündung der "Föderativen Volksrepublik Jugoslawien" und mit der Verfassung 1946 wurden ihre Republiken Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Makedonien und die autonomen Provinzen/Gebiete Vojvodina und Kosovo-Metohija etabliert.¹⁶⁰ In der ersten Verfassung Jugoslawiens 1946 blieb die Sprachenfrage

¹⁵⁶ Vgl. <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/partisanenkrieg-in-jugoslawien.html> [Zugriff am 04.01.2022]

¹⁵⁷ Vgl. Steindorff 2007, S. 192

¹⁵⁸ Vgl. ebd., S. 193.

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ Vgl. ebd.

offen; es wurden weder die jugoslawischen Völker noch ihre Sprachen genannt. Dies änderte sich erst mit der Bundesverfassung 1963: die Gleichberechtigung der Sprachen und Schriften der jugoslawischen Völker, Serbokroatisch, Slowenisch und Makedonisch, wurde proklamiert.¹⁶¹

Im neugegründeten Vielvölkerstaat Jugoslawien versuchte man das „*Homeland-Prinzip*“ zu realisieren. Dieses sah vor, dass die territoriale und föderale Aufteilung nicht auf sprachlichen Grundlagen basieren sollten, sondern auf „nationalen“. Dies bedeutete, dass die Republiken (und Provinzen) den historisch gewachsenen und nach 1945 etablierten Regionen entsprachen. Dem mittelosteuropäischen Nationalstaatsgedanken zu Folge hatte demnach jede Republik (mindestens) eine staatsschaffende Nation (= *narod*) und daraus folgende Ansprüche, ihre eigene Sprache zu benennen.¹⁶²

„Von Bosnien-Herzegowina abgesehen, war jeder Nation innerhalb Jugoslawiens eine Republik zugeordnet, oder anders gesagt: Jede Republik bildete den Kern einer Nation. Die makedonische Regionalidentität wandelte sich erst im Rahmen der vorgegebenen staatlichen Ordnung zur nationalen Identität.“¹⁶³

Blum (2002:21) zufolge kam die Definition Jugoslawiens als Staat der Südslawen darin zum Ausdruck, dass den autonomen Provinzen Vojvodina (knappe serbische Mehrheit der Bevölkerung) und Kosovo-Metohija (albanische Mehrheit der Bevölkerung) kein Republikstatus gewährt wurde. Im Gegensatz zur autonomen Provinz Vojvodina erhielt das autonome Gebiet Kosovo-Metohija weder ein eigenes Parlament (sondern nur eine lokale Selbstverwaltung) noch ein Oberstes Gericht. Damit unterstand es der Kontrolle Belgrads.¹⁶⁴ Erst 1963 wurde Kosovo-Metohija vom autonomen Gebiet zur autonomen Provinz und damit der Vojvodina gleichgestellt.¹⁶⁵

Die Völker Jugoslawiens wurden, wie bereits erwähnt, in drei Gruppen eingeteilt: „*narodī*“, „*narodnosti*“ und „*etničke zajednice*“ (Nationen, Nationalitäten und ethnische Gemeinschaften): zu den „*narodī*“ zählten die staatstragenden Nationen der Kroaten, Slowenen, Serben, Makedonen und (seit 1968) der Muslime. Das kulturelle Zentrum

¹⁶¹ Vgl. Okuka 1998, S. 89.

¹⁶² Vgl. Blum 2002, S. 61f.

¹⁶³ Steindorff 2007, S. 193.

¹⁶⁴ Vgl. Blum 2002, S. 21.

¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 23f.

und „ihre Republiken/Nationalstaaten“ lagen im Staatsverband Jugoslawiens; so gab es beispielsweise in Kroatien zwei „*narodi*“ (die Kroaten und Serben) und in Bosnien und Herzegowina drei „*narodi*“ (Muslime, Kroaten und Serben).¹⁶⁶

„Weitere Gruppen, die als nicht autochthon galten (Österreicher, Polen, Russen) oder die diesen Status "verloren" hatten (Deutsche, Griechen) blieben ohne jeden besonderen Status und für die Sprachpolitik irrelevant.

Diese Abgrenzungen waren alles andere als eindeutig oder plausibel erklärbar und die tatsächliche Einstufung von Bevölkerungsgruppen folgte dem aufgestellten System nicht konsequent. So hätten die Rusinen, deren Sprache erst im Nachkriegsjugoslawien standardisiert wurde und für die es außerhalb Jugoslawiens kein *homeland* gab, als *narodi* bezeichnet werden müssen und nicht als *narodnosti*. Gleiches galt für die große Gruppe der als *etnička zajednica* eingestuften Roma, auch wenn es Tendenzen gab, ihren Status aufzuwerten.“¹⁶⁷

6.1.1. Der Tito-Stalin-Konflikt

Jugoslawien betrieb nach 1945 aktive Außenpolitik und eine jugoslawisch-bulgarische Föderation stand 1947 in Aussicht, welche jedoch von der Sowjetunion, die ihre Vormachtstellung gefährdet sah, abgelehnt wurde. Der Streit zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion eskalierte, bis es 1948 zum Bruch zwischen Stalin und Tito kam und die Kommunistische Partei Jugoslawiens aus der Kominform „geschmissen“ wurde und die UdSSR eine Wirtschaftsblockade gegen die SFRJ verhängte. Damit war die SFRJ isoliert und zu einer Umorientierung ihres sozialistischen Systems gezwungen. Dies brachte die „Arbeiterselbstverwaltung“ hervor, welche zum „jugoslawischen Weg des Sozialismus“ wurde. Auslöser für diesen Bruch waren die (außen)politischen „Alleingänge“ Titos und der SFRJ. Trültzsch (2021:109) analysiert, dass, obwohl sich die SFRJ politisch stark an der UdSSR orientierte, ideologisch bedingte Unterschiede zu diesem Konflikt beitrugen und ihn eskalieren ließen:

¹⁶⁶ Vgl.ebd., S. 29.

¹⁶⁷ Ebd., S. 29f.

„Das neue Jugoslawien agierte bei aller ideologischen und personellen Treue zu Stalin außenpolitisch recht selbstbewusst in der Überzeugung, die sozialistische Revolution aus dem Partisanenkampf heraus selbst herbeigeführt zu haben. Außerdem widersprachen die Pläne der KPJ, Jugoslawien grundsätzlich eigenständig zu modernisieren und zu industrialisieren, den außenwirtschaftlichen Plänen der Sowjetunion, denn die politisch-strategische Bildung eines monolithischen sozialistisch-volksdemokratischen Blocks sollte ökonomisch durch eine sowjetische Vorrangstellung bei Industrieproduktion und Warenverkehr ergänzt werden. Eine wichtige Ursache für den Bruch dürften also divergierende Auffassungen zur außenpolitischen Bindung an Moskau gewesen sein, sowie der Versuch, ein sowjetisches Agentennetz in Jugoslawien aufzubauen, das in alle Kernbereiche von Partei, Wirtschaft, Armee und Kultur reichen sollte, worüber die Sowjets auch den Außenhandel zu kontrollieren versuchten.“¹⁶⁸

Bereits während des Zweiten Weltkrieges agierten die jugoslawischen Kommunisten eigenständig und nicht unbedingt nach Stalins Plan. Nachdem sich die Sowjetunion den Alliierten angeschlossen hatte, hatte Stalin seine Unterstützung für sozialrevolutionäre Bewegungen und kommunistische Parteien reduziert, um die neuen Beziehungen im Kampf gegen Hitlerdeutschland nicht zu gefährden. Stalin verfolgte eine neue Strategie der „graduellen Machtübernahme“, doch die KPJ betrieb im Partisanenkrieg die Bildung einer Volksfront „von unten“¹⁶⁹ und gründeten 1942 die AVNOJ (Antifaschistischer Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens).¹⁷⁰

Ein weiterer Streitpunkt war die Einflussnahme auf Albanien, denn sowohl Stalin als auch Tito hatten großes Interesse daran. Tito wollte Albanien in die SFRJ integrieren, wohingegen Stalin eigene Beziehungen zu den dortigen Kommunisten aufbauen wollte. Nachdem Tito Stalin dann öffentlich widersprach, als dieser den Stopp der Unterstützung der griechischen Kommunisten im griechischen Bürgerkrieg forderte, erklärte Stalin die jugoslawischen Kommunisten mit ihrem Anführer Tito zu Konterrevolutionären und schloss die KPJ aus der Kominform aus. Aufgrund des wirtschaftlichen Boykotts Moskaus wandte sich die SFRJ für Wirtschafts- und

¹⁶⁸ Trültzsch 2021, S. 109f.

¹⁶⁹ Ohne Beteiligung bürgerlicher Kräfte, um mit der militärischen Befreiung sofort eine Revolution zu erreichen und die Errichtung einer Volksdemokratie zu umgehen.

¹⁷⁰ Vgl. Trültzsch 2021, S. 107f.

Militärhilfen an die USA.¹⁷¹ Dies führte zu einem außen- und innenpolitisch eigenständigen „jugoslawischen Sozialismus“ und der sogenannten „Blockfreiheit“.

Nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch zwang der Bruch mit der Sowjetunion die Führung der SFRJ umzudenken; beginnend mit der „Arbeiterselbstverwaltung“ 1950 wurde das System des „Selbstverwaltungssozialismus“ immer weiter ausgebaut, welcher die ökonomische Dezentralisierung und den Aufstieg einer Wirtschaftselite ermöglichte. Im neuen sozialistischen Modell regulierte der Markt teilweise Angebot und Nachfrage und auch die Betriebe durften über einen Teil ihres Gewinnes besitzen.¹⁷²

Der „administrative Sozialismus“ nach sowjetischem Vorbild wurde abgelöst und auch die Parteiorganisation wurde dezentralisiert und umbenannt („*Bund der Kommunisten*“). Mit der Verfassung von 1963 erfolgte schließlich die Umbenennung des Staates in „*Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien*“ und die Muslime wurden als eine der Nationen in Bosnien und Herzegowina benannt. 1968 erfolgte die verfassungsrechtliche Anerkennung der Muslime als Nation auch auf Bundesebene.¹⁷³

Mit dem Tod von Stalin 1953 verbesserten sich die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion zwar, doch Titos außenpolitisches Programm der „*Blockfreiheit*“ blieb bestehen.¹⁷⁴

„Unter den Kommunisten wurde nach deren Machtübernahme der Jugoslawismus an die Ideologie des Klassenkampfes angepasst und als Legitimationsersatz instrumentalisiert. Außerdem wurde der Jugoslawismus als Mittel – in Form der Formel ‚Brüderlichkeit und Einheit‘ - zur Verdrängung der Folgen und Traumata, die der Bürgerkrieg mit seinen Ausrottungsexzessen gegen ganze Volksgruppen geschaffen hatte, eingesetzt. Der föderale Gedanke verkam im Parteistaat, der keine bürgerlichen Rechte kannte, zur Ideologie der Dezentralisierung nationaler Kollektive. Da statt der postulierten nationalen Gleichheit eine ungeschriebene Hierarchie der Völker herrschte, an deren Spitze wieder die Serben standen, während am Fuß dieser Skala die Kosovo-Albaner (und Roma) geblieben waren,

¹⁷¹ Vgl.ebd., S. 110f.

¹⁷² Vgl.Steindorff 2007, S. 194f.

¹⁷³ Vgl.ebd., S. 196.

¹⁷⁴ Vgl.ebd.

gab es reichlich Anlässe zu nationalen Rivalitäten und genug Grund, eine echte Gleichheit anzustreben.“¹⁷⁵

Für Tito stand nach der Staatsgründung der SFRJ die schnellstmögliche Modernisierung von Staat und Gesellschaft im Mittelpunkt, dieser galt oberste Priorität. Für Sprachen- und Nationalitätenprobleme gab es in der politischen Debatte keinen Raum, man rechnete damit, dass sich diese im Zuge der Modernisierung von selbst lösen würden.¹⁷⁶

6.2. Das Serbokroatische

Der südslawische Sprachraum wird in drei Teile gegliedert: westlicher, mittlerer und östlicher Teil, wobei der östliche Teil zu bulgarischem Staatsgebiet und der westliche und mittlere Teil zum jugoslawischen Staatsgebiet gehörte. Die Mundarten im jugoslawischen Sprachraum gliedern sich wiederum ebenfalls in 3 Teile: westlich, mittel und östlich, wobei die Übergänge sehr verschwommen sind und ineinander übergehen. Im Westen befinden sich die alpinen südslawischen und pannonischen Mundarten, die das Fundament für das Slowenische bildeten. Da in diesem Gebiet die romanische, die germanische und die slawische Sprachfamilie aufeinandertreffen, finden sich auch Spuren des Deutschen und Italienischen im Sprachgebrauch.¹⁷⁷

In West-Kroatien wird die čakavische (Adria-Gegend) und die kajkavische (Drau-Gegend) Mundart gesprochen, welche nach der kennzeichnenden Form des Fragewortes „was?“ („ča?“ und „kaj?“) benannt sind. Im Čakavischen finden sich Überbleibsel der italienischen Sprache, da es in der Vergangenheit enge Kontakte auf diesem Gebiet gab. Das Kajkavische weist aufgrund der älteren Beziehungen zum Ungarischen und jüngerer Beziehungen zum Deutschen Merkmale dieser Sprachen auf.¹⁷⁸

„Die sprachliche Abgrenzung stimmt nicht in ihrem ganzen Verlauf mit der politischen eindeutig überein, doch hat die tiefgezogene und stabile Grenze, die ursprünglich die österreichischen Erbländer Krain und Steiermark von den

¹⁷⁵ Melčić 2007, S. 219.

¹⁷⁶ Vgl. Blum 2002, S. 60f.

¹⁷⁷ Vgl. Katicic 2007, S. 255f.

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 256f.

Königreichen Kroatien und Slawonien im Verband der Ungarischen Krone trennte, auch die Ausformung der Mundarten, die ihr entlang gesprochen wurden, beeinflusst. Nur an einigen Abschnitten haben Grenz- und Bevölkerungsverschiebung die ursprüngliche Trennlinie etwas verwischt.“¹⁷⁹

Die dritte Mundart in Kroatien ist das Štokavische (ebenfalls nach dem Fragepronomen „was“ = „što?“ benannt), wobei diese, über Kroatien hinausreichende, Mundart anfangs in Westštokavisch und Ostštokavisch gegliedert war, die sich in Lautform, Wortschatz und Betonung voneinander unterschieden (z.B. *gradišće* und *gradište* = Burgstätte). Der Übergang zwischen diesen beiden Gruppen war gleitend und verlief an den Grenzen von Serbien und Kroatien und Serbien und Bosnien: das Westštokavische reichte von der Adriaküste in Richtung Südosten und das Ostštokavische war in der heutigen östlichen Herzegowina lokalisiert.¹⁸⁰

Mit der Migration und der Slawisierung von ursprünglich nicht slawischen Gebieten entstand im Laufe der Zeit eine neue Dialektform, das Neuštokavische, welche sich rasant ausbreitete, sodass bald ein fast vollständig einheitliches Gebiet mit dieser neuen Mundart bildete. Das Neuštokavische wird in Abhängigkeit von seinen Entsprechungen des urslawischen Vokallauts Jat (Ћ) gegliedert: i, ije/je und e (z.B. *mliko*, *mlijeko*, *mleko* für Milch), woraus sich auch die Namen Ikavisch, Ijekavisch und Ekavisch ableiten lassen.¹⁸¹ Auf diese Varianten wird in den nächsten Unterkapiteln weiter eingegangen.

In Serbien gibt es, neben dem Ekavischen, noch eine weitere Mundart, das Torlakische, welches sich stark von westlichen südslawischen Mundarten unterscheidet und im Südosten, an der Grenze zu Makedonien und Bulgarien, gesprochen wird. Durch diese Nähe zum Makedonischen und Bulgarischen hat sie sich morphologisch an diese Sprachen angepasst: Anstelle der Deklination der Substantiva wird der bestimmte Artikel nachgestellt (*žena* = eine Frau, *ženata* = die Frau), wie man es aus dem Bulgarischen und Makedonischen kennt. In der bulgarischen Forschung wird diese Mundart zur bulgarischen Sprache gerechnet.¹⁸²

Neben den orientalischen/osmanischen Spracheinflüssen gibt es auch noch italienische Einflüsse an der Adria und deutsche und ungarische Einflüsse im

¹⁷⁹ Ebd. S. 256f.

¹⁸⁰ Vgl.ebd., S. 257.

¹⁸¹ Vgl.ebd.

¹⁸² Vgl.ebd.

Donaugebiet. Die nordmakedonischen Mundarten gehören zum östlich Südslawischen. Sie unterscheiden sich ganz klar von den benachbarten serbischen Mundarten, sind geprägt vom Sprachkontakt zum Serbischen und Griechischen und weisen orientalische bzw. osmanische Spuren im Wortschatz auf. Orientalische bzw. osmanische Spuren sind auch im ganzen štokavischen Sprachraum zu finden, insbesondere bei den Muslimen.¹⁸³

Nach Ansicht von Bugarski (2000:193) gibt es drei Elemente der Sprachidentität: das strukturelle Element (wie eine Sprache aufgebaut ist), das genetische Element (wie sie sich entwickelt hat) und das soziolinguistische Element (wie sie von ihren Sprechern wahrgenommen wird). Bei „einfachen Identitäten“, z.B. das Russische oder Polnische, führen alle drei Elemente zum selben Ergebnis, d.h. die gegebene sprachliche Einheit wird als eine eigene Sprache betrachtet. Bei „komplexen Identitäten“ kollidieren diese drei Aspekte miteinander, z.B. bei Niederländisch/Flämisch. Es ist nicht ganz klar, ob die sprachliche Gegebenheit als eine einzige Sprache oder als zwei oder mehr Sprachen zu zählen sind.¹⁸⁴ Das strukturelle und das genetische Element sind leichter zu definieren als das soziolinguistische:

„This is because this dimension most explicitly takes into account the ultimately social nature of language, highlighting the beliefs held about languages and language varieties and the values and loyalties attached to them by their speakers. And this is where culture, history, ethnicity, social psychology and eventually politics and state borders all come together to supplement - indeed, to outweigh – linguistic criteria in determining what is to be regarded as a single language and what as several languages.”¹⁸⁵

In der Linguistik und in der menschlichen Wahrnehmung ist es schwierig sprachliche Grenzen zu ziehen, sowohl nach außen zu angrenzenden Sprachen als auch intern zwischen den Sprachvarietäten, Dialekten, Soziolekten, usw. Auch eine klare Trennung zwischen Sprache und Sprachvarietät ist oft nicht einfach. Das Serbokroatische mit seiner komplexen Identität ist ein sehr gutes Beispiel dafür.¹⁸⁶

¹⁸³ Vgl.ebd., S. 258f.

¹⁸⁴ Vgl.Bugarski 2000, S. 193.

¹⁸⁵ Ebd., S. 193.

¹⁸⁶ Vgl.ebd., S. 194.

Bugarski (2000:195) wendet ein, dass es keine einfache Ja- oder Nein-Antwort auf die Frage, ob das Serbokroatische eine einzige Sprache sei oder nicht, gibt. Seiner Meinung nach muss zwischen zwei Betrachtungsebenen unterschieden werden: einer sprachlich-kommunikativen und einer politisch-symbolischen. Auf der ersten Ebene sei es seiner Meinung nach immer noch legitim, von der Existenz des Serbokroatischen als einer einzigen Standardsprache mit territorial-nationalen Varianten zu sprechen. Ausschlaggebend dafür sei die unbestreitbare sprachliche Ähnlichkeit bis hin zur strukturellen Identität zwischen den offiziell anerkannten Nachfolgern des Serbokroatischen; eine Ähnlichkeit, die weit über die der verschiedenen Sprachvarietäten wie Englisch, Spanisch oder Französisch hinausgeht. Ein weiteres Argument für diese These ist die unumstrittene Tatsache, dass eine normale Kommunikation zwischen Personen aus Belgrad, Zagreb, Sarajevo usw. nach wie vor problemlos funktioniert, wie vor dem Zerfall des Serbokroatischen. Anders sieht die Situation auf der zweiten Ebene aus. Die Bezeichnung „Serbokroatisch“ findet in keinen offiziellen Dokumenten mehr gebraucht und wurde durch seine „Nachfolger“ Serbisch, Kroatisch und Bosnisch ersetzt. Diese Bezeichnungen dienen als wichtige Symbole der nationalen Identität und der Souveränität der Staaten, die auf dem serbokroatischen Sprachgebiet neu gegründet wurden. Die beiden Ebenen spiegeln also beide die Realität wieder. Was jedoch laut Bugarski (2000:196) unbedingt vermieden werden sollte, ist, beide Ebenen zu vermischen; z.B. durch die Behauptung, dass das Serbokroatische, wenn es eine sprachliche Einheit ist, auch offiziell verwendet werden muss oder dass Sprachen mit unterschiedlichen offiziellen Namen auch in ihrer sprachlichen Struktur völlig unterschiedlich sein müssen.¹⁸⁷

„Recapitulating, one might say that the term Serbo-Croatian/Croato-Serbian refers to a single global linguistic system whose sociolinguistic subsystems politically function as distinct standard languages under their national names in the new states on the territory of that language. In a nutshell, one might broadly say that what we have before us at present is one "linguistic language" which is simultaneously three "political languages".“¹⁸⁸

Ähnlich äußert sich auch Katičić (2007:259), der die neuštokavische Mundart als Grund sieht, warum das südslawische Sprachgebiet als eine einzige sprachliche Einheit gesehen wird, denn sowohl Serben als auch Kroaten, Muslime und

¹⁸⁷ Vgl.ebd., S. 195f.

¹⁸⁸ Ebd., S. 196.

Montenegriner benutzen die neuštokavische Mundart und daher sind sie, auf mundsprachlicher Basis, schwerer voneinander zu unterscheiden:¹⁸⁹

„Daher erscheint dieses weite und innerlich stark differenzierte südslawische Sprachgebiet, das an alle drei übrigen angrenzt und als Ganzes keinem einzelnen südslawischen Volk entspricht, als eine einzige sprachliche Einheit. Diese Sicht der Dinge wird durch neuere Doppelbenennungen ohne lebendige historische Substanz ausgedrückt, von denen ‚Serbokroatisch‘ am weitesten verbreitet ist, so dass weithin der Eindruck entstehen kann, als handle es sich dabei wirklich um *eine* südslawische Einzelsprache. Dabei wird die tatsächliche Kommunikationsdynamik, auch auf rein mundartlicher Ebene, außer Acht gelassen: dass umgangssprachliche Ausdrucksgestaltungen entstehen, welche die regionalen mundartlichen Grenzen überschreiten – was zur Folge hat, dass verschiedene Mundarten sich u.U. gleichen und gleiche Mundarten sich verschiedenen schriftsprachlichen Traditionen angliedern. Die Benennung Serbokroatisch kann daher nur als streng sprachwissenschaftlicher Terminus für die eben beschriebenen mundartlichen Gegebenheiten einwandfrei verwendet werden.“¹⁹⁰

Folgt man Bugarskis These (2000: 196), so sprechen die bereits erwähnten strukturellen und die genetischen Elemente immer noch für die Einheit, aber die soziolinguistische Dimension hat sich als ausschlaggebender Aspekt für die Spaltung erwiesen. Im Prinzip wurden die internen Sprachgrenzen zu externen: die Varianten des Standard-Serbokroatischen erhielten offiziell den Status eigener Standardsprachen. Bugarski (2000:196) weist darauf hin, dass der zunehmende Nationalismus und Chauvinismus, der von den gegnerischen nationalen Eliten betrieben wurde, jeden Gedanken an eine sprachliche oder sonstige Einheit in den Hintergrund drängte.¹⁹¹

¹⁸⁹ Vgl.Katicic 2007, S. 259.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Vgl.Bugarski 2000, S. 196.

6.2.1. Ikavisch

Die ikavisch-neuštokavische Mundart wird sowohl in ihrem Entstehungsgebiet, der Westherzegowina und südöstlichem Dalmatien, gesprochen, als auch in Mittel- und Norddalmatien, der Vojvodina, der Lika, der Grenze zu Krain und auch von Muslimen in West-, Mittel- und Südbosnien.¹⁹²

6.2.2. Ijekavisch

Die ijekavisch-neuštokavische Mundart, welche im Gebiet der östlichen Herzegowina, Dubrovnik, dem nordwestlichen Montenegro und dem Südwesten Serbiens ihren Ursprung hat, ist die am weitesten verbreitete Mundart im ex-jugoslawischen Sprachraum. In Regionen, in denen sie von Kroaten und Muslimen gesprochen wird (in der östlichen Herzegowina und Dubrovnik) handelt es sich entweder um autochthone kroatische Bevölkerungen oder einzelne Siedlungen, die von Serben umgeben und durch ihre Mundart beeinflusst sind. Katičić (2007:258) zeigt, dass die (nord)westlich ausgerichtete Ausbreitung dieser Mundart (nach Bosnien, Norddalmatien, Slawonien, Zentralkroatien, bis hin zur slowenischen Grenze) das Abbild der nach Westen gerichteten Bevölkerungsbewegung zu Zeiten der Türkenkriege war.¹⁹³

6.2.3. Ekavisch

Die ekavisch-neuštokavische Mundart wird in Zentralserbien und der Vojvodina gesprochen. Im Osten und Süden Serbiens und Montenegros werden ostštokavische Mundarten gesprochen, die von den neuštokavischen Neuerungen unberührt blieben. Im Südosten Serbiens gibt es noch eine weitere serbische Mundart: das Torlakische. Diese Mundart hat sich dem angrenzenden Bulgarischen und Makedonischen angepasst und unterscheidet sich wesentlich von den westlicheren Mundarten.

¹⁹² Vgl. Katicic 2007, S. 257.

¹⁹³ Vgl. ebd., S. 257f.

In den Republikverfassungen wurden im Laufe der Zeit die Termini für die Varianten des Serbokroatischen immer wieder geändert. Die Glottonyme „Slowenisch“ und „Makedonisch“ blieben hingegen immer gleich.¹⁹⁴

Die komplexe linguistische Abgrenzung der Varianten des Serbokroatischen intensiviert die ideologische Bedeutsamkeit des Sprachnamens. Die Bezeichnungen „*Srpski*“ und „*Hrvatski*“ verweisen auf alte einheimische Ethnien. Diese Assoziation machte es schwierig einen gemeinsamen Namen für die „gemeinsame“ Sprache zu finden. Es gab viele verschiedene Formen in offiziellen Schriften („*srpski illi hrvatski*“, „*hrvatski ili srpski*“, „*srpskohrvatski*“, „*hrvatskosrpski*“), von denen sich nur „*srpskohrvatski*“ bzw. „*hrvatskosrpski*“ durchsetzten. Allerdings wurde und wird bis heute die gesprochene Sprache einfach „*naš jezik*“ (unsere Sprache) genannt.¹⁹⁵

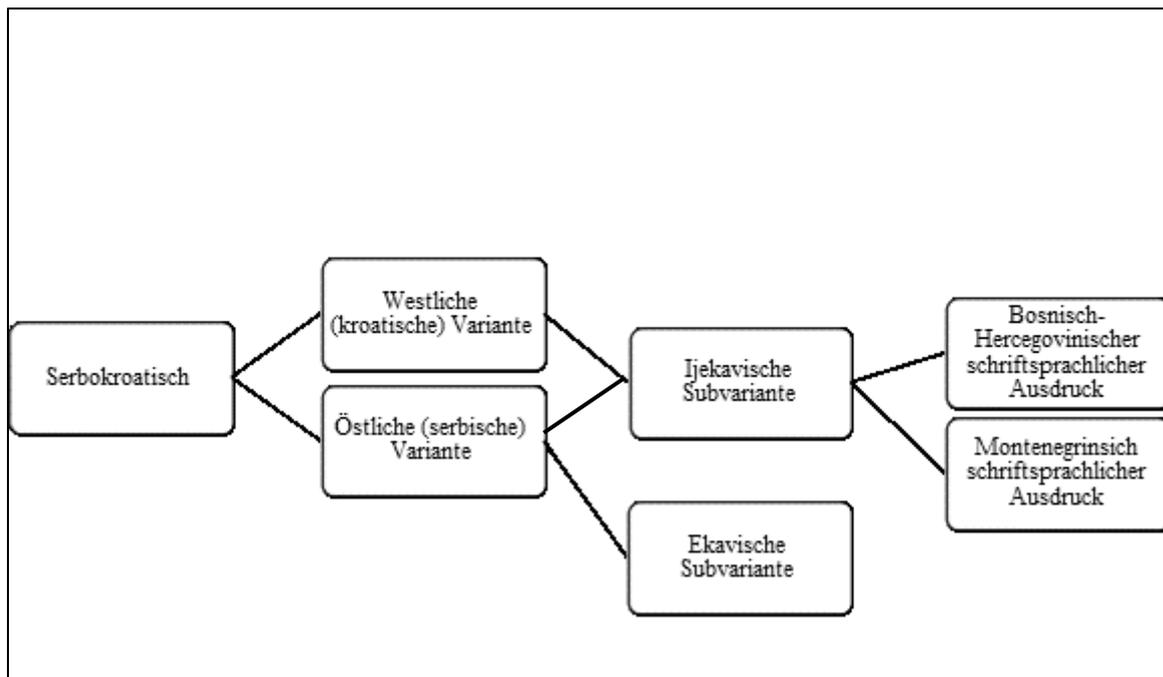
Bei den Variationen der Schriften im Serbokroatischen spielten religiöse Traditionen eine große Rolle. Die lateinische Schrift wurde (nach der glagolitischen und kyrillischen Schrift) für das Kroatische gewählt, wohingegen im orthodoxen/ serbischen Raum vorwiegend die kyrillische Schrift verwendet wurde.¹⁹⁶

Die simple Gleichsetzung „östliche = serbische = ekavische Variante“ und „westliche = kroatische = ijekavische Variante“ gibt, laut Gröschel (2009:63) nicht den realen Sachverhalt in der SFRJ dar. Unter Berücksichtigung der Existenz einer ijekavischen Subvariante bei den Serben und den komplexen Sprachverhältnissen in Bosnien und Hercegovina und Montenegro sieht ein Modell wie folgt aus:

¹⁹⁴ Vgl. Blum 2002, S. 48.

¹⁹⁵ Vgl. ebd., S. 128f.

¹⁹⁶ Vgl. ebd., S. 130.



197

6.3. Sprachenpolitik in der SFRJ

Die Entscheidung über *eine* Sprache als einzige Staatssprache für den gesamten Staat wurde in Jugoslawien von Anfang an umgangen, stattdessen wurde 1944 beschlossen, alle amtlichen Beschlüsse gleichberechtigt auf Kroatisch, Serbisch, Slowenisch und Makedonisch zu veröffentlichen. Die erste Verfassung Jugoslawiens 1946 wurde in all diesen Sprachen veröffentlicht. Das darauffolgende Verfassungsgesetz von Januar 1953 garantierte den nationalen Minderheiten das freie Nutzen ihrer Sprachen und mit der dritten Verfassung von 1963 wurden die Sprachen der jugoslawischen Völker (Serbokroatisch, Slowenisch und Makedonisch) als Sprachen der Bundesgesetze und der amtlichen Kommunikation genannt, wobei weiterhin die Gleichberechtigung der Sprachen und Völker (*narodi*) Jugoslawiens, der freie Sprachgebrauch und das Recht der Bildungssprache in den eigenen Sprachen betont wurde. Weitere Details wurden den Republiken und Provinzen überlassen.¹⁹⁸

In der jugoslawischen Sprachenpolitik standen sich drei Standardsprachen auf der Ebene der Nationen („*narodi*“) gegenüber: Serbokroatisch, Slowenisch und

¹⁹⁷ Vgl. Gröschel 2009, S. 63.

¹⁹⁸ Vgl. Blum 2002, S. 47f.

Makedonisch. Auf der Ebene der Nationalitäten („*narodnosti*“) kamen noch weitere Standardsprachen in der autonomen Provinz Vojvodina hinzu. Slowenisch und Makedonisch standen dem Serbokroatischen auf Föderationsebene formalrechtlich gleichberechtigt gegenüber. Die Gleichberechtigung wurde durch die Festlegung bestimmter Standardsprachen als Amtssprachen in den „eigenen“ Republiken sichergestellt.¹⁹⁹

„De facto wurde diese Gleichberechtigung aber unterlaufen: Zum einen spielten neben dem Serbokroatischen die anderen Standardsprachen auf Föderationsebene nur eine sehr untergeordnete Rolle (in den Organen der zentralen Gewalt wurden sie kaum verwendet), zum anderen nahm die serbokroatischsprachige Bevölkerung stillschweigend das personale Sprachprinzip für sich in Anspruch, während die Slovenisch- [sic!] und Makedonischsprachigen selbst das territoriale Sprachprinzip erhielten, das abweichende Verhalten der Serbokroatisch-Sprechenden aber duldeten. Das sowie das zahlenmäßige Verhältnis der einzelnen Sprachgruppen führten zu einem Übergewicht des Serbokroatischen, was u.a. Interferenzerscheinungen im Slovenischen [sic!] und Makedonischen bewirkte.“²⁰⁰

In Jugoslawien wurde die Sprachenpolitik von den acht regionalen Parteiorganisationen und der Zentrale bestimmt, wobei ab den 1960er Jahren innerpolitische Auseinandersetzungen begannen und in den 1970er Einzug in die Medien hielten. Im Wesentlichen bestimmten die Parteimitglieder die Sprachenpolitik in Jugoslawien, da sie bis in die 1980er Jahre über den exklusiven Zugang zur öffentlichen Kommunikation verfügten.²⁰¹

„Dies war umso leichter möglich, als die konkreten Bestimmungen in den Statuten der Kommunen umgesetzt und dann durch die lokale Verwaltung implementiert wurden. Der durch die Verfassung des Bundes und der Republiken vorgegebene extrem weite Rahmen (besonders seit 1974) ließ den Gemeinden entsprechenden Spielraum. Die Tatsache selbst hätte durchaus von Vorteil sein können, nicht jedoch in dem Kader begünstigenden Gesellschaftsentwurf Jugoslawiens. Das Modell der Selbstverwaltung mittels

¹⁹⁹ Vgl. Marti 1998, S. 363.

²⁰⁰ Ebd., S. 364.

²⁰¹ Vgl. Blum 2002, S. 36.

kompliziertem Delegiertensystem führte nicht zu einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit am sprachpolitischen Entscheidungsprozess."²⁰²

Ab den 1960er Jahren waren Kulturorganisationen (z.B. die *Matica hrvatska* und die *Matica srpska*) Schauplätze für Sprachenpolitik und galten als Pioniere bei der Konzipierung nationaler Forderungen.²⁰³ Obwohl den Minderheiten in Jugoslawien im Laufe der Zeit weitreichendere Rechte eingeräumt wurden, kam es im Kontext der Sprache als „Integrationssymbol“ vermehrt zu innerpolitischen Spannungen.²⁰⁴

In der SFRJ gab es keine Regelungen zur Förderung des „Fremdsprachenunterrichts“.²⁰⁵ Obwohl das Recht auf Bildung in der Muttersprache seit 1963 verfassungsrechtlich garantiert war, gab es keinen muttersprachlichen Unterricht außerhalb der „eigenen“ Republiken und Regionen, außer für Serben und Kroaten, für die es Schulen für Arbeitsmigranten und Armeeangehörige in den anderen Republiken gab. Diese wurden mit der Zeit, insbesondere in Slowenien, immer stärker als Provokation aufgefasst. Dieses Recht auf Unterricht in den Muttersprachen der Nationalitäten („*narodnosti*“) wurde zumindest in der Elementarstufe ausgeübt, auch wenn es Kritik an Umfang und Qualität gab. Für die ethnischen Gemeinschaften („*etničke zajednice*“) gab es keine entsprechende Regelung.²⁰⁶

Sprachen, die man als nützlich oder besonders prestigereich betrachtete, wurden favorisiert: Serbokroatisch, Englisch, Deutsch oder Russisch. Serbokroatisch war ein Pflichtfach in Slowenien, Makedonien und im Kosovo. Für die serbokroatisch-sprechende Minderheit gab es eigene Schulen außerhalb ihrer Republiken, umgekehrt jedoch nicht (z.B. eine Schule für Makedonier in Belgrad). Lediglich in der Vojvodina und in Prekmurje in Slowenien fand eine Art zweisprachiger Unterricht statt. In der autonomen Provinz Vojvodina wurde den Kindern die jeweils andere Sprache des „sozialen Umfelds“ („*društvena sredina*“) beigebracht, jedoch nicht benotet. In den 1980er Jahren wurde in der SRFJ, neben den Sprachen der Nationen („*narodi*“), noch in sechs weiteren Sprachen unterrichtet (teilweise als Unterrichtssprache und teilweise

²⁰² Ebd., S. 36f.

²⁰³ Vgl.ebd., S. 37.

²⁰⁴ Vgl.ebd., S. 41.

²⁰⁵ Mit Fremdsprachen sind hier die anderen Sprachen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens, neben dem Serbokroatischen, gemeint.

²⁰⁶ Vgl.Blum 2002, S. 75f.

zur Lehrpersonalausbildung): Albanisch, Italienisch, Rumänisch, Rusinisch, Slowakisch und Türkisch.²⁰⁷

Medien gehören zu den wichtigsten Instrumenten von Sprachenpolitik, so auch im ehemaligen Jugoslawien, wo es zu einer Lockerung der Zensur ab den 1970er Jahren kam. Neben dem gesamtstaatlichen Radiosender „*Radio Jugoslavija*“ hatte jede Republik und Provinz ihre eigenen Radio- und Fernsehsender. Fernsehprogramme gab es in Serbokroatisch, Slowenisch, Makedonisch, Albanisch, Ungarisch, Italienisch, Rumänisch, Türkisch, Slowakisch, Tschechisch und Rusinisch; Radiosender zusätzlich noch in Bulgarisch, Deutsch, Ukrainisch und Romani. Von all diesen Programmen dominierten auch hier wieder die serbokroatischsprachigen.²⁰⁸

6.3.1. Standardsprachen, Staatssprachen, Amtssprachen

Nach Blum (2002:7) gibt es mehrere Optionen bei der Auswahl einer oder mehrerer Amtssprachen:

- „Einheitsprinzip: Assimilation aller im Lande gesprochenen Varietäten/Sprachen zu Gunsten einer einzigen Amtssprache (Frankreich, Griechenland), keine Anerkennung von Minderheiten, Betonung der Gleichheit aller Staatsbürger.
- Territorialprinzip: Die Existenz mehrerer Sprachen im Gesamtstaat wird anerkannt, ihr amtlicher Gebrauch und Schutz ist allerdings an ein bestimmtes Gebiet gebunden (Belgien, Kanada, Schweiz, Spanien). Innerhalb dieses Gebietes gibt es dann wieder die Option Assimilation oder Anerkennung (territorial oder individuell). Für die Ebene des Gesamtstaats kann eine (Spanien), oder es können mehrere Sprachen gebraucht werden (Belgien, Kanada, Schweiz).
- Individualprinzip: Die Existenz mehrerer Sprachen im Gesamtstaat wird anerkannt, ihr amtlicher Gebrauch und Schutz ist überall gewährleistet, d.h. der Gesamtstaat ist mehrsprachig (Luxemburg - mit funktionaler Sprachverteilung -

²⁰⁷ Vgl.ebd., S. 76–78.

²⁰⁸ Vgl.ebd., 79-81.

, Belgien bis in die 60er Jahre, Finnland). Das Individuum hat das Recht, überall seine Sprache u verwenden.“²⁰⁹

In Jugoslawien galt das Territorial- und Individualprinzip, da es zwar keine einzelne Sprache des Gesamtstaates gab, jedoch eine dominante Sprache (das Serbokroatische) in all seinen Republiken, die im Prinzip über allen anderen Sprachen stand.²¹⁰

„Das Sprachkonzept klassischer Nationalstaaten wurde damit auf der Ebene der Föderationsmitglieder weitgehend umgesetzt. Allerdings war die Anerkennung und der Schutz von Minderheiten (anders als etwa in Frankreich, Griechenland oder Spanien unter Franco) überall gesetzlich verankert. Das Zentrum hingegen betonte die Mehrsprachigkeit des Gesamtstaats.“²¹¹

Nach 1968 wurden in der SFRJ 14 Sprachen in offiziellen Dokumenten und der öffentlichen Kommunikation gebraucht, welche den quantitativ stärksten Sprachen entsprachen. Die „Sprachen der Föderation“ (Albanisch, Makedonisch, Serbokroatisch, Slowenisch und Ungarisch), die „Sprachen der Republiken und Provinzen“ (Rumänisch, Rusinisch, Slowakisch und Türkisch) und die „Sprachen in den Kommunen“ (Bulgarisch, Italienisch, Romani, Tschechisch und Ukrainisch):^{212 213}

Serbokroatisch	72,88%
Slowenisch	7,85%
Albanisch	7,83%
Makedonisch	6,13%
Ungarisch	1,82%
Romani	0,63%
Türkisch	0,37%
Slowakisch	0,33%
Rumänisch	0,27%
Bulgarisch	0,17%

²⁰⁹ Ebd., S. 7.

²¹⁰ Vgl.ebd., S. 59.

²¹¹ Ebd.

²¹² Vgl.ebd., S. 55.

²¹³ Diese Zahlen stützen sich auf die Volkszählung von 1981. Kroatisch, Serbisch, Bosnisch und Montenegrinisch wurden nicht getrennt, sondern als Serbokroatisch gezählt. Zu „Übrige“ gehören 13 weitere Sprachen, darunter Wlachisch, Russisch, Polnisch, Deutsch, Griechisch, Arumänisch, etc. Wlachisch war zwar als Sprache zugelassen und nach dem Romani die siebtgrößte Sprache Jugoslawiens, allerdings zählte sie nicht zu den Sprachen in offiziellem Gebrauch.

Rusinisch	0,09%
Italienisch	0,09%
Tschechisch	0,07%
Ukrainisch	0,03%
Übrige	1,44% ²¹⁴

Es wurden keine Maßnahmen für eine uniforme Kommunikations- oder Funktionssprache gesetzt und auch Versuche, die Sprachen Jugoslawiens einander anzugleichen bzw. zu einer zu verschmelzen, wurden nicht unternommen.²¹⁵

„Das historische Gewicht des unabhängigen Serbien, das Übergewicht Serbiens im Vorkriegsjugoslawiens und die Tatsache, dass Belgrad sowohl die Hauptstadt der SR Serbien als auch die Bundeshauptstadt war, stärkten den Gebrauch der serbischen Variante auf der Bundesebene und machten sie *de facto* zu einer Art alleiniger Amtssprache oder – vorsichtshalber ausgedrückt – *lingua communis* Jugoslawiens. Der Umstand, dass bis Mitte der sechziger Jahre die Sprachen- und Nationalitätenproblematik tabu war, und der Verweis auf die *de jure* festgeschriebene Gleichheit der Sprachen in der Föderation machten eine Auseinandersetzung mit dem Thema unmöglich.“²¹⁶

In den Verfassungen auf Föderationsebene wurde keine einzelne Sprache explizit erwähnt:²¹⁷

„Der offizielle Status einer Sprache war durch Faktoren wie den Status der Sprecher (*narod, narodnosti, etnička zajednica*) und der Anzahl der Muttersprachler bestimmt. Allerdings ist nicht von einer Deckungsgleichheit der Kategorien *narodnost* und Sprache im Zensus auszugehen. Besonders Angehörige die [sic!] *etničke zajednice* übernahmen für sich häufig zunächst die Bezeichnung der *narodnost* der sie umgebenden Mehrheit. Auch sprachlich war der Einfluss dominanter Nachbarsprachen wesentlich stärker als bei den Sprachen der *narodi* und *narodnosti*. Wie bei der Abgrenzung der Begriffe *narod, narodnost* und *etnička zajednica* blieb auch bei der Bestimmung des

²¹⁴ Vgl. Blum 2002, S. 33.

²¹⁵ Vgl. ebd., S. 48.

²¹⁶ Ebd., S. 49.

²¹⁷ Vgl. ebd., S. 42.

Status der einzelnen Sprachen vieles unklar, besonders hinsichtlich der Unterscheidung zwischen *narodnost* und *etnička zajednica*. Im Grunde genommen war ihr Status überhaupt nicht definiert. Auch für die Unterschiede zwischen der Sprecheranzahl und dem offiziellen Status einiger Sprachen (insbesondere bei Rumänisch, Vlachisch und Rusinisch) gab es keine klar erkennbaren Gründe. Insgesamt muss man davon ausgehen, dass slawische Sprachen bevorzugt behandelt wurden. Auch darüber, welche Sprachen als autochthon anzusehen seien, herrschte keine Klarheit.²¹⁸

Wie bereits von Blum beschrieben, galt das Sprachen- bzw. Nationalitätenproblem bis Mitte der 1960er Jahre als Tabuthema in der SFRJ, stattdessen wurde stets auf die verfassungsrechtlich verankerte „Gleichheit der Sprachen“ verwiesen. Diese „Gleichheit“ führte in Slowenien schließlich zu Einschränkungsforderungen, da in Wirklichkeit die Dominanz des Serbokroatischen bzw. der Prestigeverlust des Slowenischen vertieft wurde.²¹⁹

Blum (2002:55) geht davon aus, dass der Grund für die Dominanz des Serbokroatischen einerseits die fehlende Toleranz der Serbokroatisch-Sprecher war, andererseits auch die fehlende Bereitschaft der Sprecher der anderen Sprachen (mit Ausnahme Sloweniens), ihre Rechte geltend zu machen und ihre Sprachen zu verwenden.²²⁰

Die Sprachen der Nationalitäten („*narodnosti*“) waren den Sprachen der Nationen („*narodi*“) gegenüber benachteiligt, bis sie (einschließlich der Sprachen der „*etničke zajednice*“) ihnen mit dem 14. Verfassungszusatz 1968 gleichgestellt wurden und somit in den zwei Kammern der SFRJ, dem Bundesrat und dem Rat der Republiken, in schriftlicher und mündlicher Form zugelassen wurden. Dieses Gesetz wurde zwar auch in der Verfassung 1974 übernommen, jedoch wurden Reden, Dokumente, Ausschüsse, Debatten etc. aus „Gründen der Praktikabilität“ überwiegend in Serbokroatisch gehalten und nur in die Sprachen der Nationen („*narodi*“), Ungarisch und Albanisch, übersetzt.²²¹

Die Kommunikation zwischen den Institutionen der SFRJ durfte in jeder Sprache der Nationen („*narodi*“) und Nationalitäten („*narodnosti*“) erfolgen. 1978 wurde zwar ein

²¹⁸ Ebd., S. 34.

²¹⁹ Vgl.ebd., S. 49.

²²⁰ Vgl.ebd., S. 55.

²²¹ Vgl.ebd., S. 53.

Übersetzerdienst eingeführt, allerdings gab es keine eigene Ausbildungsmöglichkeit für Dolmetscher in Jugoslawien. Solche Einrichtungen wurden erst nach dem Zerfall des Vielvölkerstaates in den jeweiligen Nachfolgestaaten gegründet.²²²

Obwohl die Rechte der Sprachen der Nationen („*narodi*“), Nationalitäten („*narodnosti*“) und ethnischen Gemeinschaften („*etničke zajednice*“) gewährleistet waren und sie in „ihren“ Regionen als Amts- und Schulsprachen genutzt wurden, gab es außerhalb „ihrer“ Republiken keinen speziellen Schutz. Dies zeigte sich vor allem an der Tatsache, dass das in der Verfassung von 1963 festgelegte Recht der Nationen („*narodi*“) auf Bildung in ihren Muttersprachen in den serbokroatisch-sprachigen Republiken nicht umgesetzt wurde (z.B. Slowenisch-Unterricht in der SR Serbien). Somit galt die stets betonte Gleichberechtigung der Sprachen nur für die Verwaltung und Institutionen. Die Reaktion des Führungsapparates auf diese Sprachpraxis kam spät, in den 1980er Jahren wurden Sprachkommissionen errichtet, welche die Gleichberechtigung in den Republiken (außer in der SR Serbien) überwachen sollten. Dadurch wurde die Schutzfunktion „ihrer“ Sprache(n) an die Republiken übergeben.²²³

6.3.2. Minderheitensprachen

Für jene südslawischen Völker, die eine verspätete nationale Integration erlebten, war die Ideologie des Jugoslawismus und das föderative Konzept der SFRJ von Vorteil.

„Die ‚jugoslawischen‘ Grundsätze ermöglichten die Entwicklung von integrativen Prozessen der Makedonier, der bosniakischen Muslime und Albaner, die im ersten Jugoslawien nicht nur nicht anerkannt, sondern starken Repressionen und serbisch-unitaristischen Assimilation ausgesetzt waren. Ihre Eliten sorgten für eine rasche kulturelle Entfaltung, durch die man sich der eignen besonderen nationalen Identität versicherte, hegten andererseits den Jugoslawismus als Dogma. Jugoslawismus, durchmischt mit sozialistischer und antifaschistischer Ideologie, bot für die verspäteten Nationen Schutz und zum Teil Ausweg aus dem nationalen Identitätsdilemma.“²²⁴

²²² Vgl.ebd., S. 54.

²²³ Vgl.ebd., S. 65f.

²²⁴ Melčić 2007, S. 223.

Wie bereits erwähnt, gehörte das Italienische lange Zeit zu den Minderheitensprachen im jugoslawischen Sprachraum. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Zahl der italienischsprachigen Bevölkerung ab, die Spuren der Sprache in Teilen Istriens und Dalmatiens hielten sich allerdings. In Westslawonien (Kroatien) wird Tschechisch von einer Minderheit der Bevölkerung gesprochen. Ungarisch als Minderheitensprache wurde/wird im kroatischen und slowenischen Grenzgebiet zu Ungarn gesprochen. Das Ungarische zählt, neben dem Deutschen, Rumänischen, Slowakischen und Ukrainischen, ebenfalls in der Vojvodina zu den Minderheitensprachen.²²⁵

Die Vojvodina war sprachlich die heterogenste Region der SFRJ, wobei die Serben eine knappe Mehrheit bildeten.²²⁶ Die Bevölkerung in der Vojvodina setzte sich nach der Volksbefragung 1991 wie folgt zusammen: Serben machten 57,25% der Bevölkerung aus, gefolgt von 16,94% Ungarn, 8,39% „Jugoslawen“, 4,85% Kroaten und 3,56% Andere.²²⁷

Die wlachische Sprache (Dakorumänisch), im Nordosten Serbiens und südlich der Donau und Sava, wird zwar von einem beachtlichen Teil der Bevölkerung gesprochen, erhielt jedoch nicht den Status einer Minderheitensprache, da sie nie verschriftlicht wurde.²²⁸

Albanisch war in Jugoslawien eine der größten Minderheitensprachen, da sie in der Provinz Kosovo vom Großteil der Bevölkerung (77,4% in 1981) gesprochen wurde. Neben der Provinz Kosovo wird Albanisch auch in südöstlichen Gebieten Serbiens und in Makedonien als (Mutter-) Sprache gesprochen. In Makedonien gibt es auch das Wlachische als Minderheitensprache, allerdings unterscheidet es sich vom Dakorumänisch-Wlachischen in Serbien. Die wlachische Sprache in Makedonien hat ihre Wurzeln im Aromunischen und Meglenorumänischen, zwei balkanromanischen Sprachen ohne eigenes Territorium. Ebenfalls zu den Minderheitensprachen ohne eigenes Territorium zählte die Roma-Sprache.²²⁹

²²⁵ Vgl. Katicic 2007, S. 259.

²²⁶ Vgl. Blum 2002, S. 65.

²²⁷ Vgl. Boarov 2007, S. 94.

²²⁸ Vgl. Katicic 2007, S. 259.

²²⁹ Vgl. ebd.

In Caribrod und Bosilegrad in Serbien, welche nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches zunächst zu Bulgarien gehörten, bevor sie nach dem Ersten Weltkrieg an Serbien gingen, gibt es bis heute eine bulgarische Minderheit, die Bulgarisch spricht.²³⁰

„Die Minderheitensprachen wurden im föderativen Jugoslawien offiziell anerkannt und ihre Pflege gefördert. Die einzig markante Ausnahme bildet das Deutsche. Italienisch, Ungarisch und Albanisch wurden auch an Universitäten als Unterrichtssprache zugelassen. Dagegen regte sich allerdings unterschwellig Widerstand. Der muttersprachliche Bildungsboom bei den Albanern im Kosovo, die man nur als gänzlich ungebildet und rückständig zu sehen gewohnt war, beunruhigte viele Serben zutiefst. Im Rahmen der Auflösung der Autonomie des Kosovo und der allgemeinen Entrechtung seiner albanischen Bevölkerung wurden bereits vor dem Zerfall Jugoslawiens Schritte unternommen, das Rad zurückzudrehen.“²³¹

Die Minderheitensprache der Roma stellte im Vielvölkerstaat Jugoslawien einen Ausnahmefall dar, denn für ihren Status war primär ihr Prestige und nicht die Anzahl der Sprecher entscheidend. Blum (2002: 117) wendet ein, dass die statistisch angegebene Anzahl der Romani-Sprecher in Jugoslawien von ca. 140.000 nicht die realen Zahlen wiedergebe. Die Dunkelziffer (geschätzt 800.000-1.000 000 Sprecher) sei höher, da sich viele als Jugoslawen oder Angehörige anderer Volksgruppen bezeichneten. Trotz der Tatsache, dass die Roma kein eigenes „*Homeland*“ hatten, wurde ihnen nicht der Status eines „*narod*“ (Nation) erteilt, sondern „nur“ der einer „*etnička zajednica*“ (ethnische Gemeinschaft). Begründet wurde dies mit ihrer verstreuten Siedlungsweise; betrachtet man jedoch die hohe Bevölkerungsanzahl der Roma in Serbien und dem Kosovo, erscheint dieses Argument sehr fragwürdig. Obwohl man den Roma den Status einer Nation („*narod*“) oder Nationalität (*narodī*) verweigerte, wurden dennoch Maßnahmen getroffen, um dem Romani im Bildungswesen und in den Medien Raum zu geben, auch wenn durch die sozioökonomischen Lebensverhältnisse insbesondere ersteres erschwert wurde. Diese Bemühungen um den Status und die Entwicklung des Romani gingen besonders von Indien aus. Das *Roma Bharati* (Indian Institute of Romani Studies) veröffentlichte ab 1974 halbjährlich eine Zeitschrift über die Sprache und Kultur der Roma, ein

²³⁰ Vgl.ebd., S. 260.

²³¹ Ebd., S. 265.

mehrsprachiges Wörterbuch und eine Grammatik des jugoslawischen Wissenschaftlers Jusuf Šaip.²³²

In der autonomen Provinz Vojvodina war die ethnische Gruppe der Bunjevacen, die in keinem ex-jugoslawischen Land die Mehrheit stellt und deren Identität umstritten ist, beheimatet. Die Bunjevacen sind eine südslawische Gemeinschaft, die vorwiegend in Nordserbien (Region Bačka in Vojvodina) und in Südungarn (um die Stadt Baja, ebenfalls in der Bačka), in einem isolierten ruralen Umfeld und in den Städten Sombor und Subotica bzw. deren Umgebung, lebt. Ihre Sprache, „Bunjevakisch“ genannt, wird in der sprachwissenschaftlichen Literatur als neuštokavischer jungikavischer Dialekt kategorisiert, welchen man im dalmatischen Hinterland, auf dalmatischen Inseln, in der westlichen Herzegowina, der vojvodinischen Bačka und in der ungarischen Baja und deren Umgebung hören kann. Der Großteil der Sprecher dieses neuštokavischen jungikavischen Dialekts identifiziert sich als Kroaten, auch ihrem Glaubensbekenntnis nach sind sie römisch-katholisch. Allerdings gibt es auch eine nicht unbedeutende Anzahl, die sich als Bosniaken versteht. Im Vergleich dazu ist die Anzahl derjenigen, die sich selbst als Serben betrachtet, gering, denn die Sprecher dieses Dialektes in Serbien und Ungarn selber identifiziert sich entweder als Bunjevacen oder, wie bereits erwähnt, als Kroaten.²³³

6.3.3. Abkommen und Verfassungen in der SFRJ

Das Abkommen von Novi Sad 1954 schien die Debatte um den Namen der gemeinsamen Sprache endgültig zu lösen: Sie sollte "*Srpskohrvatski*" (Serbokroatisch) für die östliche Variante und "*Hrvatosrpski*" (Kroatoserbisch) für die westliche Variante genannt werden. Diese Begriffe waren immer ohne Bindestrich zu schreiben und wurden zu den politisch korrekten und offiziellen Namen der gemeinsamen Sprache.²³⁴

²³² Vgl. Blum 2002, S. 117f.

²³³ Vgl. Ilić, Belić 2014, S. 95.

²³⁴ Vgl. Greenberg 2004, S. 31.

6.3.3.1. Novosadski dogovor 1954

Im neugegründeten Jugoslawien entwickelten sich Serbisch und Kroatisch bis 1954 zunächst eigenständig, da, wie bereits beschrieben, die Sprachenfrage bis dahin ignoriert wurde.

„Das Konzept des Kroatischen und Serbischen als getrennte Sprachen schien zwar mit der Vorstellung von einem multinationalen und vielsprachigen Staat durchaus vereinbar, widersprach aber doch der Entwicklung des Jugoslawismus seit dem 19. Jahrhundert, dessen Produkt auch das zweite Jugoslawien schließlich war. Mitte der 50er Jahre erfolgte dann der Umschwung in der Sprachpolitik, wieder in Richtung eines gemeinsamen Standards.“²³⁵

Die *Matica srpska* lud im Dezember 1954 25 Schriftsteller und Linguisten ein, um über eine gemeinsame Orthographie zu entscheiden. Blum (2002: 137) hebt hervor, dass sich anhand der Zusammensetzung (16 aus Serbien, 7 aus Kroatien und zwei aus Bosnien-Herzegowina) unschwer erkennen lässt, wie es zur Durchsetzung der serbischen Vorschläge kam. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft war die „*Übereinkunft von Novi Sad*“ („*Novosadski dogovor*“), welches an das Wiener Abkommen von 1850 anzuknüpfen versuchte und in 10 Punkten *eine* gemeinsame Volkssprache der Serben, Kroaten und Montenegriner mit ihren zwei Hauptzentren (Belgrad und Zagreb) und ihren zwei Aussprachen (ijekavisch und ekavisch) festlegte. Die Muslime galten zu dieser Zeit noch als Nationalität („*narodnosti*“) und wurden, wie die Montenegriner, außer Acht gelassen. Zu den 10 Punkten zählten noch die Betonung der Gleichwertigkeit der Schriften und Aussprachen sowie der Beschluss ein gemeinsames Wörterbuch zu erstellen und eine gemeinsame Terminologie auszuarbeiten.²³⁶

Blum (2002:138) stellt fest, dass man die tatsächliche Tragweite des „*Novosadski dogovor*“ nicht zu hoch einschätzen dürfe, obgleich er eine wichtige Symbolwirkung hatte. Mit dem „*Novosadski dogovor*“ wurde einer potenziellen Divergenz der Varianten entgegengewirkt.²³⁷

²³⁵ Blum 2002, S. 137.

²³⁶ Vgl.ebd.

²³⁷ Ebd, S. 138.

In den 1950er und 1960er Jahren führte der „*Novosadski dogovor*“ zu einer intensiven Diskussion in Jugoslawien. Hauptpunkt dieser Diskussion war die Frage, ob es sich bei Serbisch und Kroatisch um eine oder zwei Sprachen handle. Die kroatische Auffassung war, dass Serbisch und Kroatisch zwei Varianten (*varijanti*) einer Sprache sind, wohingegen die serbische Meinung war, dass es sich um zwei Ausdrucksweisen (*izrazi*) einer Sprache handelte.²³⁸

Greenberg (2004:32) zufolge ist das Abkommen von Novi Sad jedoch gescheitert, weil nur wenige der immer wiederkehrenden kontroversen Fragen zur Vereinheitlichung der gemeinsamen Sprache jemals wirklich und zufriedenstellend gelöst wurden.²³⁹

6.3.3.2. Verfassung 1974

Mit der neuen Bundesverfassung 1974 wurde die Föderalisierung Jugoslawiens fortgeführt. Sie sah vor, dass alle Bundesgesetze, Verfügungen und amtliche Dokumente in den Sprachen der Nationen („*narodi*“) Jugoslawiens, Albanisch und Ungarisch zu veröffentlichen waren. So gab es ab 1974 im Grunde fünf Staats- und Amtssprachen in Jugoslawien: Serbokroatisch in allen Varianten, Slowenisch, Makedonisch, Albanisch und Ungarisch. Die Integration der Sprachen der zwei „*narodnosti*“ der Albanier und Ungarn schuf zwar eine formale Balance zwischen dem dominanten Serbokroatischen und den Minderheitensprachen, hob jedoch das Klassifizierungssystem „*narodi-narodnosti-etničke zajednice*“ nicht auf und die Ungleichheit zwischen den Sprachen Jugoslawiens, vor allem in der Verbreitung und dem Prestige, blieb bestehen.²⁴⁰

Blum (2002:141) deutet darauf hin, dass die Änderungen der Sprachbezeichnungen seit 1948 die politischen Rahmenbedingungen von Konvergenz und Divergenz der Varianten in der SFRJ widerspiegeln. Im Jahr 1948 lauteten die Bezeichnungen des Serbokroatischen in den Republiken wie folgt:

Sozialistische Republik	Bezeichnung des Serbokroatischen
Kroatien	Kroatisch und Serbisch
Serbien	Serbisch

²³⁸ Vgl.ebd, S. 138f.

²³⁹ Vgl.Greenberg 2004, S. 32.

²⁴⁰ Vgl.Blum 2002, S. 48f.

Bosnien und Herzegowina	Serbisch oder Kroatisch
Montenegro	Serbisch

In der Verfassung von 1963 wurden die Bestimmungen des *Novosadski dogovor* deutlich:

Kroatien	Kroatoserbisch
Serbien	Serbokroatisch
Bosnien und Herzegowina	Serbokroatisch
Montenegro	Serbokroatisch

Mit der neuen Bundesverfassung von 1974 lauteten die Bezeichnungen dann wie folgt:

Kroatien	Kroatische Literatursprache, Kroatisch oder Serbisch
Serbien	Serbokroatisch
Bosnien und Herzegowina	Serbokroatisch oder Kroatoserbisch
Montenegro	Serbokroatisch ²⁴¹

Die Republikverfassung der SR Kroatien betonte zwar das in der Bundesverfassung geschriebene Recht der Nationen („*narodi*“) und Nationalitäten („*narodnosti*“) ihre Sprachen selbst zu benennen, beschloss allerdings auch, dass in der SR Kroatien die kroatische Literatursprache und die Volkssprachen der Kroaten und Serben in Kroatien, „*Kroatisch oder Serbisch*“ genannt, gebraucht werden. Dies führte in den 1980er Jahren, neben den politischen und ökonomischen Konflikten, zu einer zusätzlichen Debatte zwischen den Republiken.²⁴²

„Relevant war dabei die Frage, ob durch die unterschiedlichen Bezeichnungen eine Entfremdung zwischen den einzelnen Republiken und zwischen den Angehörigen gleicher *narodi* in unterschiedlichen Republiken gefördert wurde. Diese Möglichkeit lässt sich für die Praxis nicht nachweisen. Auch wird die Formulierung der kroatischen Republikverfassung von 1974 nirgendwo genauer definiert und tatsächlich schließt sie alle von Kroaten **und** Serben in

²⁴¹ Vgl.ebd.,141f.

²⁴² Vgl.ebd., S. 142.

der SR Kroatien gebrauchten Varianten in die Bezeichnung ‚*kroatische Literatursprache*‘ mit ein. Diese hatte demnach eine geographische Definitionsgrundlage, keine linguistische. Auch die kyrillische Schrift war zugelassen. Die Formulierung aus Art. 138 der kroatischen Verfassungsgrundgesetz von 1974 wurde im Mai 1989 vom obersten Bundesgericht trotzdem für verfassungswidrig erklärt“²⁴³

Die Verfassung von 1974 sah weiter vor, dass die Sprachen der Nationen („*narodi*“) Jugoslawiens in allen internationalen Verträgen der SFRJ gleichberechtigt verwendet werden sollen, wobei die Sprachen der Nationalitäten („*narodnosti*“) keine Erwähnung fanden. In Realität wurden im Zeitraum 1983-1984 von 218 geschlossenen Verträgen 208 in Serbokroatisch, acht auf Slowenisch, einer auf Makedonisch und einer in der „*kroatischen Literatursprache*“ veröffentlicht.²⁴⁴

„Tatsächlich wurde sie mehr zu einem ideologischen Traktat statt zu einem brauchbaren Staatsgrundgesetz. Juristisch war sie voll von Unklarheiten und sogar Widersprüchen. Diese wirkten sich denn auch von dem Augenblick an verheerend aus, als die neue Verfassung sich mit wirklichem Leben füllte und ernst genommen wurde. Ihre politische Hauptbedeutung bestand darin, dass sie erstmals die Republiken konkret als ‚Staaten‘ definierte (Art. 3) und sogar ihre Grenzen garantierte. Daraus ließ sich die Souveränität der Republiken herleiten, samt ihrem Anspruch auf die bestehenden Grenzen. Beim Zerfall Jugoslawiens erwies sich dies auch international als von größter Bedeutung. [...] Trotz ihrer Mängel hätte diese jugoslawische Verfassung die Grundlage für eine stabile Entwicklung auf föderalistischer wie auf demokratischer Grundlage abgeben können, unter der Bedingung, dass sie von allen ihren Gliedstaaten, auch von Serbien, respektiert worden wäre (-> Kap. 14).“²⁴⁵

Meier (2007:205) geht davon aus, dass die Verfassung von 1974 noch föderalistischer und demokratischer ausgefallen wäre, wenn die Abstimmung dazu frei und gesamtjugoslawisch gewesen wäre. Serbien stimmte der Verfassung, nach erfolglosem Widerstand, zu. Die Bedenken Serbien lagen primär in der neuen starken Stellung seiner autonomen Republiken, Vojvodina und Kosovo, welche damit auf Bundesebene

²⁴³ Ebd., 141f.

²⁴⁴ Vgl.ebd., S. 49.

²⁴⁵ Meier 2007, S. 204.

gleichberechtigt waren und den gleichen, wenn auch nicht formellen, Status wie die Republiken erhielten.²⁴⁶

6.3.4. SR Bosnien und Herzegowina

Auf bosnischem Republiksgebiet trafen sich sowohl die westliche und östliche Variante der serbokroatischen Sprache als auch beide Alphabete, das Lateinische und die Kyrilliza. So wurden auch beide Schrifttraditionen gleichberechtigt in die Verfassung aufgenommen und die Sprache wurde als „*Serbokroatisch* bzw. *Kroatoserbisch*“ in ijekavischer Aussprachenorm festgelegt²⁴⁷. Die Wahl der Variante blieb jedem freigestellt, auch in den Schulen und Bildungsinstituten.²⁴⁸ Bosnien und Herzegowina war sprachlich die homogenste Republik der SFRJ (fast 98% Serbokroatischsprecher)²⁴⁹ und die einzige Republik in der SFRJ, welche lange Zeit nicht durch ein Haupt-„*narod*“ konstituiert wurde. Erst mit 1968 wurden die bosnischen Muslime („*Muslimani*“) in den Rang der jugoslawischen „*narod*“ gehoben. Dies machte die SR Bosnien und Herzegowina zu einem Sonderfall, denn sie galt fortan als Republik dreier „*narodi*“: der Muslime, der Kroaten und der Serben, da es keine absolute Mehrheit gab. Eine weitere Besonderheit war, dass die bosnischen Muslime keine eigenen Institutionen innerhalb der Republik hatten; diese gab es entweder für die gesamte Bevölkerung der Republik oder für alle Muslime, egal welcher Herkunft sie waren.²⁵⁰

„Daß [sic!] die bosn. Muslime als ‚Glaubensnation‘ für die Nationalitätenpolitik eines sich ideologisch auf Kategorien marxistischen Geschichtsdenkens berufenden Staatswesens eine problematische Größe darstellen, zeigt sich in den während der Existenz Tito-Jugoslaviens wechselnden Benennungen dieser Volksgruppe, die sich in unterschiedlichen Klassifizierungen bei Volkszählungen widerspiegeln.“²⁵¹

²⁴⁶ Vgl.ebd., S. 205.

²⁴⁷ Der offiziell verwendete Begriff lautete „*izraz*“ (Ausdruck) und stand hierarchisch unter der Ebene des Zwei-Variantenmodells. „*Izraz*“ wurde neben dem bosnischen auch für das montenegrinische Idiom verwendet (vgl. Gröschel 2009, S. 280.).

²⁴⁸ Vgl.Blum 2002, S. 145.

²⁴⁹ Vgl.ebd., S. 65.

²⁵⁰ Vgl.ebd., S. 143f.

²⁵¹ Gröschel 2009, S. 183.

Die Komplexität der Frage der Identität der bosnischen Muslime innerhalb der SFRJ lässt sich anhand unterschiedlicher Benennungen bei Volkszählungen erkennen:

- 1948 konnten die bosnischen Muslime wählen zwischen „*serbische Muslime*“ (72000 Stimmen), „*kroatische Muslime*“ (25000 Stimmen) und „*national unbestimmte Muslime*“ (78000 Stimmen).
- 1953 wurde die neue Klassifizierung „*national unbestimmte Jugoslawen*“ eingeführt, der sich die Mehrheit der bosnischen Muslime (892000 Stimmen) angehörig fühlten.
- 1961 neben der neu eingeführten Klassifizierung aus dem Jahr 1953 kam 1961 die Option „*Muslime ethnischer Herkunft*“ hinzu, was zu einer Aufspaltung der bosnischen Muslime führte (842000 Stimmen für die neue ethnische Klassifizierung und 27500 Stimmen für „*national unbestimmte Jugoslawen*“).²⁵²

1974 wurde der „*Bosnisch-Herzegowinischer schriftsprachlicher Ausdruck*“ in die Verfassung aufgenommen. Sprachlich gehörte die SR Bosnien und Herzegowina zur neuštokavisch-ijekavischen Subvariante des Serbokroatischen, wobei die bosnischen Muslime ihre Sprache, welche viele Turzismen aufwies (auch bei den bosnischen Kroaten und Serben waren Turzismen vorhanden), „*bosanski*“ oder „*bošnjački*“ bezeichneten. Allerdings wurden keine Maßnahmen unternommen, sich sprachlich von den Serben oder Kroaten abzugrenzen.²⁵³

„The two names for the Bosnian language both derive from the toponym *Bosna*, the name of a spring near Sarajevo. On a purely linguistic level, the two adjectives differ in their derivation. Thus, while *bosanski* derives directly from the toponym *Bosna*, and strictly speaking is the neutral adjectival form for Bosnia, the adjective *bošnjački* is derived from the noun *Bošnjak* ‘Bosniac’, denoting a native of Bosnia. The term preferred by Bosniac linguists, *bosanski jezik* is best rendered in English by ‘Bosnian language’, while term *bošnjački jezik* is usually translated into English by ‘Bosniac language’. Both terms can be traced back several centuries.“²⁵⁴

Die Bosniaken, Serben und Kroaten lebten in ethnisch gemischten Städten in der Republik, wobei die Muslime traditionell in urbanen Gebieten wohnten, während die

²⁵² Vgl.ebd., S. 183f.

²⁵³ Vgl.Blum 2002, S. 144.

²⁵⁴ Vgl.Greenberg 2004, S. 140.

Kroaten und Serben in ländlichen Regionen lebten. Im 20. Jahrhundert verschwammen diese alten Wohnsituationen und die Städte wurden nach und nach ethnisch gemischt und multikulturell. Die Volksgruppen vermischten sich und heirateten oft untereinander, diese Verwischung der ethnischen Grenzen wurde im sozialistischen Jugoslawien als „jugoslawische Identität“ dargestellt. Andererseits behielten die Bewohner der ländlichen Gebiete ihre sprachlichen, ethnischen und konfessionellen Identitäten bei.²⁵⁵ Greenberg (2004:144) erläutert, dass die Sprache zwar die Stadtbewohner Bosniens und Herzegowinas vereinen konnte, sie aber in ländlichen Gegenden die Unterschiede und spezifische ethnische Dialektmerkmale hervorhob.

Es gibt zwei Merkmale, welche die bosnische Sprache von den seiner Nachbarn unterscheidet und die als charakteristisch für Muslime aller Schichten und Bildungsniveaus gelten: das häufiger auftretende velar-frikative *h* (z.B. *kahva* vs. *kafa* (serb.)) und die größere Anzahl von Turzismen. Das Phonem /h/ hat, besonders nach dem Zerfall der SFRJ, als ein Kennzeichen für die Sprache der Bosniaken symbolische Bedeutung erlangt, indem es das phonologische System näher an die arabischen Laute annähert und vom Serbischen entfernt.²⁵⁶

6.3.5. SR Slowenien

Sloweniens Bevölkerung war, im Vergleich zu den anderen jugoslawischen Republiken, am homogensten zusammengesetzt (nach der Volkszählung 1991: 91% Slowenen)²⁵⁷ und Slowenisch galt als die offizielle Sprache der Teilrepublik, welche von 1,72 Millionen Sprechern auf slowenischem Territorium, ca. 23.000 Sprechern in Kroatien und ca. 6.800 Sprechern in Serbien verwendet wurde. Darüber hinaus gab/gibt es noch slowenische Minderheiten in den benachbarten Ländern Italien, Österreich und Ungarn.²⁵⁸

Die Sprache spielte bei der Nationalbewegung Sloweniens eine maßgebende Rolle, da sie im Gegensatz zur Religion, Territorium oder anderen Merkmalen besonders gut zur politischen Mobilisierung geeignet war. Bedingt durch die geographische Nähe zur

²⁵⁵ Vgl.ebd., S. 144.

²⁵⁶ Vgl.ebd., S. 146.

²⁵⁷ Vgl.Vodopivec 2007, S. 41.

²⁵⁸ Vgl.Blum 2002, S. 91.

deutschen und italienischen Sprache und die jahrhundertelange politische Herrschaft durch Deutsche und Österreicher wurde die slowenische Sprache, bis zur slowenischen nationalen Bewegung im 19. Jahrhundert, nur im Privatbereich und primär auf dem Land als in der Stadt verwendet. Laut Blum (2002:91f.) bot die slowenische Sprache das einzige Unterscheidungsmerkmal, welches die Basis einer slowenischen Identität bilden konnte, da sie eine Differenzierung anhand anderer Merkmale, z.B. der Religion, nicht von anderen Gruppen in der Region unterscheiden würde.²⁵⁹

Seit dem Entstehen eines sprachlichen Bewusstseins war die Situation der Slowenen und ihrer Sprache vom Kampf nach Anerkennung und gegen die kulturelle Assimilation geprägt. Das Bewusstsein Sloweniens und seiner Bevölkerung, als eine kleine und bedrängte Nation zu gelten, erklärt in gewisser Hinsicht die Irritabilität Sloweniens in sprachlich- und nationalitätenbetreffenden Aspekten in der SFRJ. Im stetigen Kampf um Anerkennung wurde die slowenische Sprache das Symbol und Zentrum der slowenischen Nation.²⁶⁰

Das Ziel, ein souveräner Nationalstaat, war mit der Gründung der SR Slowenien fast erreicht, denn damit erlangte man zum ersten Mal eine Form von politischer Selbstbestimmung, welche es zuvor in keinem historischen Vorgängertyp gab.²⁶¹

Die Republik erhielt nach der Verfassung 1946 Rechte und Zuständigkeiten, u.a. ein Parlament, eine Regierung, eine Verfassung und eine Reihe von Ministerien, allerdings war dies größtenteils nur Illusion, denn das politische System unterschied sich in den ersten Jahren nicht wirklich von den anderen jugoslawischen Republiken.²⁶²

Nach dem Bruch mit der Sowjetunion in den 1950er Jahren kam es in Slowenien und seinen Nachbarrepubliken zu Änderungen: das jugoslawische Modell des Sozialismus, die „Arbeiterselbstverwaltung“ und die Dezentralisierung führten bereits zu diesem Zeitpunkt zu einem Wiederaufflammen der nationalen Diskussion.²⁶³

Obwohl die jugoslawische Wirtschaftsreform 1965 ihre eigentlichen Ziele nicht erreichte, war sie ein Wegbereiter hin zur Demokratisierung für Slowenien. Junge, liberalere Kommunisten übernahmen die Führung in Slowenien und wollten die

²⁵⁹ Vgl.ebd., S. 91f.

²⁶⁰ Ebd., S. 95f.

²⁶¹ Vgl.ebd., S. 98.

²⁶² Vgl.Vodopivec 2007, S. 39.

²⁶³ Vgl.ebd.

Reformation des Sozialismus zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Sie setzten sich für eine Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft ein und forderten, wie die Reformer der anderen Republiken auch, eine Demokratisierung, Dezentralisierung, eine Marktwirtschaft und eine effiziente Sozialgesetzgebung.²⁶⁴

Nach Titos Entscheidung 1972 in der SR Slowenien alle Reformpolitiker durch linientreue Reformgegner auszuwechseln und der neuen Verfassung 1974 war es in Jugoslawien praktisch unmöglich, seine politische Meinung frei zu äußern. Titos Anhänger in der slowenischen Führungsriege standen vollkommen hinter der neuen Verfassung, da sie ihre Macht sicherte und lehnten es sogar nach Titos Tod ab, ein eigenes slowenisches Politprogramm zu formulieren. In den 80er Jahren wurde das Misstrauen und die Unzufriedenheit mit der zentralen politischen Führung in Belgrad sichtbar und die Ablehnung der kommunistischen politischen Führung, einhergehend mit einem Demokratisierungsprozess, verlief in Slowenien viel schneller als in den restlichen Republiken. Die Forderungen der jungen Bevölkerung nach Meinungsfreiheit, Respektierung der Menschenrechte und einer zivilen Kontrolle der Armee wurden im Wochenblatt „*Mladina*“ (Jugend) laut, das zu ihrem Sprachrohr wurde. Die slowenische intellektuelle Elite entwarf 1987/88 das erste „slowenische Nationalprogramm“, welches den „Staat Slowenien“ als Demokratie nach westlichem Vorbild vorsah, inklusive Marktwirtschaft und einer verfassungsmäßigen Organisation, welche auf der Respektierung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten basierte.²⁶⁵ Der jugoslawische Staat und das damit verbundene Schicksal als ewige Minderheit zu gelten wurde in diesem Nationalprogramm abgelehnt. Dennoch hielten die Autoren eine Einigung mit den restlichen jugoslawischen Republiken bis 1990 für möglich, doch der Aufstieg Miloševićs und sein proserbisches Programm beendeten dies. Spätestens mit dem militärischen Eingriff im Kosovo und der Drohung, serbische Massenveranstaltungen in Ljubljana abzuhalten, entwickelte sich eine ablehnende Haltung der slowenischen Öffentlichkeit gegen Belgrad.²⁶⁶

²⁶⁴ Vgl.ebd., S. 40.

²⁶⁵ Vgl.ebd., S. 40f.

²⁶⁶ Vgl.ebd., S. 41.

6.3.5.1. Sprachenpolitik in der SR Slowenien

Für das Slowenische bestand kein Bedarf für eine sprachliche Abgrenzung zu den benachbarten Sprachen Deutsch, Italienisch und Ungarisch, welche nur von einer Minderheit der Bevölkerung in Slowenien gesprochen wurden. Gegenüber dem Serbokroatischen hingegen, welches die dominante Sprache in Jugoslawien und mit dem Slowenischen eng verwandt war, formierte sich ab den 60er Jahren ein öffentlicher Widerstand, und es kam zu Diskussionen über den rechtlichen Status und die reale Behandlung der Sprachen, der „*narodí*“, „*narodnosti*“ und „*etničke zajednice*“ in Jugoslawien und der SR Slowenien. Am 21. April 1965 wurde der Sprachenbrief von den slowenischen Kommunisten veröffentlicht, in dem sie sich für eine Stärkung des Slowenischen und gegen die dominante Einflussnahme des Serbokroatischen aussprachen. Dieser Sprachbrief war das Resultat der Mitte der 1960er Jahre in Jugoslawien beschlossenen Reformen, die den Republiken mehr Autonomie und sprachliche Gleichberechtigung garantierten.²⁶⁷

„Größere wirtschaftliche Autonomie für die einzelnen Betriebe, aber eben auch für die einzelnen Republiken ermöglichten nun eine [sic!] offenes Austragen der Verteilungskämpfe zwischen den wohlhabenden, vor allem Slowenien und Kroatien, und den armen, insbesondere Makedonien und Kosovo. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um die wachsende Arbeitsmigration aus anderen Teilen Jugoslawiens nach Slowenien zu sehen. Die Angst vor ‚Überfremdung‘ machte sich vor allem an der Sprache fest.“²⁶⁸

In den Jahren 1975, 1978 und 1979 wurden weitere Sprachenbriefe von den slowenischen Kommunisten veröffentlicht und die diesbezügliche öffentliche Diskussion führte 1980 schließlich zur Einrichtung einer besonderen Abteilung in der Republikverwaltung: "Slowenisch in der Öffentlichkeit" (*posebna sekcija „Slovenščina v javnosti“*) zu welcher auch der Sprachgerichtshof (*jezikovno razsodišče*) gehörte, an den sich die slowenische Öffentlichkeit direkt wenden konnte und der Empfehlungen über den Gebrauch des Slowenischen aussprach.²⁶⁹

²⁶⁷ Vgl. Blum 2002, S. 103f.

²⁶⁸ Ebd., S. 104.

²⁶⁹ Vgl. ebd.

Nach der Verfassung von 1974 durfte innerhalb der Republiken (neben den anerkannten Sprachen der autochthonen „*narodnosti*“²⁷⁰) nur die jeweils offizielle Sprache die Sprache der öffentlichen Kommunikation und Bildungseinrichtungen sein. Darüber hinaus hätte die Kommunikation in der jeweiligen offiziellen Republikssprache und nicht auf Serbokroatisch stattfinden sollen; d.h. dass auch die Serbokroatischsprecher die Republikssprachen (in diesem Fall Slowenisch) hätten lernen müssen. Die Tatsache, dass dies in der Realität nicht der Fall war, wurde von den Slowenen als Provokation und versteckte Diskriminierung wahrgenommen. Gemäß einer geplanten Verfassungsänderung, welche 1989 zur Verfassungskrise führte, sollten Maßnahmen bundesstaatlicher Einrichtungen, welche gegen den in der Bundes- und Landesverfassung festgeschriebenen Gebrauch des Slowenischen in Slowenien verstießen, nichtig sein.²⁷¹

„Das mit der Sprachsituation verbundene Bedrohungsgefühl der slowenischen Identität war im Zusammenspiel mit der politischen, sozialen und ökonomischen Unzufriedenheit mit der Situation der Republik im gesamtjugoslawischen Staatsverband sicher ein wichtiger Katalysator zur Loslösung Sloweniens.“²⁷²

Obwohl mit der Gründung der SR Slowenien und der SFRJ gleichzeitig sub- und supranationalistische Ziele (sowohl eine gewisse slowenische Autonomie als auch das „Jugoslawentum“) erfüllt wurden und damit eine Statusverbesserung der slowenischen Sprache erfolgte (von einer unterdrückten Sprache zur Staatssprache in der Republik Slowenien), hielt dieser Konsens nicht lange. Die intensive Föderalisierung seit der Verfassung 1974 konnte die kontinuierlich steigende Ablehnung gegenüber Jugoslawien, trotz der gleichzeitigen Aufwertung Sloweniens als Republik, nicht aufhalten. Die Interessensgegensätze stiegen, bis schließlich als letzter Ausweg bloß die Unabhängigkeit in Frage kam.²⁷³

„In Slowenien hingegen verwandelte das politische und gesellschaftliche System Gesamtjugoslawiens den integrativen slowenischen Subnationalismus in einen für den jugoslawischen Supranationalismus desintegrativen Faktor. Für den heute völkerrechtlich souveränen Staat Slowenien brachte die neue

²⁷⁰ In Slowenien verstand man darunter nicht die Sprecher des Serbokroatischen, sondern die ungarische und italienische *narodnost*. (Vgl. Blum 2002, S. 105.)

²⁷¹ Vgl. Blum 2002, S. 104f.

²⁷² Ebd., S. 105.

²⁷³ Vgl. ebd., S. 106.

Situation große politische und (nach einer Umstrukturierungsphase) ökonomische Vorteile. Die Lösung aus dem supranationalen Rahmen ging mit einer starken Umorientierung zu neuen übergreifenden (vorgestellten und tatsächlichen) Gemeinschaften (NATO, EU) einher, die in Zukunft die alte Gemeinschaft Jugoslawien ersetzen könnten"²⁷⁴

6.3.6. SR Makedonien

Die SR Makedonien galt nach der Gründung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien als eine der wirtschaftlich rückständigsten Regionen in Europa: Anfang der 1970er Jahre lag die Analphabeten-Rate bei 18% und die Arbeitslosenquote Anfang der 1980er Jahre bei über 20%.²⁷⁵ Trotz der ethnischen und religiösen Vielfalt auf diesem Gebiet konnte sich ein makedonisches Nationalbewusstsein entwickeln. Diese Vielfalt sorgte allerdings auch zu Differenzen zwischen den Völkern, insbesondere zwischen Makedoniern und Albanern, die eine Mehrheit in den westlichen Gebieten stellten. Ende der 1980er Jahre artete der "Schulstreit" (die Republikführung beschuldigte albanische Schulbücher des nationalistischen Inhalts) in albanische Demonstrationen und Verhaftungen aus. Der Höhepunkt fand 1989 in der Umbenennung vom „Staat des Makedonischen Volkes und der albanischen und türkischen Minderheit“ zum „Nationalstaat des makedonischen Volkes“ statt.²⁷⁶

Das erst in der SFRJ-Periode kodifizierte Makedonische galt in der SFRJ als eigenständige Sprache. Trotz ihrer sprachlichen Verwandtschaft zu ihren Nachbarsprachen gab es, im Gegensatz zu anderen Republiken, weder Debatten über ihren legalen Status oder die Sprachbezeichnung noch wurde das Näheverhältnis zum Serbokroatischen forciert. Dies änderte allerdings nichts an der Tatsache, dass auch das Makedonische, wie die anderen Sprachen in Jugoslawien, dem dominanten Einfluss des Serbokroatischen unterlag und die sprachliche Abgrenzung nicht einfach war. Das Serbokroatische war in den makedonischen Medien stark präsent und auch in der Kommunikation mit anderen Sprachen und Bundesbehörden wurde, wie im gesamten jugoslawischen Raum, das Serbokroatisch bevorzugt. In den 1980er Jahren

²⁷⁴ Ebd., S. 106f.

²⁷⁵ Vgl. Dukovski 2007, S. 146.

²⁷⁶ Vgl. ebd.

kam es auch in Makedonien zu öffentlichen Diskussionen über den Stellenwert des Makedonischen im Vergleich zum Serbokroatischen. Konkrete Maßnahmen, z.B. die Gründung eines Komitees für die makedonische Sprache, wurden jedoch nicht verwirklicht.²⁷⁷

6.3.7. Nationale Bewegungen

Trotz der vielen Erklärungen und Verordnungen zur sprachlichen Gleichberechtigung der „*narodi*“, „*narodnosti*“ und „*etničke zajednice*“ kamen sprachpolitische Bewegungen erst ab Mitte der 1960er Jahre ins Rollen und nationale Gefühle und Identitäten gewannen mehr und mehr an Bedeutung. Mit dem Sprachenbrief der slowenischen Kommunisten 1965 und der kroatischen „*Deklaracija*“²⁷⁸ 1967 wurde die Ungleichheit der „Gleichheit der Sprachen“ aufgezeigt und die mangelnde Repräsentanz der slowenischen und kroatischen Sprache auf Bundesebene beklagt.²⁷⁹

6.3.7.1. „Kroatischer Frühling“ in der SR Kroatien

Um Kroatiens sprachlichen Weg besser zu verstehen, muss man auf ein Kapitel vor der Gründung der SFRJ zurückblicken. Im kroatischen faschistischen Staat NDH (Nezavisna Država Hrvatska 1941-45) wurde der extremste Sprachpurismus in Kroatiens Geschichte betrieben. Zu dieser Zeit wurde mit der, bis dahin, gemeinsamen Sprache gebrochen und das Kroatische wurde zur eigenständigen Sprache, gegenüber dem Serbischen, erklärt. Das Regime startete eine Offensive, um sowohl alle vermeintlich serbischen Elemente aus der kroatischen Sprache zu eliminieren als auch Kroatien ethnisch von der serbischen Bevölkerung zu säubern. So wurden viele Wörter „ausländischen“ Ursprungs durch kroatische Wörter ersetzt; die neuen Wörter wurden entweder aus der frühen kroatischen Literatur entnommen oder neue

²⁷⁷ Vgl. Blum 2002, S. 160f.

²⁷⁸ Vollständige Bezeichnung: *Deklaracija o nazivu i položaju hrvatskog književnog jezika* (Erklärung über den Namen und die Lage der kroatischen Literatursprache)

²⁷⁹ Vgl. Blum 2002, S. 51.

„kroatische“ Wörter hinzugefügt, wie z. B. "osposoba" anstelle von "kvalifikacija" (Qualifikation).²⁸⁰

In der SFRJ wurde der Sprachpurismus des faschistischen Regimes aufgegeben; die westliche Variante der gemeinsamen Sprache behielt eindeutig kroatische lexikalische Elemente bei, während die östliche Variante häufiger Internationalismen oder Wörter ausländischer Herkunft verwendete. Beispiele dafür sind: die einheimischen kroatischen Monatsnamen (z. B. *veljača* gegenüber der östlichen Variante *februar* für Februar), Wörter slawischen Ursprungs in der westlichen Variante im Gegensatz zu Wörtern fremden Ursprungs in der östlichen Variante (z. B. *tisuća* gegenüber *hiljada* griechischen Ursprungs für tausend). Bei lexikalischen Bezeichnungen, die sich auf den gemeinsamen jugoslawischen Staat bezogen, verwendeten die beiden Varianten oft identische administrative Begriffe (z. B. *pasoš* für Pass, *lična karta* für Personalausweis), obwohl in einigen Fällen geringfügige phonetische Unterschiede beobachtet wurden (z. B. die westliche *općina* vs. östliche *opština*).²⁸¹

Greenberg (vgl. 2004: 115) weist darauf hin, dass viele moderne kroatische Linguisten die ersten zwanzig Jahre von „Titos Jugoslawien“ als eine düstere Periode betrachten, die die Entwicklung einer eigenständigen kroatischen sprachlichen Identität aufhielt. Durch die Rücknahme der Entscheidung des AVNOJ 1944, die kroatische und serbische Sprache getrennt anzuerkennen, fühlte sich das kroatische Volk von den Kommunisten verraten.²⁸²

1967 wurde die „*Deklaration über Namen und Rolle der kroatischen Sprache*“ im Auftrag der *Matica hrvatska* unterzeichnet, welche das Abkommen von Novi Sad aus dem Jahre 1954 über die gemeinsame serbokroatische/ kroatoserbische Sprache für ungültig erklären wollte. Die genaue Forderung war die Änderung des 131. Artikels der Bundesverfassung, welcher die Sprachbezeichnung „*Serbokroatisch/Kroatoserbisch*“ vorsah; der Name sollte durch „*Serbisch, Kroatisch*“ ersetzt werden. Die „*Deklaracija*“ wurde vom serbischen Schriftstellerverband, dem Bund der Kommunisten sowie des Komitees der Kommunisten in Serbien und Kroatien heftig kritisiert.²⁸³

²⁸⁰ Vgl. Greenberg 2004, S. 49.

²⁸¹ Vgl. ebd.

²⁸² Vgl. ebd, S. 115.

²⁸³ Vgl. Blum 2002, S. 139.

Meier (2007:202) spricht über die Reformbewegung in Kroatien Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre als "*Kroatischer Frühling*"²⁸⁴:

„Mit dem maßgeblichen Einsatz der neuen kroatischen Führung wurden 1967 und 1968 Zusätze zur gesamtstaatlichen Verfassung angenommen, welche die Eigenständigkeit der Republiken und auch die Stellung des Parlamentes stärkten. Die kroatische Reformbewegung erreichte 1970 und 1971 ihren Höhepunkt; sie ergriff Schichten weit über die Parteireihen hinaus und entwickelte sich zu einer richtigen Massenbewegung, genannt ‚Maspok‘ (für masovni pokret). [...] Es ist schwer zu sagen, wo der ‚kroatische Frühling‘ genau hinzielte. Zuerst war vom Kampf gegen den jugoslawischen ‚Unitarismus‘ die Rede und von der Respektierung der kroatischen Tradition und Eigenständigkeit. In den späteren Phasen wurden Dinge wie die formale Wiederherstellung des kroatischen Staatsrechts verlangt, das heißt, so etwas wie staatliche Selbstständigkeit.“²⁸⁵

Das Vorgehen Titos bezüglich des „*kroatischen Frühlings*“ bleibt ein Rätsel, insbesondere seine verzögerte Reaktion darauf und dann die brutale Härte, mit der er die Reformbewegung zerschlagen ließ. Auch in den anderen Republiken wurden die Anführer der „liberalen Welle“ gestürzt. Auch in Serbien entstand eine liberale Bewegung, allerdings wurde sie innerhalb der serbischen Gesellschaft wenig unterstützt und zeigte auch im Vergleich zu den anderen liberalen Bewegungen jener Zeit am wenigsten die charakteristische Verbindung zwischen Liberalismus und Nationalismus und konnte dadurch relativ schnell und leicht von Tito ausgeschaltet werden. Es wirkte doch sehr erstaunlich, dass nach dieser Anti-Liberalisierungspolitik die neue Verfassung 1974 genau den Schritt in Richtung Föderalisierung machte.²⁸⁶

Ein weiterer Katalysator der nationalen Bewegungen war die Arbeitsmigration innerhalb Jugoslawiens, insbesondere in Slowenien, wohin die meisten Arbeitsmigranten aus Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina (und damit auch die bereits dominante serbokroatische Sprache) kamen und wo sie ab den 1980er Jahren immer stärker als bedrohlich empfunden wurde. In Slowenien kam es zu einer öffentlichen Kontroverse, da durch die stetige Zunahme an Serbokroatisch-Sprechern

²⁸⁴ Vgl.Meier 2007, S. 202.

²⁸⁵ Ebd., S. 202.

²⁸⁶ Vgl.ebd., S. 203f.

die slowenische Sprache, welche als nationales und gemeinschaftsstiftendes Symbol betrachtet wurde, als bedroht erachtet wurde.²⁸⁷

Die „*Deklaracija*“ und die Bezeichnung ihrer Sprache als „kroatische Literatursprache“ war ein entscheidender Moment für die kroatischen Sprachplaner. Für ihre Verfasser stellte das Abkommen von Novi Sad mit der Bezeichnung der westlichen Variante der gemeinsamen Sprache als "*Kroatoserbisch*" einen Angriff auf die eigene kroatische Sprachidentität dar. Der Name ihrer Sprache hatte für die Kroaten eine starke symbolische Bedeutung; „*Kroatoserbisch*“ weckte Befürchtungen, dass die Serben ihre hegemonialen sprachlichen Pläne gegenüber der kroatischen Sprache erneuern würden.²⁸⁸ Die "*Deklaracija*" von 1967 hat im postsozialistischen Kroatien eine besondere Bedeutung erlangt. Einige Monate, nachdem Tuđman in Kroatien gewählt wurde, proklamierte die Matica hrvatska den Zeitraum vom 13. bis zum 17. März zu den „*Tagen der kroatischen Sprache*“, Feierlichkeiten, die jährlich stattfinden und an die Tage im Jahr 1967 erinnern sollen, an denen die Deklaration zuerst unterzeichnet (13. März) und dann veröffentlicht wurde (17. März). Das Parlament verabschiedete das Gesetz über die „*Tage der kroatischen Sprache*“ im Jahr 1997, welches die Anordnung enthielt, dass alle Schulen jeden März eine Unterrichtsstunde der Deklaration und ihrer Bedeutung für die kroatische Sprache widmen sollen.²⁸⁹

6.4. Sprachpolitik nach dem Zerfall der SFRJ

Im Gegensatz zur relativ friedlichen Auflösung der UdSSR in seine Nachfolgestaaten, artete der Zerfallsprozess in der ehemaligen SRFJ in kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Republiken aus. Nach dem Zerfall der SFRJ begann auch die Auflösung des Serbokroatischen. Der Trend, die Namensänderung dadurch zu rechtfertigen, indem man die eigene Sprache von „den Anderen“ sichtbar differenzierte, wurde von vielen Republiken angenommen. So griff das Bosnische auf Turzismen zurück, während sich die kroatischen Sprachplaner von allen serbischen Einflüssen zu lösen versuchten. Während früher die kyrillische und die lateinische Schrift in allen Teilen des serbokroatischen Sprachgebiets gleichberechtigten Status

²⁸⁷ Vgl. Blum 2002, S. 83f.

²⁸⁸ Vgl. Greenberg 2004, S. 116f.

²⁸⁹ Vgl. ebd., S. 116.

hatten, sieht die Situation heute anders aus. Das kyrillische Alphabet ist in Kroatien und der bosnischen Föderation (fast) verschwunden²⁹⁰. In Montenegro und auch in Serbien gewinnt das lateinische Alphabet immer mehr an Bedeutung.²⁹¹

Im unabhängigen Kroatien wurde nach dem Zerfall Jugoslawiens die kroatische Sprache von allen Wörtern gesäubert, die als „Serbismen“ empfunden wurden und veraltete „kroatische“ Wörter wurden wiederbelebt; oft waren diese Wörter entweder Neologismen oder veraltete Wörter. Unter Tuđmans Regierung (1990-1999) herrschte eine ausgeprägte Hypersensibilität gegenüber vermeintlichen „Serbismen“ und anderen "nicht-kroatischen" Formen. Infolgedessen erschienen Handbücher und Wörterbücher mit dem Ziel, die Öffentlichkeit dazu zu erziehen, richtiges Kroatisch zu sprechen.²⁹² Dieses Vorgehen erinnerte manche an die Sprachpolitik des NDH-Regimes. Laut Greenberg (2004: 133) haben die kroatischen Sprachplaner erkannt, dass sie sich auf Veränderungen in der Schriftsprache konzentrieren müssen, um eine neue kroatische sprachliche Identität zu erreichen, da es einfacher ist die Art und Weise zu ändern, wie die Menschen schreiben, als die Art und Weise zu ändern, wie sie sprechen. Aus diesem Grund wurde der korrekten Rechtschreibung, Zeichensetzung und den orthografischen Regeln, die in den neuen orthografischen Handbüchern vorgeschrieben wurden, viel Aufmerksamkeit gewidmet. Diese Handbücher sollten eine neue Generation von Kroaten im Rahmen des neuen kroatischen Standards ausbilden. Die Vorstellung war, dass durch das hartnäckige Bestehen auf die strikte Einhaltung der neuen literarischen Normen es wahrscheinlicher werden würde, dass die Kroaten sowohl in Kroatien als auch in Bosnien-Herzegowina ihre gesprochene Sprache verändern und auf diese Weise mit der Zeit eine „vollendete“ kroatische Sprachidentität entwickeln würden.²⁹³

Im Gegensatz zu diesem Trend gab es für das Serbische keine Versuche, die Sprache abzuändern oder anzupassen. Der Nachfolgestaat der SFRJ, die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), bestehend aus Serbien und Montenegro, blieb von 1992 bis 2003 noch bestehen und das „alte“ Modell der nationalen Minderheiten der SFRJ-Sprachpolitik wurde fortgeführt. Auch die „Nachfolgesprache“ blieb in ihrem Wesen gleich: die *serbische* Sprache ekavischer und ijekavischer Aussprache mit den zwei

²⁹⁰ In der Republika Srpska parallel zum lateinischen Alphabet genutzt.

²⁹¹ Vgl. Bugarski 2019, S. 169.

²⁹² Vgl. Greenberg 2004, S. 49.

²⁹³ Ebd., S. 133.

Schriften Kyrillisch und Lateinisch, wobei die Kyrillica und Ekavica in Serbien bevorzugt wurden und die Latinica und Ijekavica in Montenegro. Dieses System hatte, wie sein Vorgänger, die Zusammenführung des serbischen und montenegrinischen Volkes zum Ziel.²⁹⁴ Der Staatenbund „Serbien und Montenegro“ (amtlicher Name seit 2003) löste sich 2006 auf. Die Struktur der östlichen Variante des Serbokroatischen ist nach dem Zerfall der SFRJ und der Umbenennung zur „*serbischen Sprache ekavischer und ijekavischer Aussprache*“ gleichgeblieben. Nach dem Zerfall der Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien wird in der Fachliteratur von einer „Isolierung des Serbischen“ gesprochen, welche das Resultat einer Sezession anderer (Kroatien, Bosnien und Herzegowina) ist.²⁹⁵ Als einer der Gründe dafür kann das Nicht-Vorhandensein eines Differenzierungsbestrebens, wie es das Kroatische und Bosnische (bzw. Bosniakische) hatten, gesehen werden.²⁹⁶ Anders als die in Kroatien stattgefundenene „Kroatisierung“, hat in Serbien keine „Serbisierung“ mit den dazugehörigen Einschnitten in sprachliche Strukturen und des Lexikons stattgefunden bzw. stattfinden müssen, da man sich auf serbischer Seite (anders als in Kroatien) nicht gegen andere kulturelle und sprachliche „Bedrohungen“ wehren musste bzw. wehren zu müssen glaubte.²⁹⁷ Bugarski (2019:169) geht davon aus, dass der Grund dafür die weit verbreitete Ansicht war, dass das Serbische historisch gesehen ohnehin der wahre Kern des Serbokroatischen sei, so dass kein politischer oder psychologischer Druck bestand, ihm ein neues Format zu geben. Das Serbische wurde fortan in der Schrift identifiziert.

2007 wurde Montenegrinisch, trotz des Fehlens einer offiziellen Norm zu diesem Zeitpunkt, zur Staatssprache ernannt, während Serbisch zu einer der Sprachen der Minderheiten wurde. Montenegro ist die letzte unter den ehemaligen Republiken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, die 2006 ihre Unabhängigkeit erlangte. Sie war auch die letzte, die ihre Amtssprache nach dem Nationalstaat benannte und einen montenegrinischen Sprachstandard einführte, der seine charakteristischen Begriffe und phonologischen Besonderheiten hervorhob. Die „Sprachenfrage“ wurde zur obersten Priorität, denn damit war auch das „Recht“ eine von Serbien getrennte Nation zu sein verknüpft. Ein Bezug auf eine Sprache mit einem fremden Namen (Serbisch) würde die nationale Existenz und die montenegrinische

²⁹⁴ Vgl. Stanišić, 2014, S. 40.

²⁹⁵ Vgl. Gröschel 2009, S. 206.

²⁹⁶ Vgl. ebd. 261.

²⁹⁷ Vgl. ebd.

Identität gefährden. Debatten über den Status und die Rechte von Minderheiten und die Frage des Status der Serben als Minderheit in Montenegro und des Status der serbischen Sprache innerhalb der Republik waren und sind immer wieder Teil der politischen Agenda.²⁹⁸

7. Schlussfolgerung

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepublik und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien reihen sich, neben der Habsburgermonarchie oder dem Osmanischen Reich, in die Riege der verschwundenen multilingualen Vielvölkerstaaten ein. Das Ziel der hier vorliegenden Masterarbeit war es, einen Vergleich der unterschiedlichen Sprachenpolitiken der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien aufzustellen und die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu analysieren.

Die erste Gemeinsamkeit ist bereits in den Entstehungsgeschichten beider Staatenbünde zu finden: der Aufstieg der jeweiligen kommunistischen Parteien fand in turbulenten Zeiten statt. Die Bolschewiki wussten die Krise nach dem Ersten Weltkrieg und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Zarenreich auszunutzen. Nach der Februarrevolution 1917 und Lenins Rückkehr aus dem Exil folgte die Radikalisierung der Partei und der Bevölkerung. Der Staatsstreich im Zuge der Oktoberrevolution 1917 vollendete die gewaltsame Machtergreifung und die Bolschewiki, unter Führung von Lenin, errichteten den Einparteienstaat, der am 30. Dezember 1922 zur „Union der Sozialistischen Sowjetrepublik“ wurde. Auch die Gründung Jugoslawiens war von Gewalt geprägt. Sundhausen (2014:22f.) beschreibt Jugoslawien als ein soziales Gefüge und einen Mythos, der im Krieg entstanden und im Krieg untergegangen ist.²⁹⁹ Der Partisanenkampf im Zweiten Weltkrieg und die fast selbständige Befreiung von den deutschen und italienischen Besatzern diente den jugoslawischen Kommunisten als Fundament ihrer Propaganda und Legitimation der Machtübernahme. 1943 wurde, unter Vorsitz von Josip Broz Tito, die Föderative Volksrepublik Jugoslawien ausgerufen, die 1963 zur „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ wurde.

²⁹⁸ Vgl.Zahova 2013, S. 667–668.

²⁹⁹ Vgl.Sundhaussen 2014, S. 22f.

Die neugegründeten Vielvölkerstaaten wurden gleich zu Beginn mit der multiethnischen und multilingualen Situation konfrontiert. Beiden war die Bedeutung der Sprache als nationales Symbol und politisches Instrument bewusst und sie setzten zu Beginn offiziell auf die „Gleichheit der Sprachen“, auch wenn dies nur in der Theorie so war.

Für die Führung in Belgrad war mit dieser „Gleichheit der Sprachen und Schriften“ die Sprachenfrage erledigt und wurde offiziell lange nicht mehr in Angriff genommen. Lediglich die Diskussion um den Namen der Sprache wurde in den 1950er Jahren aufgenommen und mit dem „*Novosadski dogovor*“ 1954 und dem Entschluss, die Sprache „*Serbokroatisch*“ bzw. „*Kroatoserbisch*“ zu nennen, beendet. Zumindest offiziell gab es keine einzelne Funktionssprache und auch keine offizielle Forcierung des Serbokroatischen, auch wenn dieser durch die Sprecheranzahl und ihren Status die dominanteste Sprache in der SFRJ war. Innerhalb der SFRJ waren beide Schriften, die lateinische und die kyrillische, verbreitet und in offizieller Verwendung.

Die neue sowjetische Führung hingegen sah die Sprachenfrage als zentralen Punkt ihrer Politik an. Da es eine hohe Analphabetenrate gab und sie ihre Ideologie nicht an die Bevölkerung weitergeben konnten, starteten sie eine Bildungskampagne, auf der sie die Sowjetisierung der Bevölkerung aufbauen konnten. Auch sie setzten mit der „*Коренизация*“ zunächst offiziell auf die „Gleichheit aller Sprachen und Nationen“ und förderten die Entwicklung.

Die unterschiedlichen Vorgehensweisen beider Führungen hatten dasselbe Ziel: die Entwicklung der vielen verschiedenen Völkern hin zu einem einzigen sozialistischen Volk mit einer gemeinsamen Identität. In der UdSSR sollte sich dieses Ziel durch die „*Annäherung und Verschmelzung der Völker*“ als „Sowjetvolk“ realisieren. Auch in der SFRJ sollte das ein jugoslawisches Volk mit jugoslawischer Identität entstehen. Doch anders als in der UdSSR, schloss diese Entwicklung, zumindest offiziell, keine Verschmelzung der Sprachen zu einer einzigen Sprache ein. Nach der „*Коренизация*“ wechselte die Sprachenpolitik Moskaus zu einer Russifizierung. Die gewaltsame Forcierung der russischen Sprache wurde mit der „Notwendigkeit einer gemeinsamen, interethnischen Sprache“ für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung argumentiert. Nach einer kurzen Latinisierungsphase folgte die Kyrilliza-Kampagne. Die russische Sprache war schon durch seine geschichtliche Vormachtstellung im russischen Imperium die dominantere Sprache und genoss

hohes Prestige, insbesondere in den Städten. Die Russifizierungspolitik verstärkte diese Situation auf Kosten der Nationalsprachen weiter: mit dem obligatorischen Russischunterricht 1938 und dem Schulgesetz 1958 wurde das Konzept des „Russischen als zweite Muttersprache“ vorangetrieben und am Ende der UdSSR war auch der Großteil der Bevölkerung Bilingual, allerdings war dieser Bilingualismus einseitig, da nur die Nicht-Russischsprecher Russisch lernten; die „nur“ Russischsprecher erlernten keine zweite Sprache der „Brüderrepubliken“.

In der SFRJ gab es, außer für die Serbokroatischsprecher, keinen muttersprachlichen Unterricht bzw. Schulen für die Nationalitäten außerhalb ihrer eigenen Republiken und Regionen, auch wenn das Recht dazu in der Verfassung verankert war.

Auch wenn die sowjetische Sprachenpolitik und die Dominanz der russischen Sprache insbesondere in den slawischsprachigen ehemaligen Unionsrepubliken, der Ukraine und Belarus, ihre Spuren hinterließen, machten die realen Sprachunterschiede in der UdSSR jedoch zumindest die Differenzierung der Nationalsprachen leichter; anders war die sprachliche Situation in der SFRJ. Die Definition des Serbokroatischen erweist sich bis heute als schwierig. Die Frage, ob es sich beim Serbokroatischen um eine Sprache handelt, die nach dem Zerfall der SFRJ bloß unterschiedliche Namen bekam, oder nicht, wird häufig diskutiert. Wie in dieser Masterarbeit analysiert, wird von einer „sowohl als auch“-Lösung ausgegangen. Auf der sprachlich-kommunikativen Ebene kann man von einer Sprache mit unterschiedlichen Varianten sprechen, da die sprachliche Ähnlichkeit und das problemlose gegenseitige Verständnis gegeben sind. Von einem politisch-symbolischen Aspekt betrachtet, der die nationalen Identitäten und die Sprachen als nationale Symbole berücksichtigt, kann man nicht (mehr) von einer einzigen Sprache mit unterschiedlichen Varianten sprechen, ohne damit den „Nachfolgesprachen“ ihre Legitimität abzusprechen.³⁰⁰

Mit der Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien kamen auf der europäischen Landkarte weitere souveräne unabhängige Nationalstaaten dazu. Mit dem Zerfall der SFRJ folgte auch der Zerfall des Serbokroatischen und die Entstehung „neuer“ Sprachen, da es keinen soziolinguistischen Bedarf mehr für die Sprache eines nicht mehr existierenden

³⁰⁰ Vgl. Bugarski 2000, S. 195.

Staates gab. Die Tatsache, dass sich die Sprecher der neuen Sprachen wie gehabt weiter verständigen konnten, änderte nichts daran.³⁰¹

Insgesamt kann also gesagt werden, dass sowohl der jugoslawische Weg der offiziellen „Gleichheit aller Sprachen und Schriften“ als auch der sowjetische Weg der „Ungleichheit“ der Sprachen und die Forcierung des dominanten Russischen zum selben Ergebnis führten: nationalen Sprachbewegungen. Die Erklärung liegt in der, Tatsache, dass Sprachen ein Politikum sind. Der Erfolg oder Misserfolg von Sprachenpolitiken liegt an ihrer psychologischen Dimension. Sowohl Sprachen als auch Schriften sind eng mit der nationalen Identität verknüpft und dadurch wirken sich sprachpolitische Entscheidungen weit über den rein sprachlichen Bereich aus.³⁰²

³⁰¹ Vgl.Okuka 1998, S. 135.

³⁰² Vgl.Blum 2002, S. 167.

8. Bibliografie

8.1. Literaturverzeichnis

- Blum, Daniel (2002): Sprache und Politik. Sprachpolitik und Sprachnationalismus in der Republik Indien und dem sozialistischen Jugoslawien, (1945-1991). [Würzburg]: Ergon (Beiträge zur Südasienforschung, Bd. 192).
- Boarov, Dimitrije (2007): Vojvodina. In: Dunja Melčić (Hg.): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 89–95.
- Bugarski, Ranko (2000): Serbo-Croatian: How many languages? Unter Mitarbeit von Gladrow Wolfgang, Kunzmann-Müller Barbara, Olschowsky Heinrich, Witte Georg. In: Barbara Kunzmann-Müller (Hg.): Die Sprachen Südosteuropas heute. Umbrüche und Aufbruch, Bd. 12. Frankfurt am Main: Lang (Berliner slawistische Arbeiten, 12), S. 192–199.
- Bugarski, Ranko (2019): Against linguistic walls: A plea from the former Yugoslavia: Against linguistic walls: A plea from the former Yugoslavia. In: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen* 12 (1-2), S. 167–180. Online verfügbar unter <https://elibrary.verlagoesterreich.at/article/99.105005/ejm201901016701>.
- Chinn, Jeff; Kaiser, Robert John (1996): Russians as the new minority : ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. Boulder, Colo. [u.a.]: Westview Press. Online verfügbar unter <https://ubdata.univie.ac.at/AC01717770>.
- Dukovski, Darko (2007): Makedonien. In: Dunja Melčić (Hg.): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 139–149.
- Fouse, Gary C. (2000): The languages of the former Soviet republics. Their history and development. Lanham, Md.: Univ. Press of America.

- Greenberg, Robert D. (2004): Language and identity in the Balkans. Serbo-Croatian and its disintegration. 1. publ.
- Grenoble, Lenore A. (2003): Language policy in the Soviet Union. Dordrecht, Boston: Kluwer Academic Publishers (Language policy, v. 3).
- Gröschel, Bernhard (2009): Das Serbokroatische zwischen Linguistik und Politik. Mit einer Bibliographie zum postjugoslavischen Sprachenstreit. München: LINCOM Europa (LINCOM studies in Slavic linguistics, 34).
- Hildermeier, Manfred (2007): Die Sowjetunion 1917-1991. 2. Aufl. München: Oldenbourg (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte, 31).
- Holtbrügge, Dirk (2002): Weißrußland. Orig.-Ausg., 2., aktualisierte und erg. Aufl. München: Beck (Beck'sche Reihe Länder, 863).
- Hrycak Alexandra (2006): Institutional Legacies and Language Revival in Ukraine. In: Dominique Arel (Hg.): Rebounding identities : the politics of identity in Russia and Ukraine. Washington, D.C. [u.a.]: Woodrow Wilson Center Press [u.a.], S. 62–89.
- Ilić, Marija, Belić, Bojan (2014): Eine neue Sprache entsteht: die bunjevakisches ‚Sprache‘ oder ‚Mundart‘ in serbischen Grundschulen. In: Christian Voß und Wolfgang Dahmen (Hg.): Babel Balkan? Politische und soziokulturelle Kontexte von Sprache in Südosteuropa: [51. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft (1. - 5. Oktober 2012). München: Sagner (Südosteuropa-Jahrbuch, 40), S. 93–115.
- Kappeler, Andreas (2010): Das historische Erbe der Ukraine: Schichten und Elemente: Ein Essay. In: *Osteuropa* 60 (2/4), S. 9–31. Online verfügbar unter <http://www-jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/44936056>.
- Katicic, Radoslav (2007): Jugoslawien im Lichte seiner Sprachen. In: Dunja Melčić (Hg.): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 255–267.
- Köhler, Ulrike (2005): Sprachengesetzgebung in Russland. Wien: Braumüller (Ethnos, 65).

- Kotzian, Ortfried (2015): Ukrainische Identität – historische Tatsache oder moderne Ideologie?: Ukrainian Identity: Historical Fact or Modern Ideology? In: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen* 8, S. 74–95.
- Luks, Leonid (2000): Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin. Regensburg: Pustet.
- Marti, Roland (1998): Sprachenpolitik im slavischsprachigen Raum: Das Verhältnis „großer“ und „kleiner“ slavischer Standardsprachen. In: *Zeitschrift für Slavische Philologie* 57 (2), S. 353–370. Online verfügbar unter <http://www-jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/24003207>.
- Meier, Viktor (2007): Der Titostaat in der Krise: Jugoslawien 1966. In: Dunja Melčić (Hg.): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 201–209.
- Melčić, Dunja (Hg.) (2007): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Okuka, Milos (1998): Eine Sprache - viele Erben. Sprachpolitik als Nationalisierungsinstrument in Ex-Jugoslawien. Klagenfurt et al.: Wieser Verlag (Österreichisch-bosnische Beziehungen, 4).
- Savchenko, Andrew (2009): *Belarus. A perpetual borderland*. Leiden, Boston: Brill (Russian history and culture, 2).
- Simon, Gerhard (2013): Der Kommunismus und die nationale Frage: Die Sowjetunion als Vielvölkerimperium. In: *Osteuropa* 63 (5/6), S. 107–124. Online verfügbar unter <http://www-jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/44936780>.
- Smith, M. (2012). *Language and Power in the Creation of the USSR, 1917-1953*. Berlin, Boston: De Gruyter Mouton. <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1515/9783110805581>
- Steindorff, Ludwig (2007): Zwischen Aufbruch und Repression: Jugoslawien 1945-1966. In: Dunja Melčić (Hg.): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 192–197.

- Sundhaussen, Holm (2014): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943 - 2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. 2., durchges. Aufl. Wien: Böhlau.
- Ševel'ov. (1989). The Ukrainian language in the first half of the twentieth century : (1900 - 1941) ; its state and status. Harvard Univ.-Pr.
- Terry Martin. (2001). *The Affirmative Action Empire : Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*. Cornell University Press.
- Trültzsch, Arno (2021): Sozialismus und Blockfreiheit: Der Beitrag Jugoslawiens zum Völkerrecht 1948-1980/91. 1. Aufl. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Vodopivec, Peter (2007): Slowenien. In: Dunja Melčić (Hg.): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Bd. 2. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 34–45.
- Voss Christian: Einheit in der Vielfalt? - Eine Gegenüberstellung der Kulturpolitik in Tito-Jugoslawien und der Europäischen Union. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 2008 (01), S. 42–59.
- Wanner, Catherine (1998): Burden of dreams : history and identity in post-Soviet Ukraine. University Park, Pa.: Pennsylvania State University Press (Post-communist cultural studies). Online verfügbar unter <https://ubdata.univie.ac.at/AC02960227>.
- Zahova, Sofiya (2013): The Language Issue in the Context of Minorities' and Identity Policies in Montenegro. In: *European Yearbook of Minority Issues* 10, S. 667–700. DOI: 10.1163/22116117-01001030.

8.2. Quellenverzeichnis

- Thomas Jander (2015): Der Partisanenkrieg in Jugoslawien. In: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/partisanenkrieg-in-jugoslawien.html> [Zugriff: 06.01.2022 21:02]

9. Anhang

9.1. Zusammenfassung

Diese Arbeit befasst sich mit den Sprachenpolitiken der ehemaligen Vielvölkerstaaten Union der Sozialistischen Sowjetrepublik (UdSSR) und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ). Ziel ist es zu untersuchen inwieweit sich die sprachpolitischen Maßnahmen dieser beiden sozialistischen Staaten voneinander unterscheiden haben. Außerdem wird analysiert, welche Rolle Sprache bei der Nationsbildung spielt und welchen Einfluss die zwei dominanten Sprachen dieser Staaten, Russisch und Serbokroatisch, auf die nationalen Identitäten hatte. Der Fokus liegt auf den slawischen Sprachen und ihrem Verhältnis zueinander.

Diese Fragestellungen werden anhand von Dokumenten- und Literaturanalyse beantwortet. Nachdem die Sprache als nationales Symbol und politisches Instrument untersucht wurde, werden die Vielvölkerstaaten und ihre Sprachenpolitiken getrennt voneinander analysiert und abschließend verglichen.

9.2. Abstract

This paper deals with the language policies of the former multi-ethnic states Union of Soviet Socialist Republics (USSR) and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia (SFRY). The aim is to examine the extent to which the language policies of these two socialist states differed from each other. It also analyses the role of language in nation-building and the influence that the two dominant languages of these states, Russian and Serbo-Croatian, had on national identities. The focus is on the Slavic languages and their relationship to each other.

These research questions are answered by means of document and literature analysis. After examining language as a national symbol and political instrument, the multi-ethnic states and their language policies are analysed separately and finally compared.